

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zu zwei Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über den Antrag des Berichterstatters ab und dann über den Antrag von Herrn Mag. Rader.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dies ist Einstimmigkeit.

Nun komme ich zum Antrag des Herrn Mag. Rader. Wer dem Antrag des Herrn Mag. Rader zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit, somit ist das die Minderheit.

11. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 960/1, betreffend den Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung, D-6000 Stuttgart.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Emmy Göber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Göber (14.36 Uhr): Frau Präsident, verehrte Damen und Herren!

Die strukturellen Probleme der steirischen Wirtschaft lassen sich mit dem traditionellen Instrumentarium der Wirtschaftsförderung nicht in den Griff bekommen. Bereits zu Beginn der 80er Jahre wurden deswegen verschiedene Einrichtungen geschaffen, welche ebenfalls die Zielsetzung hatten, die Schwächen der steirischen Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zu beheben.

Jetzt soll der Bereich der Innovationsförderung und insbesondere des Technologietransfers in der Steiermark einen noch höheren Stellenwert bekommen.

Als Ergebnis eines Gespräches zwischen Frau Landesrat Klasnic und dem Vorstandsvorsitzenden der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung, Herrn Prof. Dr. Johann Lohn, ist eine weitreichende Kooperation zwischen der Steinbeis-Stiftung und dem Land Steiermark nunmehr realisiert worden.

Die Stiftung hat im Oktober dieses Jahres ihren Sitz bei der Technova in Graz eingerichtet. Schwerpunkte sind in der Vorlage genau angeführt.

Ich ersuche Sie, diesem Kooperationsvertrag die Zustimmung zu erteilen. (14.37 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (14.38 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich habe genau um 13.57 Uhr die Broschüre über die Steinbeis-Stiftung das erste Mal in die Hand bekommen. Ich nehme an, es ist eine sehr gute und sehr schöne Broschüre. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, sie ausführlich zu studieren.

Die Vorlage berührt auch die Förderungsprogramme des Landes im Zusammenhang mit der Steinbeis-Stiftung, und hier wird auch angeführt, daß diese analysiert werden sollen. Der größte Brocken an Wirtschaftsförderung, wie wir ja jetzt heute um 15 Uhr sehen werden, ist das Chrysler-Projekt in Graz, und

hier wurde keine genaue Analyse angestellt. Seit Jänner wissen wir, daß in der Steiermark dieses Milliardenprojekt gebaut werden soll. Der amerikanische Chrysler-Konzern wird in Graz Autos produzieren und wird vom Bund, vom Land und von der Stadt beträchtliche Förderungsmittel erhalten. Vom Land Steiermark in der Höhe von, wie angekündigt, ich weiß nicht, ob die Zahl stimmt, 430 Millionen Schilling. Das sind grob gerechnet mehr als 100 Prozent der steirischen Wirtschaftsförderung. Der Landtag wird aus den Medien informiert, und weder in einer Sondersitzung noch in einer planmäßigen Sitzung werden wir über die Details informiert. Unsere Zustimmung scheint ohnehin nebensächlich zu sein. Ich weiß, daß es noch keinen Regierungsbeschluß gibt. (Landesrat Klasnic: „Seit gestern abend!“) Gut, es gibt seit gestern einen Regierungsbeschluß. Wenn ich jetzt unsere Landesverfassung anschau, heißt es: Die Steiermärkische Landesregierung ist gemäß Paragraph 32 Absatz 2 bei der Besorgung des Landeshaushaltes an den Landesvoranschlag gebunden. In dringenden Fällen, wenn es das Interesse des Landes offensichtlich erfordert, kann die Landesregierung mit drei Viertel der Gesamtzahl der Mitglieder und mit Zustimmung des Finanzreferenten die Überschreitung einer Voranschlagspost oder eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe beschließen. Gut, soweit ist das wahrscheinlich korrekt gewesen, wie das gestern gelaufen ist. Aber jetzt kommt es: Über alle derartigen Beschlüsse ist dem Steiermärkischen Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt, das ist heute, unter gleichzeitiger Antragstellung hinsichtlich der Bedeckung zu berichten. Diese Berichterstattung, heißt es dann so schön in der Landesverfassung, kann entfallen, wenn die Landesregierung die Mittel für die Überschreitung oder die nichtveranschlagte Ausgabe, in dem Fall diese 400 Millionen, durch Ersparnisse bei einer anderen Voranschlagspost des gleichen Gebarungszweiges oder durch Mehreinnahmen, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit dieser Ausgabe stehen, hereingebracht hat. Aus Verfügungsmitteln ist nicht anzunehmen, daß ein solcher Betrag bereitgestellt werden kann, so daß wir als Landtag damit nicht befaßt werden sollen. Das heißt jetzt für mich im Klartext: Wir werden hier im Landtag, weil ja gestern der Regierungsbeschluß gefallen ist, heute schon der Spatenstich erfolgt, eklatant übergangen. Glasnost gilt heute anscheinend nur mehr in Osteuropa. Wir sind hier nur das Stimmvieh für eine Entscheidung der Regierung. (Abg. Dr. Maitz: „Sie vielleicht, wir nicht!“) Sie sind sicher noch nicht so perfekt informiert. (Abg. Dr. Maitz: „Sie reden nur für sich selbst! Damit das ganz klar ist!“) Gut, ich rede für mich, ich bin auch nicht das Stimmvieh meiner Fraktion. Ich bin die Fraktion in Person. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Alles geklärt!“) Jedenfalls, eine Fülle von offenen Fragen ist noch nicht aufgeklärt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Streitest du mit dir selbst?“) Eine Fülle von offenen Fragen ist im Dunkeln. Ich nenne nur ein paar wenige Fragen, die mich zum Beispiel sehr interessieren würden, ich habe weder in den Zeitungen noch sonst etwas davon gehört: Wie hoch ist der zu erwartende Energiebedarf anzusetzen bei diesem neuen Projekt? Welche verkehrsmäßigen Erschließungsanforderungen, zum Beispiel was die Transportkapazitäten auf der Schiene und auf der Straße anbelangt, zu welchen Märkten, nach Norden, Süden,

Osten oder Westen? Da hätten wir gleich einmal den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in diesem Zusammenhang.

Wie schaut es mit dem Werkverkehr aus, wie mit dem Pendlerverkehr, privat, öffentlich für die Arbeitnehmer? Wie schaut es mit den Parkplätzen aus und so weiter? Solche Details kann man ja informell erfahren, aber nicht öffentlich. Dann würde mich interessieren, welche Förderungssumme wird für die Versorgung der zukünftig Beschäftigten mit Wohnraum erforderlich sein? Möglicherweise, daß es hier auch eine Sonderförderung seitens des Landes geben wird. Also alle, zwar im Moment nicht so wichtigen Fragen, sind noch vollkommen für mich als Abgeordnete ungeklärt. Diese Entscheidung der Regierung ist anscheinend gestern gefallen. Für mich ist die Transparenz in keinsten Art und Weise gegeben, und außerdem, und jetzt komme ich zu meiner Kritik an diesem Projekt, die Produktion von Autos als „heilige Kühe des 20. Jahrhunderts“ ist anscheinend so attraktiv, daß man Millionen locker machen kann und bei innovativen und umweltfreundlichen und ökologisch sinnvollen Produkten scheinen die Gelder eher spärlich zu fließen. Wenn ich heute die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes gehört habe, da hat er keine Mittel für den öffentlichen Verkehr zusagen können, zum Beispiel auf meine Frage, wie es mit der Finanzbeteiligung für die Ostbahn ausschaut seitens des Landes. Wir haben in der Steiermark eine Waggonfabrik, wir haben neuerdings die Konditorschiene, aber wir haben kein Geld für den Ausbau dieser Infrastruktur, die ja Wirtschaftsförderung ersten Ranges wäre. Die Förderungsquellen für diese Verkehrssysteme der Zukunft und für die Forschung qualitativ hochwertiger Serienprodukte ist spärlich. Für die Zink-Brom-Batterien Mürrzuschlag oder den Elektrocitibus von Puch Schweiz scheinen auch keine Mittel oder wenige (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er ist schon am Markt!“) Ja, er ist schon am Markt, aber in der Steiermark wird er nicht produziert. Wir wollten ihn uns ausborgen, aber er ist nicht zu haben. Es gibt ganz, ganz wenige. (Abg. Kollmann: „Aber dafür ist das Land nicht zuständig!“) Es geht nicht um ein Elektroauto, es geht um einen öffentlichen Kleinbus für innerstädtische Verkehrsversorgung. (Abg. Kollmann: „Wenn das so ist, muß das Land die ganze Wirtschaft übernehmen!“) Aber Herr Kollege, Sie sind ja auch hier am Pult gestanden und haben für das und für das etwas verlangt. Wenn man 400 Millionen Schilling innerhalb von zwei Monaten ohne Regierungsbeschluß und ohne Landtagsbeschluß schon locker hat, bitte schön, dann kann man doch für andere Sachen auch etwas haben. Die kleinen heimischen Betriebe werden sich jetzt auch ein wenig gepflanzt fühlen, wenn sie um Wirtschaftsförderung angesucht haben, denn diese großen Wirtschaftsförderungsprogramme haben für manche Kleinen nicht gepaßt, waren nicht für sie zugeschnitten. (Abg. Kollmann: „Hunderte werden als Zulieferer fungieren können!“) Ja, Ihre Hunderte, ich weiß! In der Obersteiermark hören Sie sich einmal die Beschwerden an. Wenn es nicht die Bürges-Kredite gäbe, vom Land gibt es nichts! Wird Chrysler dann die freigestellten Arbeiter von Donawitz aufnehmen, wenn Herr Bogdandy den nächsten Umweltflopplandet? Nachdem das KVA-Debakel bekannt ist, wird jetzt mit dem nächsten Elektroschrotverfahren ein weiterer Dioxin-

produzent favorisiert. Und die heimischen Privatfirmen Pengg und Marienhütte werden als Wirtschaftspartner sicher auch ihre Stützungsbedürfnisse geltend machen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Obersteiermark. Lesen Sie die Zeitungen der letzten Tage.

Mehr als tausend Arbeitsplätze stehen in der Obersteiermark auf dem Spiel, und aus welchen Topf werden dann eines Tages die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen finanziert? Gerade die Autoindustrie, wie ja das Beispiel Japan zeigt, ist eine der rationalisierungsfreudigsten Industrien. Hier wird die Automatisierung sehr schnell die Menschenarbeit durch computergesteuerte Maschinen ersetzen, und für die wenigen Handgriffe bei der Fertigung werden möglicherweise nicht einmal Facharbeiter oder Facharbeiterinnen benötigt. Ich weise darauf hin, daß das amerikanische Magazin „Times“ über den Herrn Iacocca gemeint hat, daß hunderttausend Beschäftigte durch seine Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße gesetzt worden sind und daß dies das größte „Blutbad“ in der Geschichte amerikanischer Unternehmen war. Bitte, das ist nicht von mir erfunden. In Österreich gibt er ja auch keine Garantien. Er ist ja immer sehr groß gewesen, wenns ums Zusperrn gegangen ist, und er war auch immer sehr gut dort, wo es um Subventionen und um Regierungsgeschenke gegangen ist. Und wenn man sich jetzt anschaut, wo diese Mittel herkommen – auch seitens des Bundes –: Bitte, diese eine Milliarde soll aus dem Sozialministerium kommen – ich glaube nicht, daß das eine Fehlinformation ist –, die der Bund da beischießt.

Es ist in jedem Fall einmal eine grobe wirtschaftspolitische Fahrlässigkeit dahinter zu vermuten. Und ob jemals 4000 Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen im Chrysler-Werk eingestellt werden, erscheint in diesem Licht eher zweifelhaft. Fest steht, daß Graz als östlicher Vorposten zu den osteuropäischen Märkten attraktiv wurde, und zwar so attraktiv, daß man sich ohne wirklich langen Federlesens von möglichen Zweifeln aufhalten ließ. Die verantwortlichen Bundes- und Landespolitiker konnten weder die sonst üblichen Studien in Auftrag geben noch lange Berechnungen anstellen. Mit Kotau wurden Zusagen von beträchtlicher finanzieller Tragweite innerhalb kürzester Zeit gegeben, auch unter Umgehung, wie ich jetzt im Zusammenhang mit dem Landtag meine, verfassungsrechtlicher Entscheidungsgremien. Nachträgliche Absegnungsrituale machen für mich den Parlamentarismus zur Farce.

Und damit Sie wissen, was ich meine, wie ich mir eine ökologische Reform einer Wirtschaft vorstelle, zitiere ich aus einem Buch, das vom Wert der Natur berichtet und auch im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt eine kurze Anmerkung beinhaltet: „Bei der ökologischen Reform der Industrie fällt dem Staat und seinen Organen die Rolle des richtungweisenden Steuerherrn zu. Neben den gesetzlichen und verwaltungsökonomischen Aufgaben gilt dies insbesondere für ihre Möglichkeiten, den Staatshaushalt für ökologische Ziele einzusetzen.“ Weiter geht es dann: „Es muß betont werden, daß die zweifellos bestehenden bedeutenden Haushaltsmittel nicht in dem Sinn der Volkswirtschaft verlorengehen, daß sie gewissermaßen auf ein Konto ‚Natur‘, ähnlich einem Auslandskonto, über-

wiesen werden. Selbstverständlich bleiben sie als Finanzmasse der Gesellschaft erhalten.“ Und: „Die Haushaltsmittel werden also nicht durch Schwerpunktsetzung in Richtung ökologische Projekte dem Wirtschaftskreislauf entzogen, sondern sie üben eine Pilotfunktion aus, mit deren Hilfe durch finanzielle Anreize und Maßnahmen die Materienströme der gesellschaftlichen Produktion geordnet werden können. Insofern kann auch ein staatlicher Öko-Haushalt mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen, wie Beschäftigungs-, Investitions- und Wachstumspolitik, kompatibel sein. Es handelt sich um eine Umschichtung von staatlichen Ausgaben zugunsten wirtschaftlicher, technologischer und wissenschaftlicher Maßnahmen, die eine qualitativ hochwertige Erzeugung von Natur zum Ziel haben.“ Alles das trifft bei diesem Projekt nicht zu. Ein Auto dieser Art, wie das Chrysler hier produzieren möchte, entspricht kaum dem ökologischen Ziel, jedenfalls nicht von Grün-Alternativen. Danke. (14.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer (14.53 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist müßig, zur Polemik meiner Vorrednerin zum Chrysler-Projekt eine nähere Stellungnahme abzugeben. Fest steht, daß es sich hier um eine sehr zukunftsweisende, großartige Investition handelt, die der steirischen Wirtschaft sehr, sehr viel bringen wird, und daß die öffentlichen Förderungen um vieles günstiger sind als etwa beim General-Motors-Projekt in der Nähe von Wien. Während dort 1,3 Millionen Schilling öffentliche Subvention pro Arbeitsplatz gegeben wurden, sind es bei Chrysler hier 345.000 Schilling. Österreichische Unternehmen sind an General Motors überhaupt nicht beteiligt; bei Chrysler eben Steyr zu 50 Prozent. Kurz und gut, es war ein „charmanter Empfang“ des Herrn Iacocca durch die Frau Vorrednerin hier in diesem Hohen Haus. Wir sind sehr zuversichtlich und haben allen Grund, daran zu glauben, daß dieses Projekt für sehr viele Klein- und Mittelbetriebe, aber insbesondere für viele Menschen, die Arbeitsplätze suchen, eine ganz, ganz große Chance auf Jahrzehnte hinaus in unserer Steiermark ist.

Meine Damen und Herren, und jetzt zum eigentlichen Thema „Steinbeis-Stiftung“ einige Bemerkungen:

Die Steiermark ist teilweise immer noch ein Land alter wirtschaftlicher Strukturen, ein Land von Wirtschaftsstrukturen mit geringer Wertschöpfung, immer noch ein Land mit relativ viel Verstaatlichtenanteil am wirtschaftlichen Geschehen. Das bedeutet immer weniger Flexibilität, obwohl hier sehr viel in der Umstrukturierung schon geschehen ist, aber immerhin um vieles zu spät, und insgesamt hat es den Steuerzahler viel Geld gekostet. Die Steiermark ist nach wie vor trotz der Öffnung Richtung Osten ein Land in einer wirtschaftsgeographischen Randlage, denn es wird noch viele Jahre dauern – nehme ich an –, bis das wirtschaftliche Geschäft mit dem Osten so floriert wie mit dem Westen. Und in einer solchen Phase bei einer solchen wirtschaftsgeographischen Lage muß man sich

gerade in der Steiermark fragen, welche Wirtschaftsförderung wohl die richtige ist und was geschehen soll. Fest steht, daß wir die materielle Wirtschaftsförderung nicht ganz ausschalten können und wollen. Wir werden sie teilweise auch in der Zukunft brauchen, aus regionalen und anderen Rücksichten, vor allem auch zur Erhaltung einer einigermaßen erträglichen Nahversorgung. Die Gefahr aber bei jeder materiellen Wirtschaftsförderung ist, daß da und dort das Gießkannenprinzip entsteht. Die Gefahr ist, daß es immer wieder zu Wettbewerbsverzerrungen führt – ich betone, das läßt sich bei bestem Willen nie ganz verhindern –, und daher ist es einfach notwendig, daß generelle Innovationsförderungen, also indirekte Wirtschaftsförderungen, zukunftsträglicher sind, mehr für die Zukunft geplant und durchgeführt werden. Daher wurden zur Erleichterung des Technologietransfers in der Steiermark schon vor Jahren bekanntlich die Technova und die Innofinanz ins Leben gerufen, Beratungsaktionen, wie das „TIP“, sind ein Gebot der Stunde und für die wirtschaftliche Umstrukturierung wichtig. Technologiezentren sind entstanden, im Entstehen und werden noch entstehen: im Julius-Raab-Heim in der Grottenhofstraße, in Niklasdorf vor einer Woche eröffnet, in Zukunft in Raaba, südöstlich von Graz. Alles großartige Einrichtungen und Maßnahmen, Einrichtungen der wirtschaftlichen Innovationsförderung, des Technologietransfers und zugleich Brutstätten für neue hochtechnologische Unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen – jedem – empfehlen, soweit Sie es nicht schon erleben konnten, diese Brutstätten, wie ich sie nenne, für junge Unternehmen zu besichtigen. Sie werden dann, ähnlich wie ich, von dem, was sich dort tut, begeistert sein.

Und ich stehe hier nicht an, allen jenen zu danken, die diese großartigen Institutionen initiiert und ermöglicht haben, dem Landeshauptmann Krainer zu danken, der Frau Landesrat Klasnic, auch dem Landesrat Dr. Klauser, kurz und gut allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere wohl auch dem Präsidenten der Handelskammer, Ing. Stoisser, der gerade diesen Entwicklungen immer sehr aufgeschlossen gegenüberstanden ist.

Und schließlich soll man immer wieder, meine Damen und Herren, auch in der Wirtschaftsförderung den Stein des Weisen nicht krampfhaft sozusagen selbst im eigenen Haus, im eigenen Land zu erfinden versuchen, wenn er anderswo schon gefunden ist. Das Hinausschauen über die Grenzen nach Silicon Valley in Amerika genauso wie ins nähere Baden Württemberg als eine wirtschaftliche Spitzenregion Europas, das sind Zeichen von Klugheit und Aufgeschlossenheit zugleich.

Daher ist die von der Frau Landesrat Klasnic initiierte Kooperation zwischen Steinbeis-Stiftung und Land Steiermark eine große Chance für unser Land. Prof. Löhn, der Geschäftsführer dieser Steinbeis-Stiftung, ist für mich ein Garant für den Erfolg, weil er hundert-, ja tausendfach diesen Erfolg schon bewiesen hat. Wer seine Tätigkeit kennt, der teilt meine Meinung. Hier paaren sich nämlich Erfahrung und Detailkenntnisse, Detailhilfen in wirtschaftlichen und technologischen Fragen mit ganzheitlichen Lösungen, Bewertung von Ansiedlungsprojekten, Herstellung und Betreuung von Firmenkontakten nicht nur im

Inland, vor allem auch im Ausland, was besonders wichtig ist, denn auch die steirische Wirtschaft muß mehr als bisher internationalisiert werden. Diese Hilfsstellungs- und Beratungsfunktion der Steinbeis-Stiftung bei der Neugestaltung unserer Förderungsprogramme ist von eminenter Bedeutung, weil damit unsere Fachleute ungeheuer viel Neues lernen und für die weitere Zukunft in der Steiermark auch verwerten können. Die Steiermark hat mit diesem Vorhaben die Chance, ihre zum Teil noch alten wirtschaftlichen Strukturen sukzessive in hochtechnologische Bereiche der Wirtschaft überzuführen.

Meine Damen und Herren! Wir haben bestes Humankapital in diesem Land. Wir haben bestens ausgebildete Techniker und Ökonomen. Sie werden geliefert von unseren Universitäten, und auch hier muß es wieder einmal gesagt werden: Es ist uns Steirern gar nicht bewußt, welch großartigen Ruf unsere Universitäten im Ausland haben. Besonders hebe ich hervor die Montanuniversität in Leoben und die Technische Universität in Graz. Dazu kommen noch Tausende gut ausgebildete Facharbeiter in unserem Lande. Wir haben also mit dieser Kooperation mit Steinbeis die Chance, die wirtschaftlich besten österreichischen Bundesländer nicht nur einzuholen, sondern zu überholen. Daher danke ich den Initiatoren dieser Idee und wünsche allen mit der Arbeit der Steinbeis-Stiftung Befassten viel Erfolg im Interesse unserer steirischen Wirtschaft und damit im Interesse unserer steirischen Mitbürger. (Beifall bei der ÖVP. - 15.02 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrat Klasnic. Ich erteile es ihr.

Landesrat Klasnic (15.02 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema und der Tagesordnungspunkt haben Steinbeis-Stiftung gelaute, aber ich möchte der Frau Kollegin Kammländer sehr gerne antworten, weil das soll nicht unwidersprochen im Raum stehen. Am 22. Jänner 1990 wurde ein Vorvertrag abgeschlossen, und zwar vom Herrn Bundeskanzler, dem Landeshauptmann der Steiermark, dem Bürgermeister der Stadt Graz und dem Präsidenten Iacocca. Ich betone: Ein Vorvertrag. Am vergangenen Freitag spät abends haben wir die Unterlage von seiten des Bundes erhalten, nach welcher wir einen Regierungssitzungsantrag für die Steiermärkische Landesregierung vorbereiten konnten. Dies ist am Wochenende von den Mitarbeitern der Wirtschaftsförderungsabteilung auch geschehen. Dieser vorbereitete Regierungsantrag wurde gestern um 8 beziehungsweise 8.30 Uhr dem Wirtschaftsförderungsbeirat zur Kenntnis gebracht. Auch die Teilnehmer des Wirtschaftsförderungsbeirates wollten an diesem Tage dazu nicht gesondert Stellung nehmen, weil der Inhalt noch nicht bekannt sein konnte. Gestern abend wurde im Rahmen der Steiermärkischen Landesregierung dieser Antrag beschlossen. Heute, darf ich Ihnen sagen, können wir nicht dem Steiermärkischen Landtag diesen gestern abend beschlossenen Regierungsantrag vorlegen, und zwar aus folgendem Grund: Die Tagesordnung wird zirka 14 Tage vorher festgelegt. Es werden die Ausschusssitzungen beschlossen. Die sind schon gewesen. Für die heutige Tagesordnung war es zu spät. Es wird den

ordentlichen Weg gehen, und dieser Bericht kommt selbstverständlich ins Hohe Haus. Vor allem auch deshalb, weil es um Freigaben geht, die ja einen Zeitraum von 1990 bis zum Jahre 2000 betreffen. Wenn dieser Bericht im Hohen Haus ist, wünsche ich mir und freue mich schon auf eine Debatte zum Thema Eurostar und Chrysler, weil ich mir vorstelle, daß die Kollegen aller Fraktionen sicher dazu gerne Stellung nehmen werden. Ich darf nur heute schon hier versichern, und ich habe das auch schon in der Anfragebeantwortung getan, daß wir mit der Bildungsoffensive und mit verschiedenen Vorbereitungen begonnen haben, damit die Auswirkungen auch auf die privaten Unternehmer nicht so sind, daß Arbeitskräfte und Fachkräfte abgeworben werden müssen, sondern daß man auch wirklich vorbereitet ist dann, wenn das ganze Werk begonnen hat. Die Vorbereitungen sind geschehen.

Zur Frage der Verkehrscoordination darf ich berichten, daß das Büro des zuständigen Verkehrsreferenten der Stadt Graz mit unserer Abteilung ständig in Kontakt ist und auch diese Koordination hergestellt ist.

Auf die Frage der Ostbahn, die angeschnitten wurde, Frau Kollegin, darf ich dir sagen, ich habe dem Herrn Generaldirektor Übleis deshalb geschrieben, weil ich gelesen habe, es gibt ein Budgetüberschreitungs-gesetz, in dem wohl Bahnlinien anderer Bundesländer berücksichtigt werden, aber auf die Steiermark in diesem Zusammenhang vergessen wurde. Ich glaube, sagen zu können, daß wir genauso viel Interesse haben, unsere Wege nach dem Osten offen zu haben, wie andere Bundesländer. Nur, in diesem Fall hat man an uns nicht gedacht.

Ein kurzes Wort auch noch zur KVA, weil es angesprochen wurde. Ich glaube, daß die Meldung heute in einer Tageszeitung schon ein wenig aufgerissen hat. Ich habe mit dem Eigentümer, nämlich mit der ÖIAG, wieder einmal Kontakt aufgenommen und habe dem Eigentumsvertreter mitgeteilt, KVA-Mittel sind in der Landesregierung und im Landesbudget vorgesehen als Arbeitsplatzsicherung für das Werk Donawitz, und ich verlange vom Eigentümer Konzepte und Vorschläge. Diese sind nicht hier, und unter dieser Voraussetzung kann ich weder der Regierung noch dem Landtag empfehlen, diese Mittel in der Form aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig haben wir es auch bei der Eröffnung vom Technologiepark Niklasdorf angesprochen. Forschung und Entwicklung vor Ort, das heißt, nicht alles aus der Steiermark abziehen. Auch in diesem Sinne gibt es mit der ÖIAG ganz konkrete Kontakte. Ich wollte diese Dinge nur beantwortet haben, damit sie nicht im Raum stehen und es heißt, wir haben dazu nichts zu sagen; man könnte sehr lange reden. Ich bedanke mich für die Aussagen des Kollegen Dr. Dorfer, betreffend Steinbeis-Stiftung. Es ist eigentlich ein Erfolg, wir merken es, und die Rückmeldungen, die wir von den Betrieben bekommen, die Ergebnisse der Zusammenarbeit schon in den ersten Monaten, sind eine wirkliche Leistungsbilanz, wie man sie von jemandem erwartet, der seine Arbeit ernst nimmt und sie auch wirklich angeht. Die Kriterien für die Konzeption zukünftiger Förderprogramme konnte ich heute Mittag erst austeilen, weil wir sie wirklich erst, laut Datum, heute bekommen haben. Wir hätten keinen Grund, sie zurückzuhalten, weil wenn man diese 48 Punkte

durchliest, dann kann man sie eigentlich von 1 bis 48 mit kleinen Veränderungen für die Steiermark unterstreichen, und sie sind auch im Sinne unserer Zukunft für die steirische Wirtschaft.

Das heißt abschließend: Mit der Steinbeis-Stiftung, mit unseren einsatzfreudigen Mitarbeitern im Bereich der Verwaltung, der Wirtschaftsförderungsabteilung und der Technova, mit unseren Unternehmen in der Steiermark als Partner, vor allem aber in bester Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung im Lande ist – und ich glaube, das ist gerade im Technologiebereich ersichtlich – ein gemeinsamer Erfolgskurs möglich, und in diesem Sinne bedanke ich mich bei den verantwortlichen Mandataren des Steiermärkischen Landtages für das Vertrauen und für den Beschluß zu diesem Kooperationsvertrag. (Beifall bei der ÖVP. – 15.08 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/4, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Minder, Ussar, Dr. Ficzek und Genossen, betreffend die Errichtung einer Höheren Lehranstalt für Wirtschaft, Gesundheit und Umweltschutz sowie eines diesbezüglichen Kollegs in Krieglach.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann, dem ich das Wort erteile.

Abg. Vollmann (15.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung behandelt den Antrag auf Errichtung einer höheren Lehranstalt für Wirtschaft, Gesundheit und Umweltschutz sowie eines diesbezüglichen Kollegs in Krieglach.

Der gegenständliche Antrag wurde eingebracht, weil man der Meinung war, daß Gesundheit und Umweltschutz in der heutigen Gesellschaft eine besondere Bedeutung haben. Die Untersuchung hat gezeigt, daß neben Umweltschutz und Gesundheit noch die Umweltgestaltung, Raumordnung, Wohn- und Baubiologie sowie Landschaftspflege, Physik und Chemie von besonderer Bedeutung für die Schüler sein würden.

Dazu wird folgendes durch den Landesschulrat ausgeführt: Er hat als zuständige Schulbehörde um Stellungnahme ersucht, und im Antwortschreiben wurde darauf hingewiesen, daß in Krieglach seit Beginn des Schuljahres 1989/90 eine Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit einer ersten Jahrgangsklasse aufsteigend geführt wird. Für diese Anstalt wurde beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport die Führung des Schulversuches „Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe, Umwelt und Verwaltung“ beantragt. Eine Genehmigung liegt jedoch noch nicht vor. Dieser Schulversuch soll ab dem dritten Jahrgang, also ab 1991/92, geführt werden.

Nach Maßgabe der Ergebnisse dieses Schulversuches ist die Einrichtung eines einschlägigen Kollegs

vorgesehen. Dieses Kolleg soll auch von Absolventen anderer Lehranstalten, wie beispielsweise AHS- oder HAK-Maturanten, besucht werden können.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge dieses Beschlusses den Antrag, betreffend die Errichtung einer Höheren Lehranstalt für Wirtschaft, Gesundheit und Umweltschutz sowie eines diesbezüglichen Kollegs in Krieglach, als Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen (15.10 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, er suche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 770/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Pinegger und Kanduth, betreffend eine Übernahme der Kosten für den an den Pflichtschulen einzuführenden Informatik- und EDV-Unterricht.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (15.11 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Es liegt ein Antrag der genannten Abgeordneten vor, daß eben der Bund die Gemeinden nicht so überfordern möge, indem Gesetze beschlossen werden und dann eben die Gemeinden zur Kasse gebeten werden und dann für die Informatik- und EDV-Ausstattung der Pflichtschulen Sorge tragen müssen. Daher haben die Abgeordneten hier mit Recht eine Eingabe gemacht, einen Antrag gestellt. Dieser Antrag wurde vom Landesschulrat an das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport weitergeleitet. Nun wurde von diesem Ministerium der Gemeinde- und Städtebund beigezogen. Es kam zu einer Aussprache, und es wurde nun folgende Regelung gefunden: Der Bund verpflichtet sich zur Ausstattung der Pflichtschulen mit der Software, das heißt, mit den Grundgeräten zur Durchführung dieses Gegenstandes, während sich umgekehrt die Gemeinden verpflichten müssen, die Hardware, etwa die Disketten für Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprachen, selbst zu besorgen. Der Gemeinde- und Städtebund war mit dieser Regelung einverstanden, und daher bringt die Landesregierung den Vorschlag ein, die Vorlage so anzunehmen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme der Vorlage. (15.12 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (15.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Bildung ist ein zentrales Anliegen unserer zeitgemäßen Gesellschaftspolitik. Meiner Ansicht nach setzen die Möglichkeiten der demokratischen Lebensgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen entsprechend informierte und engagierte Menschen voraus. Die Aufgabenstellungen, meine Damen und

Herrn, der Zukunft können aber nur von Menschen gelöst werden, die bereit sind, sich auch den Veränderungen durch lebenslange Bildung zu stellen. Bildung, wie ich sie verstehe, setzt eine offene, menschliche, lebensbezogene Schule voraus, in der Lernen Spaß macht, die mit dem Leben draußen Kontakt hat und Lehrer, Schüler und Eltern aktiv miteinbezieht. Die Schule muß aber vor allem auch den Kindern gleiche Chancen bieten, zumindest Chancengerechtigkeit.

Ich habe bereits im Rahmen der Budgetdebatte zum Kapitel „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ darauf hingewiesen, daß die bestmögliche Ausbildung für unsere Schüler gerade gut genug ist. Ich habe aber auch im Rahmen dieser Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß Tausende Lehrer in unseren steirischen Schulen mit großem Einsatz, Engagement, Fleiß und Phantasie arbeiten. Um aber die im Lehrplan vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen zu können, ist es aber auch unsere Aufgabe, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten hier im Haus, in unseren Schulen neben einem guten pädagogischen Klima vor allem auch – ich betone das ganz besonders – der entsprechenden Ausstattung unserer Schulen das entsprechende Augenmaß zuzuwenden. Die Qualität der Ausstattung unserer Schulen ist für die Qualität des Unterrichtes von ganz entscheidender Bedeutung.

Während bei den Bundesschulen der Sachaufwand zur Gänze vom Bund getragen wird, sind vor allem die Gemeinden bei Neueinführungen, wie es diesen Antrag betrifft, der elektronischen Datenverarbeitung ab dem Schuljahr 1990/91 an Hauptschulen, 1990/91 für die siebente Schulstufe und 1991/92 für die siebente und achte Schulstufe, an den Grenzen der Finanzierbarkeit angelangt. Die Damen und Herren, die in unserer Mitte sind und in der Gemeinde tätig sind oder waren, werden mir das sicher bestätigen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Freut mich sehr. Bedenkt man daß die Mindestausstattung für einen den neuen Lehrplaninhalten entsprechenden EDV-Unterricht an Hauptschulen, wie mein Kollege DDr. Steiner bereits gesagt hat, acht Computerarbeitsplätze, bei höheren Schülerzahlen sogar zehn bis zwölf Computerarbeitsplätze erforderlich macht, so sieht man, daß dieser Kostenaufwand wirklich ganz groß ist. Ein Arbeitsplatz mit Computer, Diskettenlaufwerk, Tastatur, Monitor und so weiter erfordert schon allein einen Aufwand von 20.000 Schilling. Für den Ersteinsatz der neuen Kommunikationstechnologien – ich führe an: Programm, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Karteiverwaltung und Graphik – sind allein 100.000 Schilling notwendig.

Ich begrüße es daher ganz besonders, wie ebenfalls DDr. Steiner bereits betont hat, daß im Rahmen von Verhandlungen – ich möchte sagen: erstmals – nun mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, mit dem Bundesministerium für Finanzen und vor allem auch mit dem Städte- und Gemeindebund erreicht wurde, daß der Bund nun erstmals auch für die Einführung der Informatik an Pflichtschulen die Vorsorge für die Softwareausstattung übernommen hat. Wenn auch die Gemeinden mit der Ausstattung der Hardware noch große finanzielle Probleme zu erledigen haben, so ist es doch ein erster Teilerfolg zum Wohle unserer Schüler.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Gemeinden haben in der Vergangenheit Großartiges im Rahmen der Ausstattung in unseren Schulen und des Schulbaues in unserer steirischen Heimat geleistet. Gerade aber in Zukunft – und das möchte ich betonen, weil wir manchmal die pädagogischen Probleme sehr wohl diskutieren, aber die Ausstattungsprobleme oft in den Hintergrund treten – wird das Problem der Ausstattung einer Schule eine ganz besondere Bedeutung dahin gehend haben, weil, wie wir gerade bei diesem Antrag sehen, der neue Mitteleinsatz enorme Kosten verursacht, die die Bundesschulen sehr leicht tragen, weil der Bund die Mittel zur Verfügung stellt, aber Gemeinden hier, vor allem kleinere Gemeinden, in arge Bedrängnis kommen.

Es ist also meiner Ansicht nach nicht einzusehen, daß auf diesem Gebiet keine Chancengerechtigkeit herrscht.

Ich komme schon zum Schluß: Die Entfaltung der persönlichen Anlagen und Begabungen jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers schafft persönliche Lebenschancen und Aussichten für ein erfülltes Leben. Tragen wir, sehr geehrte Damen und Herren, hier im Steiermärkischen Landtag auch dazu bei, daß in unseren Pflichtschulen neben einem guten pädagogischen Klima vor allem auch eine zeitgemäße Ausstattung unserer Schulen vorhanden ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.18 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll (15.19 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich kann meinem Vorredner über weite Strecken zustimmen, eigentlich überhaupt sagen, daß ich voll mit ihm übereinstimme aus zweierlei Gründen. Zum einen, weil die Gemeinden in diesem Land stets beweisen, daß sie aufgeschlossen sind für die Zukunft, für Europa, für die Herausforderungen der Wirtschaft, um bestehen zu können, so auch diesmal wieder, als es darum ging, für den EDV-Unterricht an den Hauptschulen Kosten zu übernehmen, und schließlich und endlich auch in einer Vereinbarung zwischen Gemeindebund, Städtebund und dem Finanz- und Unterrichtsministerium eine Regelung getroffen haben, wonach der Bund für die Software- und die Gemeinden für die Hardwarekosten aufzukommen haben. Ich glaube, daß gerade am Land, in den kleineren Hauptschulen, in den Märkten, in den kleineren Städten, in unseren Bezirksstädten in hohem Maße schon praktiziert wurde und daß hier die Gemeinden, obwohl sie wirklich keine überflüssigen Finanzmitteln haben, hier dieser Bildungsaufgabe in Richtung elektronischem Unterricht und Herausforderung für die Zukunft, für unsere Schüler und Jugend sehr, sehr aufgeschlossen sind. Ich muß aber auch kritisch anmerken, meine Damen und Herren. Es ist schon bedauerlich, daß bei allem Verständnis für die bildungspolitischen Aufgaben in unserem Staat der, der es zahlen muß, immer als letzter gefragt wird, ob es auch geht. So kann es in Zukunft nicht weitergehen. Die Gemeinden sind daher nicht am Ende in ein Finanzierungsgespräch einzubinden, sondern zukünftig bei solch großen Novellen – da sind wir auch einer

Meinung, die im Kommunalbereich tätig sind und Verantwortung im Hohen Haus tragen – am Anfang.

Ich sage dies deshalb auch ganz deutlich, weil es am Platz ist, vorsichtig zu sein, denn allein nach den Vorstellungen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport über ganztägige Schulformen lauern schon wieder, wenn das Wirklichkeit wird, was hier an Ideen vorgestellt wird, für die Gemeinden allein in der Steiermark eine Größe von 100 Millionen für Erziehungskosten, Essensdienste uns so weiter. Auch darüber gibt es wieder im Vorstadium überhaupt keine Gespräche, keine ernstesten Verhandlungen, wie man sich die Finanzierung dieser großen Summen vorstellt. Das nachträglich mit einem Finanzierungsgespräch so quasi den Gemeinden schmackhaft zu machen und sie einzubinden, geht ganz sicher in dieser Größenordnung nicht. Ich sage dies deshalb auch ganz deutlich, weil die Gemeinden an den Grenzen ihrer Finanzierbarkeit angelangt sind und man sich gerade für die Bildungspolitik zu jedem Vorrang bereiterklärt, auch in diesem Land in hohem Maße – es gibt eine Reihe von guten Beispielen dafür –, so kann ich nur fordern, von Anfang an die Kostenfrage in alle neuen Reformpläne einzubinden und von Beginn an die entsprechenden Gespräche zu führen. Ich freue mich daher, abschließend sagen zu können, daß die Gemeinden der Steiermark in einer Weise vorausschauend sind, gerade in den kleineren Schulen stellt sich das heraus, ich warne aber auch davor, daß dieser Weg nicht zielführend ist, wie er gegangen ist, am Ende reden wir auch über das Zahlen und mit den Betroffenen. Das muß zu Beginn in Zukunft erfolgen. Ansonsten bin ich ganz und gar zufrieden mit dem, denn was wir der Jugend an Neuem vermitteln, sind wir der Herausforderung für morgen gewachsen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.23 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz (15.23 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich kann fast lückenlos überleiten, denn der Herr Kollege Kröll hat von der Vorbildwirkung kleinerer oder größerer Gemeinden in den Bezirken gesprochen. Ich möchte Ihr Augenmerk auf einen negativen Zustand in dieser ganzen Sache richten, nämlich auf die Situation in der Stadt Graz. Wir alle wissen, wie wichtig die Arbeit mit der elektronischen Datenverarbeitung in allen Berufen und allen Betrieben, ob öffentlich oder privat, ist. Der Kollege Ussar hat in eindrucksvoller Weise mir aus dem Herzen gesprochen, und ich stimme mit ihm völlig überein, daß die bestmögliche Ausbildung für unsere Jugend und auch die bestmöglichen Ausstattungen auch im Bereich der EDV für unsere Jugend die beste Investition in die Zukunft sind. Etwa zehn Jahre wird diskutiert über die Einführung der EDV als verpflichtendes Angebot in den Pflichtschulen, vor allem Polytechnischen Lehrgängen und Hauptschulen. Seit fünf Jahren steht fest, daß EDV als Fach kommt, und seit etwa drei Jahren ist die gesetzliche Verpflichtung ausgesprochen. Die Landeshauptstadt Graz ist für mich aus unverständlichen Motiven säumig und hat jetzt erst angekündigt, daß sie im Schuljahr 1990/91 wahrscheinlich beginnen werde mit der Ausstattung von 23 Hauptschulen in Graz und

vier Polytechnischen Lehrgängen und daß sie erst im Schuljahr 1991/92 fertig sein werde. Das heißt, ein ganzes Jahr später als der Pflichtauftrag ist! Daß es auch anders geht, möchte ich Ihnen an einigen Beispielen an Hand einer Erhebung, die der Präsident des Landesschulrates veranlaßt hat, zeigen.

Ich nenne nur einige ganz markante Beispiele. Die „kleine Gemeinde Hausmannstätten“ hat in der Hauptschule seit 1984 bereits eine entsprechende Ausstattung mit elf Geräten und elf Arbeitsplätzen für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler in diesem Gebiet. Gnas, Schladming, Straden, ganz unterschiedliche Gemeinden in verschiedenen Regionen, haben seit 1986 eine ausreichende Ausstattung mit Geräten und Arbeitsplätzen für EDV. Hitzendorf, Gröbming und Hartberg, große Städte mit ihren größeren Schulinrichtungen, seit 1987 eine ausreichende Ausstattung. Mariazell seit 1988, und eine ganz große Liste von Gemeinden, die ich nicht aufzählen will, seit 1989 und schließlich jetzt in Fertigstellung. Das heißt, die Zusammenfassung dieses Berichtes lautet: In den meisten steirischen Hauptschulen mit hoher Klassenzahl außerhalb von Graz steht für den EDV-Unterricht eine ausreichende Ausstattung und ausreichende Arbeitsplätze zur Verfügung. Hauptschulen mit angeschlossenen polytechnischen Lehrgang sind mehrheitlich seit vielen Jahren gerätetüchtig ausgestattet und rüsten jetzt teils bereits auf neueste Geräte um. Viele andere große Hauptschulen in der Steiermark haben ihre EDV-Ausstattung für den Unterricht mit dem Schuljahr 1989/90 bereits erhalten und somit ein Jahr vor ihrer gesetzlichen Pflicht. Graz, und da verstehe ich wirklich nicht, was der Herr Stadtrat Gotschacher hier für eine Haltung einnimmt, Graz wird erst im Laufe des ersten verpflichtenden Schuljahres, und auch nicht allen Hauptschülern, einen EDV-Unterricht anbieten können. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder der Herr Stadtrat Gotschacher will auf dem Rücken der Grazer Schülerinnen und Schüler der Hauptschule und des Polytechnischen Lehrganges aus ideologischen Gründen die Hauptschulen in Graz ruinieren. Das ist eine Möglichkeit, es zeigt auch vieles in diese Richtung. Oder der zuständige Stadtrat hat fünf Jahre lang geschlafen und wurde auch von seinem Bürgermeister Stingl nicht aufgeweckt. (Abg. Trampusch: „Es gibt eine dritte Möglichkeit: daß Graz mehr Hauptschulen hat als Hartberg!“) Moment, in der ganzen Steiermark kann ich Ihnen die Liste gerne ganz verlesen. Alle Hauptschulen, und da gibt es sicherlich über 100, haben eine ausreichende Ausstattung schon jahrelang. Ich habe es ja vorgelesen, zum Teil von 1984, 1986, 1987, 1988, 1989, also weit voraus als ihre Pflicht gewesen wäre, gemacht. Beides wäre gleich schlimm, wenn nämlich aus ideologischen Gründen Sprüche gemacht werden und die Pflichtausgaben nicht erledigt oder wenn es einfach versäumt wurde. Und beides geht auf dem Rücken der Schüler, der Eltern und der Lehrer aus. Ich sage Ihnen noch etwas. Neben diesen Ausstattungen für die EDV gibt es in vielen Hauptschulen, ich habe vor kurzem eine besucht und möchte diese daher hervorheben, hervorragende Leistungen neben dem Schulbetrieb, zusätzlich zum Schulbetrieb und damit eine echte Aufwertung dieses Schultyps. In Graz wird die Ausstattung vernachlässigt, sträflichst vernachlässigt. Das Beispiel EDV zeigt das ganz deutlich. Ich zähle Ihnen in aller Kürze auf, was die

Hauptschule Waldbach unter dem Direktor Franz Gaulhofer – ich nenne ihn hier beim Namen, weil mir das sehr imponiert hat –, mit seinem ganzen Lehrkörper neben jahrelanger EDV-Arbeit, neben dem Schulbetrieb, der selbstverständlich mit besonders guten Lernerfolgen in dieser Schule stattfindet, noch alles gemacht wird. Theater, Musik, Sportwettbewerbe, Schüleraustausch mit Ungarn, Fotokurs, Chor, Sprachferien, Schach, Umweltaktion, Renovierung einer Kapelle und, was uns heute auch besonders interessiert, die Integration von Flüchtlingskindern in Gruppenarbeit. Das heißt, was man in einer Landhauptschule mit entsprechender Unterstützung des Bürgermeisters und mit der entsprechenden Unterstützung des für die Gemeinden zuständigen Regierungsmitgliedes, des Landeshauptmannes Dr. Krainer für die von der ÖVP mehrheitlich verwalteten Gemeinden, alles leisten kann, das ist beispielhaft, das ist großartig. Ich frage mich nur, warum das in Graz nicht möglich war und noch immer äußerst lax betrieben wird. Was läuft da in Graz? Ich erinnere, in Graz ist der Bürgermeister nicht tätig geworden für die EDV-Ausstattung. (Abg. Trampusch: „In Graz gibt es zum Beispiel eine Sporthauptschule, die gibt es woanders nicht!“) Gut, gibt es auch in Schladming, es gibt vier weitere. Die Hauptschulen in Graz werden bewußt oder unbewußt vernachlässigt. Ich habe ein konkretes Beispiel genannt, gesetzwidriger Zustand, was die EDV-Ausstattung anlangt, gesetzwidriger Zustand, Versäumnis, Schlamperei oder absichtliche Benachteiligung. Der Herr Stadtrat Gotschacher gehört Ihrer Fraktion an, der Herr Bürgermeister Stingl bekanntlich auch. Bitte, reden Sie mit diesen beiden. Ich fordere daher alle Verantwortlichen auf, in diesem Haus und darüber hinaus dafür zu sorgen, daß die Verantwortlichen, nämlich Stingl und Gotschacher in Graz – (Abg. Trampusch: „Weil Sie so tun, als ob in Graz gar nichts geschehen würde!“) Sind die Verantwortlichen in Graz, Stingl und Gotschacher, daß die Planung für die EDV-Ausstattung endlich gesetzmäßig stattfindet und so beschleunigt wird, daß bereits im Schuljahr 1990/91, wie es für den Herbst vorgesehen ist, ein ausreichender EDV-Unterricht für alle angeboten werden kann. Sonst müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß – wie nochmals gesagt – absichtlich oder durch Schlamperei die Schüler in Graz ein wichtiges, ihnen gesetzlich zustehendes Angebot nicht erhalten. Das finde ich, ist – um nicht das Wort Skandal zu sehr zu stapazieren – ein unhaltbarer Zustand, den wir gemeinsam ändern müssen.

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 773/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Kanduth, Pörtl und Kröll, betreffend die Möglichkeit, dem BORG Kindberg eine spezielle Fachschule für Elektronik anzuschließen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. DDr. Steiner (15.33 Uhr): Es liegt also der Antrag vor, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, damit am BORG Kindberg eine Fachschule für Elektronik installiert werden kann. Dieser Antrag fand beim Landesschulrat für Steiermark Beachtung, ja sogar Zustimmung, das heißt, der Landesschulrat für Steiermark findet Wohlgefallen an dieser beantragten Form und diese zusätzlich als Fachschule zum Oberstufenrealgymnasium Kindberg zu führen. Da aber im Antrag von seiten des Landesschulrates an das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport festgelegt wurde, daß aus budgetären Gründen, Konsolidierung des Budgets, zur Zeit keine weiteren Schulformen errichtet werden, auch nicht im Bereich der AHS, obwohl das bereits eine duale Form zu einer AHS wäre, kann von seiten des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport nicht zugestimmt werden. Aber der Landesschulrat für Steiermark hält diese Einrichtung für sinnvoll und notwendig, nimmt sie weiter auf in das Landesschulentwicklungsprogramm und empfiehlt unter Umständen, wenn sich eine private Institution finden würde, etwa als Träger für diese Fachschule aufzutreten. Aber es wird Sorge der steirischen Schulbehörde sein – heißt es hier –, dieses Projekt aufrechtzuerhalten und im Entwicklungsplan weiterzuführen, bis die nötigen Mittel von seiten des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

Ich beantrage die Kenntnisnahme dieser Vorlage. (15.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 777/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Prof. DDr. Steiner, Kanduth und Kollmann, betreffend die Möglichkeit einer Ausbildung in metallverarbeitenden beziehungsweise handwerklichen Berufen für Absolventen des Bundesrealgymnasiums Mürzzuschlag.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann (15.35 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag der genannten Abgeordneten zielt darauf ab, daß man die Möglichkeit schaffen sollte, für Maturanten der AHS auch eine fachbezogene Ausbildung in metallverarbeitenden und handwerklichen Berufen im Raum Mürzzuschlag zu schaffen. Hintergrund dieses Antrages ist nicht zuletzt der Verlust von vielen Arbeitsplätzen in dieser Industrieregion, und wenn man glaubt, daß das richtig ist, man hier in diesem Bereich nicht nur die Allgemeinbildung hochhält, sondern auch eine Fachausbildung fördert, damit gezielt ausgebildete Facharbeiter in Zukunft zur Verfügung stehen.

Es hat der Landesschulrat für Steiermark diesen Antrag sehr wohlwollend behandelt und auch dem Bundesministerium für Unterricht vorgelegt. Es ist

allerdings nicht unbedingt anzunehmen, daß wegen Konsolidierungsversuchen des Bundesbudgets die Möglichkeit besteht, derartige schulorganisatorische Dinge zu bewerkstelligen weshalb man glaubt, daß eher die Chance besteht, wenn man über eine private Trägerschaft eine solche Schulform initiiert.

Ich bitte um Annahme. (15.37 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichinger (15.37 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man dem Abgeordneten Dr. Maitz zugehört hat, dann muß man sagen, man ist zutiefst enttäuscht, daß es solche Zustände in Graz an den Hauptschulen gibt. Das wäre bei uns in der Obersteiermark – das muß ich ehrlich sagen – einfach undenkbar, daß hier so wenig geschieht. So einem Schulreferenten würde man sagen: „Lieber Freund, es ist Zeit, daß du gehst!“

Zum Kollegen Rainer möchte ich doch sagen, weil er Villas in Eisenerz herangezogen hat. Es ist halt der große Unterschied: In den Oststaaten ist das sozialistische System zusammengebrochen – total. Das sozialistische System hat überhaupt nichts gebracht als Not, Verelendung, ob das jetzt in Rußland ist, in Polen, in Ungarn, in Ostdeutschland – eine einzige Katastrophe. Und ich möchte hier wirklich anschließen und sagen: Eine ähnliche Katastrophe haben wir auch in der Obersteiermark erlebt, weil ja auch hier die verstaatlichte Industrie praktisch zusammengebrochen ist und wir alle darunter sehr, sehr leiden mußten.

Und wenn ich jetzt zu meinem Thema komme, muß ich sagen, daß die Industrieregion Mürzzuschlag gerade durch diese verfehlte Industriepolitik in der Verstaatlichten, in der VEW, schwerstens getroffen worden ist. 1600 Arbeitsplätze, Herr Kollege, wurden eingebüßt und dann mit großen Anstrengungen die verbliebenen Arbeitsplätze in der Edelstahlindustrie durch neue Produkte und moderne Technologie abgesichert. Dieser Prozeß einerseits und die sinkenden Geburtenzahlen andererseits bewirken aber einen immer stärkeren Mangel an metallverarbeitenden Facharbeitern, die letzten Endes eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem obersteirischen Bereich sind.

Dieser ist auch eingetreten, muß ich jetzt ganz klar sagen, seit nämlich die Bundesregierung den verhängnisvollen Kreisky-Weg in den Niedergang verlassen mußte, Kohlhammer, verlassen mußte natürlich, gezwungen durch die Forderungen und Aktivitäten der Volkspartei. Und darauf sind wir sehr stolz. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundung. Das WIFI, ich meine, das ist sehr objektiv, da sind wir uns ja einig, das WIFI stellt fest, daß vor allem die Steiermark einen Aufwärtstrend jetzt erlebt, aber auch bei einer Tagung der Gewerkschaft für Metall, Bergbau und Energie in Bruck hat man trotz einiger Strukturprobleme von einem weiteren Aufwärtstrend und einer guten Beschäftigungslage gesprochen. Diesen optimistischen Aussagen obersteirischer Gewerkschafter widerspricht wieder einmal – das muß ich heute einmal anführen – der neue SPÖ-Chef Schachner-Blazizek, der seit seinem Einstieg in die

Politik immer nur von der sprichwörtlichen Schlußlichtfunktion der Steiermark spricht, von der roten Laterne und so weiter. Aber dieses Krankjammern, liebe Freunde, ist leider – da muß ich ihm recht geben – in einigen Teilen der Verstaatlichten zu Recht bestehend, denn die Unruhe vieler Arbeiter und Angestellten ist angesichts der ungelösten Probleme bei NORICUM in Liezen, in Zeltweg, in der Hütte Donawitz, am Erzberg, bei Böhler zum Teil, verständlich. Der Adressat – das müßt ihr eurem Schachner-Blazizek jetzt wirklich einmal sagen – ist nicht die steirische Landesregierung, sondern die Schuldigen dafür sitzen in Wien, in der ÖIAG oder in sonstigen Institutionen. Entweder sind sie noch aktiv tätig, oder diese Herren genießen zum Teil jene gut abgesicherte Firmenpension, die man 10.000 anderen, die wirklich nicht schuld an der Miesre sind, weggenommen hat. Du bist auch dagegen. Du, ich schaue dir schon zu, du bist auch dagegen. Ich freue mich darüber. (Abg. Zellnig: „Du bist nicht mehr auf dem neuesten Stand!“)

So besteht nach wie vor wirklich der letzte Stand. So besteht nach wie vor ein starker Drang nach Sicherheit, nach einem Einstieg in den öffentlichen Dienst. Ich glaube, das werdet ihr auch bemerken. Deshalb auch das Streben so vieler Familien, daß die Kinder unbedingt die Matura ablegen müssen, weil sie dann eventuell jene Sicherheit erhalten, die ihnen, den Eltern, bis jetzt gefehlt hat. Doch unleugbar gehört die Zukunft, darüber sind wir uns einig, den neuen Facharbeitern. Es müssen aber unbedingt bessere Voraussetzungen geschaffen werden, denn die derzeitige Diskriminierung jener Schüler, die eine Lehre anstreben, muß raschest entfallen. Die Facharbeit und handwerkliche Tätigkeit muß in der Gesellschaft unbedingt einen weit höheren Stellenwert erhalten. Das Sozialprestige ist entscheidend zu ändern. Weitere Bildungsmöglichkeiten nach oben sind anzubieten, und die neue Form einer beruflichen Reifeprüfung muß raschest kommen. Der Stellenwert der Bildungsberatung und der Berufsinformation muß ebenfalls gestärkt werden. Deshalb frage ich mich auch, warum die Facharbeiteraus- und Weiterbildung beziehungsweise Lehrlingsausbildung in weiten Bereichen der verstaatlichten Industrie eingestellt wurde, wo man heute die Facharbeiter doch weltweit sucht. Es waren zermürbende Kämpfe. Ich sage es euch ehrlich, zermürbende Kämpfe, die zwischen den Vertretern des Bezirkes Mürzzuschlag und den Wiener Zentralstellen geführt werden mußten, damit diese Lehrwerkstätte erhalten geblieben ist. Was glaubt ihr, was da an Arbeit, Zeit und Einsatz so vieler Freunde von uns, und vor allem auch sozialistischer Freunde, hier aufgebracht werden mußte. Wir alle sind natürlich nun glücklich darüber, daß das endlich zu einem positiven Ende gekommen ist. Aber umgekehrt muß ich auch eines feststellen, wie schrecklich früher die Zeiten waren, wo in der alten verstaatlichten Industrie ausgebildete fertiggewordene Lehrlinge Hilfsarbeiterdienste machen mußten, Sturzen putzen mußten sie, das ist eine der schlechtesten und schlechtbezahltesten Arbeit überhaupt, leider zum Teil – hat mir ein Betriebsrat gesagt – im Böhlerbetrieb heute noch, für mich unverständlich. Nun könnte die Idee, daß Maturanten neben der Ausbildung zur Matura parallel dazu als Facharbeiter ausgebildet werden, tatsächlich verwirklicht werden. Der Landesschulrat begrüßt es, doch seine Hände sind leider wieder

einmal zentralistisch gebunden. Die strengen Richtlinien des Unterrichtsministeriums besagen, daß derzeit eine Ausweitung der bestehenden Schulorganisation, wenn sie mit finanziellen Auswirkungen verbunden ist, untersagt ist. Ich sage es, mir persönlich unverständlich, daß man nicht flexibler ist, daß man wirklich mit einem Federstrich sagen könnte, so, und in dieses Projekt wird jetzt gefördert. Der steirische Landesschulrat hat diese Idee in sein Schulentwicklungsprogramm aufgenommen, aber das, was fehlt, ist, wie gesagt, die Zustimmung des Bundesministeriums. Hier müssen wir tatsächlich weiterhin alle zusammenstehen, um eine Änderung zu erkämpfen.

Der Bürgermeister von Mürzzuschlag erwähnte bei der Neueröffnung dieser Lehrwerkstätte oder Innovationsstätte, wie es jetzt heißt, daß der Betrieb Böhler, das heißt die 580 Arbeiter, durch die Einführung der Nettoarbeitszeit – Sie werden staunen, was das heißt – einen wesentlichen Beitrag für diese neue Werkstätte geleistet haben. Der ÖAAB-Betriebsrat Kurt Blaser hat dazu ganz trocken bemerkt und gesagt, daß die Belegschaft dort oben bei Böhler die Weiterführung dieser Lehrwerkstätte selbstverständlich sehr begrüßt, fast niemand aber von den 580 Leuten ein Einsehen hat, daß man sie dafür mit der Einführung der sogenannten Nettoarbeitszeit bestraft hat, eine Strafe, die man in Kapfenberg und Judenburg nicht kennt, sich dort wahrscheinlich gar nicht gefallen ließe. Diese Nettoarbeitszeit bedeutet nämlich für diese Arbeiter von Mürzzuschlag-Hönigsberg, daß sie acht Stunden arbeiten müssen und nur 7,7 Stunden bezahlt bekommen. Es ist mir auch unverständlich. Ich verstehe es aber auch, daß Rechberger in Kapfenberg und in Judenburg ablehnt. Daß sie in Mürzzuschlag zugestimmt haben, ist einmalig. Unglaublich, daß man so etwas gemacht hat. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was, Rechberger arbeitet sieben Stunden? Das gibt es ja nicht!“) Die arbeiten nämlich 18 Minuten umsonst. Es gibt da auch Leserbriefe. Der Rechberger, der arbeitet Tag und Nacht. Und jetzt muß ich euch sagen, ich sage nebenbei etwas zur Aufklärung. Das gehört nicht ganz hinein, aber irgendwie, ich habe mich erkundigt bei dieser ganzen Diskussion. Da hat man mir zur Aufklärung gesagt, nachdem ich darüber schon einmal gesprochen habe, Betriebsratsobmänner der VEW, die 15 Jahre lang diese Tätigkeit ausgeübt haben, beziehen frisch und fröhlich im Gegensatz zu den Tausenden anderen den vollen Firmenzuschuß. Ich habe das nicht geglaubt, aber es ist Tatsache.

Nebenbei gesagt, noch etwas. Ich komme noch einmal auf diese Leute mit dem Firmenzuschuß: „Gäbe es im Jahre 1990 – heuer – die Gemeinderats- und Nationalratswahlen und hätten die Stahlpensionisten nicht mit eigenen Kandidaturen gedroht, wer weiß, ob es je zu dieser letzten Abschlagszahlung überhaupt gekommen wäre.“ Griess, Chefredakteur, „Neue Zeit“.

Im „Oberösterreichischen Tagblatt“, Linz, SPÖ-Zeitung, „Die letzte Abfertigung verdanken die Stahlpensionisten nicht den Parteienvertretern“ – Freunde, ihr wißt so, wen ich meine – „sondern einzig und allein der Tatsache, daß sie ihre Sache selbst in die Hand genommen haben und sich nicht einfach abfertigen ließen.“ Dann spricht dieser Redakteur – ich glaube, er ist sogar Chefredakteur – von einem Feilschen um ein

finanzielles Trostpflaster für die Opfer der VOEST-Misere. Und dann schreibt er: „Der Politiker als vielbeklatschter Nikolo hat abgewirtschaftet.“ Und da fällt mir jetzt etwas ein, das muß ich noch dazusagen: Beim letzten Bundesparteitag der SPÖ in Graz hat's trotzdem gültige steirische Nikolos auch gegeben. Unser lieber Freund Karl Rainer, der Gennaro und der neue SPÖ-Chef Schachner-Blazizek haben sich dort feiern lassen, daß sie es waren, die diese Abfertigung durchgesetzt haben. Stellt euch das vor! Kein Mensch glaubt das, und die behaupten das! Und die dort waren, haben zum Teil applaudiert, und im stillen haben sie gedacht: „Ist ja ein Wahnsinn, stimmt ja gar nicht!“ Stellt euch das vor! Sie ließen sich für jene milden Gaben beklatschen, die sie angeblich den Wienern, den ministeriellen, abgebetelt oder abgerungen haben (Abg. Gennaro: „Richtig!“), während es in Wahrheit – ich sage es noch einmal – die Wahlangst gewesen ist, daß sie nachgegeben haben. Ich frage mich – Freund, du sagst: „Richtig!“ –, ist denn das richtig, wenn die steirischen Genossen alles tun müssen, um diese Wiener Obergengenossen dazu zu zwingen, daß sie das zurückgeben, was sie vorher gestohlen haben? Das frage ich mich ehrlich. (Abg. Gennaro: „Ja!“) Ja, ist das korrekt? (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist tätige Reue!“) Zuerst die Devise. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, natürlich, haben sie ihnen weggenommen – Streicher. Jetzt fällt mir der Name ein. Der Minister Streicher hat sich gebrüstet: „Ich habe es zustandegebracht daß ich denen die Pensionen genommen habe.“ Ich kann's dir zeigen, du kannst es lesen. Zuerst viel nehmen, dann sich bitten lassen, dann etwas vom Genommenen gnädig zurückgeben, und dann läßt man sich feiern. (Abg. Kohlhammer: „Du hast gesagt ‚gestohlen‘. Das ist ein falsches Konzept!“) Doch, Freunde, aus dieser Feier – nein, nein, das stimmt schon – wird nach dem Zitat vom Chefredakteur Griess am Wahltag, am 25. März, in der Obersteiermark die Antwort von diesen Stahlpensionisten kommen, die auf diese Art und Weise genommen wurden, und wobei sich diese Leute sagen: „Daß eine Wahl dazu beitragen muß, daß wir es bekommen, daß die Angst vor dieser Wahl dazu beitragen muß, das ist eine scheußliche Sache!“ (Abg. Kohlhammer: „Das ist eine fürchterliche Unterstellung!“)

Bei der Eröffnung der Lehrwerkstätte – das ist keine Unterstellung, das ist eine Tatsache – gab es nur einen Lichtblick – das muß ich auch noch sagen –: Unter großem Beifall wurde festgestellt, daß Frau Landesrat Klasnic in kürzester Zeit und vollkommen unbürokratisch für diese Lehrwerkstätte geholfen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ja, das hat der Bürgermeister Steinhuber selber gesagt. Ich habe mich darüber gefreut. (Abg. Kohlhammer: „Erzähle ein bißchen, was sie gemacht hat!“)

Und ich möchte hie dafür auch an dieser Stelle sehr herzlich danken. Vielleicht kann sich unsere Frau Minister Hawlicek zu einem ähnlichen Schritt entschließen (Abg. Kohlhammer: „Ich würde bei der Frau Landesrat bleiben. Sie ist großzügiger!“), wenn es um die Verwirklichung des Projektes am Gymnasium Mürzzuschlag geht und auch um die Verwirklichung der Fachschule für Elektronik in Kindberg.

Aus Kreisen der Arbeiterschaft – und jetzt komme ich wieder zu einem Problem zurück – kommt aber

auch der eindeutige Wunsch, daß die Bezahlung, Freunde, der Facharbeiter wesentlich verbessert wird, daß vor allem aber auch – und ich kenne viele Betriebe – die Arbeitsbedingungen, unter denen heute Arbeiter noch ihre Zeit verbringen müssen, wesentlich verbessert werden, und zwar in vielen Bereichen noch. Das möchte ich auch unterstreichen. Dann wird vielleicht der begrüßenswerte Zustand eintreten, daß Facharbeiter, Maturanten oder Akademiker in ihrem Ansehen und in ihrer Sicherheit das gleiche Sozialprestige genießen, verstärkt dadurch, daß auch in Österreich die Titelsucht langsam aber sicher zu Ende geht. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 15.54 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (15.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich habe hier schon einmal gesagt: In berühmtem Rundumschlag holt Karl Eichinger immer aus. Er wollte eigentlich zu einem verhältnismäßig – muß ich sagen – vernünftigen Projekt reden, weil ich glaube, daß wir alle gemeinsam der Meinung sind, daß zwar eine gute Ausbildung für alles im Leben das Wichtigste ist, daß aber daneben natürlich das Handwerk, wie man wieder sieht, einen goldenen Boden hat. Wir klagen alle darüber, daß es in der Steiermark Facharbeitermangel gibt. Ich darf hier auf die Aussendung der Steirischen Industriellenvereinigung verweisen: Wir brauchen für die steigende Wettbewerbsfähigkeit und steigende Arbeitszufriedenheit die Mikroelektronik und daher auch Ausbildung in diesen Bereichen. Dazu zählen natürlich auch viele der Anträge, die heute gekommen sind, ob das die HTBL in Kapfenberg betrifft mit Nachrichtentechnik oder ob es nun Mürzzuschlag mit der Erweiterung hier im Realgymnasium ist.

Meine Damen und Herren, es sind sicherlich in all den Jahren in der Obersteiermark keine erfreulichen Dinge passiert. Die Auflösung von Tausenden von Arbeitsplätzen war mit dem persönlichen Schicksal der einzelnen, die dort gearbeitet haben, eng verbunden, nicht nur mit ihnen selbst, sondern auch mit ihren Familien. Viele, die sich andere Arbeitsplätze suchen mußten und die heute darunter leiden, daß wir keine Nahverkehrsmilliarden in Anspruch genommen haben, die weite Anfahrtswege nach Graz, in den niederösterreichischen und in den Wiener Raum in Kauf nehmen müssen, und die Schuldzuweisung all dieser Dinge hört bei den Parteigrenzen, meistens nur bei den eigenen, auf.

Der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger hat gemeint, hier wären viele Fehler begangen worden. Ich darf die Damen und Herren in diesem Hohen Haus daran erinnern, daß an diesen Fehlern, die gemacht worden sind, Ihre Fraktionsvertreter im Vorstand der VOEST, im Vorstand der ehemaligen Alpine, in allen anderen Einrichtungen der verstaatlichten Betriebe ganz genauso mitverantwortlich sind und daß heute Ihr Herr Generaldirektorstellvertreter Raidl noch immer das Finanzwesen der VOEST-Alpine-Leitung in der Hand hat und daß er derjenige war (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Seither geht es besser!“), der den Antrag in der Vorstandssitzung eingebracht hat, die

Pensionen zu streichen. Täuschen wir uns darüber nicht hinweg! Betreiben wir nicht ausschließlich Parteipolitik auf den Köpfen der Armen in diesem Land! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Weißt du, wie man das nennt? Selbstinfektion mit dem eigenen Schmä!“) Lieber Herr Landesschulratspräsident, du kannst in der Schule und in deinem Bereich den Finger warnend erheben, ich nehme es gerne zur Kenntnis. Ich glaube, man muß wirklich warnen. Aber die Lehrer, so scheint es mir, schießen in manchen Bereichen leider ein bißchen über das Ziel hinaus. Das zeigt das Rechenbeispiel von den acht geleisteten Stunden und von den 7,7 Stunden, die nur bezahlt werden. Der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger war sicherlich immer ein ausgezeichneter Schulmann – das attestiere ich ihm bitte auch –, nur rechnen kann er anscheinend heute noch nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Denn, bitte, es fehlen nur 0,3 Stunden auf acht Stunden, aber diese 0,3 Stunden oder 18 Minuten werden nicht gearbeitet, sondern sind Pausen, die früher bezahlt waren und heute nicht mehr bezahlt werden. Aber er arbeitet nicht acht Stunden, lieber Kollege Eichinger (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „In Kapfenberg nicht, in Judenburg nicht, nur in Mürzzuschlag!“), sondern er sitzt und nimmt seine Jause ein, obwohl ich selber als Vertreter der Arbeiterkammer sagen muß: Ich hätte diese Vereinbarung nicht unterzeichnet! Wir haben das auch immer vertreten (Beifall bei der ÖVP.), und wir stehen dazu, weil wir der Meinung sind, daß man allein nur für die Erhaltung dieser Lehrwerkstätte – und jetzt kommt das traurige Ende – so etwas nicht verkaufen muß. Denn daß die Böhler-Lehrwerkstätte in Mürzzuschlag erhalten werden konnte, dafür mußte man – das war eine dieser Grundbedingungen – diese Vereinbarung unterschreiben.

Sonst wäre sie aufgelassen worden und sie wäre nicht erhalten geblieben. Wir brauchen sie unbedingt. Und dieser heutige Antrag kann nur eingebracht werden, weil sich verantwortungsbewußte Menschen in diesem Bezirk vor allem mit dem Bürgermeister Steinhuber, der dort die Verantwortung trägt, gefunden haben, daß diese Lehrwerkstätte erhalten bleibt. Und, meine Damen und Herren, es gibt hier eine Lehrwerkstätten-Ges. m. b. H., wo die Gemeinde einen Großteil dieser Einlage trägt, einige Privatfirmen, die sich im Industriepark niedergelassen haben, sich beteiligen, und nun auch das Berufsförderungsinstitut. Ich bin der Frau Landesrat Klasnic sehr dankbar, daß sie auch ihren Beitrag geleistet hat. Er ist mit 400.000 Schilling – mit Verlaub, Frau Landesrat – bisher nur sehr niedrig ausgefallen, weil ich weiß, daß das Sozialministerium ein Vielfaches von diesem Betrag dazu leistet. (Landesrat Klasnic: „Die haben ein anderes Budget!“) Selbstverständlich haben die ein anderes Budget. Aber ich würde Sie bitten, auch in Anbetracht der Facharbeiterausbildung, die uns allen so, so wichtig ist, zu überlegen, ob es nicht doch möglich wäre, dieser Lehrwerkstätte eine weitere Hilfe im heurigen Jahr zukommen zu lassen, weil ich unbedingt glaube, daß wir die Berufsausbildung unserer Jugend voll in der Verantwortung haben müssen.

Ein Wort noch zu den Pensionisten, denen nun hier die Kürzung ihrer Zuschüsse widerfahren ist, die aber eine entsprechende Nachzahlung erhalten haben.

Meine Damen und Herren, uns ist allen klar, daß die Lösung der Stahlpensionisten eine sehr unangenehme Lösung war. Ich selber bin einer, dem man seinerzeit bei seinem Eintritt in die VOEST-Alpine im Jahre 1956 bei Vertragsabschluß versprochen hat, daß ich später einmal eine Zusatzpension erhalten werde. Wir haben uns alle darauf verlassen. Es haben sich nur die Voraussetzungen geändert. Ich habe gerade mit dem Herrn Dr. Dorfer kurz ein Wort draußen gewechselt im Buffet, weil ich gemeint habe, Konkurse sind ein ganz normales Ereignis in der Wirtschaft und sind eine Reinigung in vielen Bereichen und Gott sei Dank fallen die Arbeitnehmer heute nicht mehr um ihr sauer verdientes Geld um, weil es ein Insolvenzentscheidungsrecht gibt und die also ihr Geld erhalten. Aber all diese Dinge passieren in der freien Wirtschaft ganz genau so wie dem Vater Staat als Betreiber. Und wenn man ihn als Betreiber sieht und ansehen würde als Privaten, dann hat er natürlich jene Maßnahmen zu setzen, die der Private auch zu setzen hat. Mir tut es selber weh, daß es hier Unterschiede gibt zwischen Vertragspensionisten und zwischen Pensionisten, die keinen Vertrag hatten. Aber eines, meine Damen und Herren, sollten wir nicht tun. Wir sollten diesen Wortkrieg nicht auf dem Rücken jener Leute austragen. Meine Damen und Herren, ich bin gar nicht so sicher, ob bei der Kandidatur dieser Stahlpensionisten nicht auch die Österreichische Volkspartei in den Gemeinden so manches blaue Auge davonträgt. Sie werden am 25. März wahrscheinlich noch einiges an blauen Augen davongetragen haben. Aber nicht nur deswegen, weil Stahlpensionisten kandidieren, sondern weil Ihnen die Freiheitlichen einen schönen Teil Ihres Stimmenanteiles abnehmen werden. Meine Damen und Herren, das ist Bewegung. Das ist Demokratie. Wir sollten uns auch auf den Boden dieser Demokratie bewegen. Und wenn wir uns auf dem Boden dieser Demokratie bewegen, dann darf einem das nicht passieren, daß laufend nur die Beschimpfung der Ärmsten der Armen stattfindet, denn die wahren Leidtragenden des Versagens der Wirtschaft, ob sie staatlich oder nichtstaatlich ist, sind jene, die dort beschäftigt sind, die ihren Arbeitsplatz verlieren und die alle Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen, damit sie sich und ihrer Familie wieder das Einkommen sichern. (Beifall bei der SPÖ.) Bei all diesen Problemen und bei all den politischen Auseinandersetzungen quer durch die Parteien hindurch fordere ich Sie auf, daran zu denken, daß die steirische Wirtschaft gut ausgebildete Menschen braucht und daß es wert ist, diese Menschen zu fördern. Und daß es wert ist, ihnen das zu geben, was sie als Rüstzeug für das Leben brauchen: eine gute Ausbildung! Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.04 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich unterbreche jetzt für die dringliche Anfrage, die wir für 16.00 Uhr vereinbart haben. Auf Grund der Beratung in der Präsidialkonferenz wird die Wechselrede zu den drei dringlichen Anfragen, und zwar der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Bacher,

Dr. Dorfer, Fuchs, Grillitsch, Harms, Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Neuhold, Pinner, Prof. Dr. Steiner, Minder, Kanape, Kohlhammer, Freitag, Zellnig, Gennaro, Reicher, Heibl, Schrittwieser und Vollmann und der Abgeordneten Kammländer, Minder, Kanape, Kohlhammer, Freitag, Zellnig, Gennaro, Reicher, Heibl, Schrittwieser und Vollmann sowie der SPÖ-Abgeordneten, in einem abgeführt. Ich eröffne daher die Wechselrede dieser drei dringlichen Anfragen und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich als erster Herr Abgeordneter Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer (16.05 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es ist geradezu schon eine Binsenweisheit, daß die Steiermark nach wie vor in einer wirtschaftsgeographischen Randlage liegt. Sicherlich ist neu, daß sich der Aufbruch im Osten ergeben hat, daß damit neue Situationen geschaffen sind und daß wir damit auch neue Straßenverbindungen genauso wie Eisenbahnverbindungen in Richtung Osten brauchen. Und immer wieder muß in der österreichischen Innenpolitik festgestellt werden, daß Österreich nicht nur verkehrsgeographisch aus der Achse Wien-Linz-Salzburg-Innsbruck besteht, sondern daß es südlich davon auch noch etwas gibt. Denn es ist uns viel zu wenig bewußt, daß die Westautobahn schon seit Jahrzehnten besteht, vor Jahrzehnten mit unser aller Steuergeld gebaut wurde, daß im Jahre 1992, spätestens 1993, der Rhein-Main-Donau-Kanal fertig sein wird, was zusätzlich einen wettbewerbspolitischen Nachteil für die steirische Wirtschaft ergibt, und es ist in höchstem Maße bedauerlich, daß auch bei größerer Einbindung der Steiermark oder besserer Einbindung der Steiermark in die Zentralen in Nordost und Nordwest es eine Diskussion um den Semmeringbasistunnel gibt. Eine Diskussion, die von der Steiermark aus auf das heftigste bekämpft werden muß. Klar ist nämlich eines, es ist beschlossen, und der Herr Landeshauptmann hat es heute schon gesagt, daß dieser Semmeringbasistunnel gebaut wird, und die unheilige Allianz der Landeshauptleute Ludwig, Zilk und Sibötz mit allen ihren Trabanten soll und darf daran nichts ändern. Es ist verständlich, daß die diese Milliarden in Richtung Osten verlegen wollen, das heißt zum unmittelbaren Vorteil ihrer Bundesländer. Es muß auch hier immer wieder gesagt werden, daß der Semmeringbasistunnel keineswegs, wie es oft dargestellt wird, eine Alternative ist zur Südbahn, Burgenland, Graz, Koralmtunnel, sondern daß der Semmeringbasistunnel sofort und möglichst schnell in Angriff genommen werden soll, während das Projekt der Südbahn, wie wir heute auch vom Landeshauptmann schon gehört haben, in das Planungsstadium getreten ist und im Laufe der nächsten Jahre irgendwann in Angriff genommen werden kann. Früher ist das rein technisch ja gar nicht möglich. Fest steht, daß zuständig hierfür der Bundesminister für Verkehr ist und daß wir alles gemeinsam daransetzen müssen, daß er hier die endgültige Planung, sie ist zum großen Teil abgeschlossen, aber auch die Genehmigung des Baues des Semmeringbasistunnels durchsetzt.

Und zum Anschluß an die große Welt, meine Damen und Herren, ist nicht nur der Straßenausbau notwendig. Notwendig ist auch der weitere Ausbau der Bahn, denn die Verlagerung des Gütertransportes, soweit möglich, von der Straße auf die Bahn, ganz wird es nie möglich sein, ist ein Gebot der Stunde, wenn wir auch ökologisch denken wollen.

Leider ist es so, daß das Projekt „Bahn 2000“, die neue Bahn, ein großartiges Projekt ist, aber noch sehr wenig davon realisiert und in Angriff genommen ist, und wenig ist noch zu sehen, wie weit das alles auch in den nächsten Jahren gedeihen wird, wie insgesamt überhaupt gesagt werden muß, daß die Bundesbahn, zumindest bisher – und ich bin eigentlich zuversichtlich, daß sich da in nächster Zeit etwas ändern wird –, einen betriebswirtschaftlichen Zustand hat, wie ihn sonst kein österreichisches Unternehmen, das im Wettbewerb steht, sich leisten könnte.

Neben der Bahn ist natürlich auch der weitere Ausbau der Luftlinien wichtig. (Abg. Erhart: „Vieles ist vom Staat aufgezwungen!“) Leider ja. Das muß man für die Bundesbahn mit allem Nachdruck leider feststellen.

Der Ausbau der Luftlinien ist das dritte große verkehrspolitische Bein, das notwendig ist. Auch hier haben wir heute schon gehört, wie großartig sich die Frequenz auch auf dem Flughafen Graz-Thalerhof im Laufe der letzten Jahre entwickelt hat. (Abg. Gennaro: „Dafür kann das Land nichts!“)

Wichtig wäre auch für die steirische Wirtschaft, daß der Flughafen Zeltweg möglichst bald auch zumindest als Bedarfsflughafen zur Verfügung gestellt wird, was für die Entwicklung der Industrieregion Mur-Mürz oder Steiermark überhaupt von beachtlicher Bedeutung wäre. Und am entscheidendsten zunächst ist der weitere Ausbau, ich möchte sagen die Fertigstellung, der Pyhrnautobahn. Hier verdanken wir es unserem Landeshauptmann als dem zuständigen Referenten in der Landesregierung und dem gewesenen Bundesminister Robert Graf, daß nunmehr die Strecke Traboch-Gaishorn nicht nur beschlossen, sondern auch in Angriff genommen worden ist.

Klar ist, daß die Verkehrsentwicklung weiterhin zunimmt. Auch der Straßenverkehr wird in Zukunft weiter zunehmen; wir haben ja den größten Zuwachs auf den Autobahnen gerade in der Steiermark. Man kann darüber diskutieren, ob das richtig ist, Faktum ist aber, es ist so. Und wichtig für den Güterverkehr wird vor allem auch sein, daß in absehbarer Zeit der Güterterminal südlich von Graz auch zustande kommt und daß der Kampf um den Standort dem Ende entgegengeht.

Der steirische Nahverkehr, meine Damen und Herren, das heißt der Verkehr zwischen Graz und den Ballungsgebieten bis zu maximal 100 Kilometer Entfernung, soll nicht nur ein Schienenangebot, sondern eine Paketlösung, also Schiene und Bus, werden. Dem öffentlichen Personennahverkehr wird nach allen internationalen Erfahrungen in Ballungsräumen eine zunehmende Bedeutung zukommen. Ich glaube, das ist eigentlich unbestritten, weil die ständige Zunahme des Individualverkehrs andernfalls zu viele nachteilige Folgewirkungen mit sich bringen müßte, wie schädliche Abgase, hoher Flächenbedarf, Lärmbelästigung und dergleichen mehr. Dabei kann der öffentliche

Verkehr nur dann attraktiv gestaltet werden, wenn in einem sogenannten Verkehrsverbund ein breites Verkehrsangebot koordiniert den Kunden zur Verfügung gestellt wird: eine koordinierte Linienführung, koordinierte Fahrzeiten, gemeinsame Fahrscheine, gemeinsame Verkehrsplanung, bequeme Fahrzeuge, höhere Geschwindigkeiten, häufigere Fahrmöglichkeiten und ähnliches mehr. Wenn das alles einmal gelungen ist, dann braucht uns um das Gedränge im Verkehr nicht mehr bange zu sein. Nur ein solcherart integriertes Gesamtnetz im Nahverkehr wird eine stärkere Benützung bringen, wird auch mehr angenommen werden und damit auch zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung des Schienenpersonennahverkehrs führen.

Bund, Land und die betroffenen Gemeinden sind nicht nur aufgerufen, sondern, wie wir heute gehört haben, dabei, in konkreten Verhandlungen die damit verbundenen Finanzierungslösungen zu suchen und zu finden. Ich bin zuversichtlich, daß die endgültige Lösung sehr bald realisiert sein wird. Alle Details hiezu haben Sie heute schon vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer gehört. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich unterbreche die Debatte, denn es ist mir, Hohes Haus, eine große Freude und Auszeichnung zugleich, die Vizevorsitzende der tschechischen Nationalversammlung, Frau Dr. Jaroslava Moserova, herzlichst zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich freue mich über Ihren Besuch beim Steiermärkischen Landtag, der Ihnen Gelegenheit geben soll, die föderativen Einrichtungen unseres Bundesstaates kennenzulernen. Ich wünsche Ihnen für Ihr Land Gottes Segen und eine gute Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (16.15 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wie wir in der Steiermark miteinander verkehren – und gemeint ist jetzt der Austausch und der Umgang miteinander –, wie in der Steiermark unsere Verkehrspolitik gemacht wird, haben wir heute auch anlässlich der dringlichen Anfrage gesehen. Schon alleine, daß wir Anfragen diesbezüglich stellen müssen und noch dazu dann dringliche, zeigt das Klima in diesem Bereich. Als Teilnehmerin in der Arbeitsgruppe „Verkehr und Umwelt“ stelle ich fest, daß wir von gemeinsamer und effektiver Planung noch immer meilenweit entfernt sind. Und wenn die einzelnen politischen Mandatarinnen und Mandatare zur Ausschmückung und alibihaften Teilnahme eingeladen werden, um dann aus den Medien die Ergebnisse ihrer Arbeit zu erfahren, dann fühle ich mich einmal schlicht und einfach „gepflanzt“. Oder wie geht es den anderen Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen? (Abg. Dr. Maitz: „Danke, gut!“) Ein bißchen „Small talk“ und ein bißchen Information, würde ich das zusammenfassen, und inzwischen wird dann in der Burg eine medienwirksame Pressekonferenz vorbereitet. Statistiken und Hochrechnungen, Studien und Zwischenberichte, kleine oder da und dort kleinere Verbesserungen – genaugenommen lauter einzelne Waggons, aber keine Lokomotive. Wer gibt dann den Dampf

dahinter, und wer bestimmt den Fahrplan, und wer bestimmt die Richtung? Ich behaupte, Dampf ist genug da, aber Lokomotive gibt es keine. (Abg. Ing. Stoisser: „Elektrisch aus Umweltgründen!“)

Wir haben innerhalb von zwei Monaten erlebt, daß – ich habe das heute schon einmal erwähnt – Herr Iacocca die Politiker zu Höchstleistungen bei der Förderung eines Großprojektes treiben konnte, mit dem Versprechen, Arbeitsplätze, Zuliefergeschäfte und so weiter zu schaffen. Dann wurden ihm die Millionen nur so nachgeworfen. (Abg. Dr. Maitz: „Es werden Arbeitsplätze geschaffen!“) Ja, passen Sie auf, die kommen schon noch, die Arbeitsplätze. Sie wollen das nie hören, wenn ich das sage.

Obwohl wir in der Steiermark eine Waggonindustrie haben – das habe ich heute auch schon einmal gesagt –, neuerdings Superschiene erzeugen, die Bauunternehmen nach Großprojekten nur so lechzen, ist eine ähnliche Investitionsentscheidung für den infrastrukturellen Ausbau – also jetzt auf der Schiene – nicht möglich. Ich hätte mich gefreut, ein 400-Millionen-Schilling-Ding für unsere Infrastruktur zu haben, also eine Investition in dieser Größenordnung in so kurzer Zeit – in zwei Monaten – auf die Füße zu stellen und heute schon den Spatenstich zu machen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das kann nur die Privatwirtschaft!“) Nein, nein, das ist nicht die Privatwirtschaft, das sind unsere Gelder, das sind öffentliche Gelder, bitte. Das ist keine Privatwirtschaft, möglicherweise die Banken. Ja, aber unter welchen Bedingungen, welche Tilgungsraten und so weiter wissen wir auch nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Der überwiegende Teil des Kapitals ist privat!“) Nein, nein. Bei der Größenordnung einer Förderung von 4,3 Milliarden Schilling 1,5 Milliarden Schilling aus öffentlichen Mitteln, das ist ein ganz schöner Happen. Ja, was sollen wir jetzt von dieser Wirtschafts- und Verkehrspolitik halten? Die Umwelt, die ja durch den Autoverkehr und auch durch den Flächenverbrauch im Westen bereits belastet ist – im Osten wird das ganze Problem ja noch kommen –, wird durch eine solche Entscheidung, jetzt weniger Investitionen für den Schienenausbau und mehr Investitionen wieder für ein Auto zum Beispiel, nicht gefragt.

Zuletzt hat eben der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer mit dem Herrn Hofrat Theussl und dem Dozenten Rüschi ein Organisationskonzept für einen Verkehrsverbund vorgestellt. Dort gibt es auch keine Organisationsstelle für so einen Verbund, sondern die Funktion eines Verkehrsverbundes wird wie in der Vergangenheit am gutem Willen und an der Zahlungsbereitschaft der beteiligten Verkehrsträger und Gebietskörperschaften liegen. Das heißt, eine Realisierungschance ist ebenfalls gleich Null wie in der Vergangenheit. Wir brauchen endlich eine Stelle, die sich unabhängig von anderen tagespolitischen Ereignissen ausschließlich um die Verwirklichung des Verkehrsverbundes kümmert. Ich habe heute in meiner Anfragebegründung das schon erwähnt, daß auch eine Gesellschaftsform wie bei der Pyhrnautobahn selbstverständlich auch eine Konstruktion wäre, die wir uns vorstellen können, also mit Planungsabteilung, Finanzabteilung und so weiter. Ich nehme immer wieder das Beispiel des Autobahnausbaues. Hier ist so vieles in den vergangenen Jahrzehnten möglich gewesen. Der Herr Landeshauptmann hat das heute nicht zu Unrecht

als Beispiel angeführt, was alles möglich gewesen ist im Straßenbau. Was alles nicht möglich ist beim Eisenbahn- oder beim schienengebundenen Verkehrsausbau, das haben wir heute leider auch hören müssen.

Wir wissen auch, daß die Verkehrsdiskussion von Absichtserklärungen lebt und es sehr viele schöne Worte gibt und wenige Taten. Wer, wie ich, sehr viel mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, sieht sehr deutlich, daß in den letzten Jahren, also in vier Jahren, seit ich ständig nach Graz pendle, weit und breit nichts von Verbesserungen zu spüren ist. Während im Palten- und Liesingtal die Baumaschinen den Talboden umpflügen, die Autobahnen blitzartig wachsen und damit natürlich auch in Zukunft der Atuo- und Lkw-Verkehr, fehlen konkrete Pläne für den Ausbau attraktiver Verbundsysteme sowohl um Graz wie auch in der Obersteiermark.

Ich möchte auch zur Obersteiermark im Zusammenhang mit dem Semmeringbasistunnel anführen, daß auch dieses Großbauvorhaben selbstverständlich umstritten ist, weil der 12,3 Kilometer lange Scheiteltunnel die Strecke von Gloggnitz nach Mürzzuschlag von 39 Kilometer auf nur 25 Kilometer verkürzen würde. Die alte Ghegastrecke würde durch diese Inbetriebnahme eines Tunnels selbstverständlich eingestellt werden müssen. Und die Kosten, die 1986 noch mit 3,6 Milliarden Schilling veranschlagt wurden, sind inzwischen für 25 Kilometer auf 10 Milliarden Schilling Neubaustrecke geschätzt. Und dieser Investition sind dann die Kosten für eine Neubaustrecke, zum Beispiel in einem topographisch einfacheren Gelände, gegenüberzustellen, die dann ein Viertel günstiger wären. Wenn ich jetzt den Vergleich nehme, die Hälfte der Neubaustrecke Steiermark-Burgenland, also diese „Kukuruzlinie“, könnte mit dem Betrag gebaut werden, der für den Semmeringbasistunnel aufgewendet werden müßte, und ein Fahrzeitgewinn auf der Strecke Graz-Wien wäre eine Stunde 20 Minuten. Wir fahren derzeit zwei Stunden 35 Minuten und würden dann über die Oststeiermark in einer Stunde und fünf Minuten in Wien sein. Die Frage, in welcher Form die Eisenbahnverbindungen nach Wien und weiter dann auch in die Tschechoslowakei und nach Polen verbessert werden können, diese Frage der Verbesserung kann nicht allein am Semmeringbasistunnel hängen. Die bestehende Linie und auch die infrastrukturellen Einrichtungen entlang des Mürztales sind dementsprechend schlecht. Verladesysteme gibt es im Mürztal auch nicht, und auch von der Streckenführung her gibt es große Probleme auch für die Beschleunigung. Und von zentraler Bedeutung wird auch für die Obersteiermark die Achse BRD – Südosteuropa sein, und gerade hier geht es eigentlich nur langsam weiter. Wir wissen, daß die Baustelle für die Eisenbahn im Palten-Liesingtal unverhältnismäßig langsamer vorangeht als die für die Pyhrnautobahn.

Es ist ja auch hinlänglich bekannt in der Steiermark, daß wir uns am Autobahnbau sehr großzügig beteiligt haben, obwohl das reine Bundesaufgabe gewesen wäre. Ich fordere jetzt dieselbe Bereitschaft zur Mitfinanzierung der in Zukunft so wichtigen Verbindung zwischen Graz und Budapest. Ich denke, wir brauchen jetzt nicht mehr weiter zu koordinieren. Wir müssen jetzt endlich handeln oder planen. Das heißt, daß wir diese schon vormittag erwähnte zentrale Verbundorga-

nisationsgesellschaft brauchen, und zwar könnte die schon morgen mit der Planung beginnen. Ich bin jetzt natürlich unter einem gewissen Zeitdruck, weil alles so schnell gehen soll wie bei Chrysler. Die Finanzierung – denke ich mir – könnte wie bei Chrysler erst der zweite Schritt sein, und den Spatenstich könnten wir vielleicht für diese Ostbahnstrecke auch in zwei Monaten machen. Ob wir dann letzten Endes Ökoschillinge einheben oder sonstige Abgaben einführen, ausschlaggebend wird dann der politische Wille sein, wofür man diese Mittel ausgibt. Der Herr Landeshauptmann hat heute gemeint, einen Teil könnten wir vielleicht für einen Verkehrszweck widmen. Ich denke auch, wir sollten nicht vergessen, daß die nächsten Wahltermine ins Haus stehen und daß vieles in diesem Licht zu sehen ist. Es sei denn, daß sich die kreative Phase in der Steiermark mit dem Autobahnbau erschöpft hat und dem Ganzen nichts mehr hinzuzufügen ist. Leider ist der Herr Landeshauptmann nicht da. Sollte der Herr Landeshauptmann noch Zweifel haben an der Zweckmäßigkeit schneller Entscheidungen, dann weise ich ihn darauf hin (Abg. Dr. Maitz: „Hat er nicht!“), daß ja die Gruppe der Pendler – das sind natürlich auch Wähler – ja bedeutend größer ist als die der Autofahrer. (Abg. Ing. Stoisser: „Er wird sich über diese Dinge sehr freuen!“) Wenn ich jetzt die Grazer Verkehrsbetriebe anschau, dann haben wir 70 Millionen Beförderungsfälle pro Jahr, das sind umgerechnet rund 200.000 am Tag, und im Vergleich dazu 7000 Fahrzeuge durchschnittlicher täglicher Verkehr im Gleinalmtunnel sind 7000 und im Bosrucktunnel 3000. Wenn man jetzt die Verhältnismäßigkeit illustriert, dort sind es Hunderttausende und da sind es am Tag nur Zehntausende oder vielleicht im Sommer etwas mehr. Aber das sind dann auch nicht die Wähler, die da durchfahren. Ich denke, daß die Entschlußkraft des Landeshauptmannes in Sachen Verbundverkehr sicher im Laufe der nächsten Zeit zunehmen wird, weil auch der dementsprechende politische Druck nicht nachläßt. Danke! (16.27 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Erhart das Wort.

Abg. Erhart (16.27 Uhr): Hoher Landtag! Werte Damen und Herren!

Mit großer Freude und vor allem mit großem Interesse haben viele von uns verfolgt, wie diese Bundesregierung das Thema „Neue Bahn“ angegangen ist. Die Beschlüsse auf Bundesebene bedeuten für eine Verkehrsentlastung im Hinblick auf eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene von der Straße weg sehr viel. Und so ist es ganz besonders begrüßt worden, daß der Nationalrat am 1. März des Vorjahres ein sogenanntes Hochleistungsstreckengesetz und mittlerweile eine dazugehörige Verordnung beschlossen hat. In dieser Verordnung wurden dann verschiedene österreichische Eisenbahnlinien zu sogenannten Hochleistungsstrecken erklärt. So zum Beispiel die Strecke Wien–Sankt Pölten–Linz–Salzburg bis an die deutsche Grenze oder aber auch die Strecke Kufstein–Staatsgrenze bis Innsbruck oder Innsbruck–Arlberg–Feldkirch bis zur Schweizer Staatsgrenze. Oder die Strecke Salzburg über die Tauern bis Villach bis zur jugoslawischen Staatsgrenze und so weiter. (Abg.

Dr. Dorfer: „Nichts davon in der Steiermark!“) Für uns Steirer aber ganz besonders interessant, werter Kollege Dr. Dorfer – mich wundert deine Unschuld puncto dieser Verordnung und dieses Gesetzes, also scheint es, du hast da nicht hineingeschaut –, ist die Strecke Wien–Semmeringtunnel–Bruck an der Mur–Graz–Spielfeld. Das dürfte deiner geschätzten Aufmerksamkeit entgangen sein, wobei natürlich gerade die Semmeringtunnelfrage besonders wichtig ist, daß sie in dieser Verordnung drinnen ist und natürlich auch der Streckenabschnitt Graz–Spielfeld, der derzeit ja noch eingleisig ist und dann natürlich im Zuge eines Hochstreckenausbaues zweigleisig werden würde. Aber, lieber Kollege Dorfer, weil du meinst, für Steiermark ist da nichts drinnen, das geht für die Steiermark weiter: Bruck an der Mur, jetzt hinauf nach Sankt Michael–Selzthal–Bischofshofen. Und drittens: Selzthal–Linz als Streckenbereich und – das ist eine Frage eines Neubaues – die Strecke Traun–Marchtrenk–Passau, praktisch als Umfahrung für Linz gedacht. Dieser Abschnitt ist für uns besonders interessant, weil es hier letzten Endes um den berühmten Anschluß an den Rhein-Main-Donau-Kanal geht.

Sehr verehrte Damen und Herren, warum ich diese Strecken einzeln aufzähle? Nun, weil trotz dieser für die Steiermark so wichtigen Verbindungen, nämlich Nord, Süd und Ost, es den Anschein hat – und hier Kollege Dr. Dorfer würde es passen, was du früher gesagt hast –, als hätten die Bundesgesetzes- und -verordnungsmacher auf eine Himmelsrichtung in der Steiermark vergessen, nämlich auf den Anschluß in den Westen und in weiterer Folge dann in den Süden.

Denn, sehr verehrte Damen und Herren, wo bleibt bitte bei diesem Hochstreckengesetz der Anschluß der Steiermark nach Kärnten und Italien? Denn hier ist nichts von einem Ausbau der vorhandenen zweigleisigen Südbahnstrecke zu sehen, nämlich der uns allen bekannten, über den Semmering nach Bruck–Sankt Michael–Knittelfeld–Neumarkt, über Sankt Veit–Klagenfurt nach Villach. Und noch viel weniger – und das sage ich jetzt ganz betont für alle Freunde der Koralmidee – ist in dieser Verordnung über die neuen Hochleistungsstrecken auch nur eine Spur über einen Streckenneubau Graz–Koralm–Klagenfurt zu lesen.

Ich brauche Ihnen aber sicherlich nicht zu erzählen, wie bedeutungsvoll ein rascher Anschluß an den norditalienischen Industrieraum, gerade im Hinblick auf die österreichischen EG-Bestrebungen, ist. Ich könnte zu diesem Thema sehr, sehr viel sagen. Ich erspare es mir aber deshalb, weil in dieses Haus von mehr als einem Viertel der Abgeordneten, und zwar der drei Fraktionen SPÖ, ÖVP und FPÖ, im vorigen Jahr Anträge eingebracht wurden, die gerade dieses Problem besonders beleuchten, und wo auch dementsprechende Beschlußformulierungen getroffen wurden. Denn wir Obersteirer – und das darf ich jetzt über alle Fraktionen hinweg sagen – haben längst dieses Problem erkannt. Und ich darf Ihnen diese Anträge zitieren – ich lese sie Ihnen nicht vor, keine Angst, aber nur wann und von wem sie eingebracht wurden:

Hier gibt es also einmal zuallererst den SPÖ-Antrag – selbstverständlich – vom 9. Mai 1989 mit dem Beschlußantrag, daß im laufenden Begutachtungsverfahren – bitte schön, zu diesem Zeitpunkt war die jetzt mittlerweile schon beschlossene Verordnung noch in

Begutachtung, und von uns wurde zeitgerecht hier ins Haus diese Sorge eingebracht – von der Steiermark her ein Einspruch erfolgen muß, wenn dieser Westanschluß, dieser Anschluß nach Kärnten und weiter nach Italien, überhaupt nicht vorgesehen ist. Weder – wie ich schon gesagt habe – auf der traditionellen Südbahnstrecke noch auch in Form einer neuen Strecke. Wir haben also hier beantragt, in diesem Begutachtungsverfahren von seiten der Steiermärkischen Landesregierung Einspruch zu erheben. Das war der Kern des Beschlußantrages der Sozialisten, eingebracht am 9. Mai 1989.

Zum selben Termin der Landtagsantrag der Freiheitlichen Partei, eingebracht von den Kollegen Mag. Rader und Weilharter und unterstützt, wo es auch auf dasselbe hinauskommt.

Schließlich ein Antrag der Österreichischen Volkspartei in derselben Sache. Auch hier heißt es im Beschlußantrag: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, im laufenden Begutachtungsverfahren zur Verordnung zum Hochleistungsstreckengesetz der Österreichischen Bundesbahnen die Strecke Sankt Michael in der Obersteiermark bis Villach in dieses Gesetz einzubinden und möglichst bald zu realisieren.“ Unterzeichnet – (Abg. Dr. Dorfer: „Das kommt von eurem Parteigenossen Dr. Streicher!“) nein, ich spreche jetzt von euren Parteigenossen, wenn man so sagen kann – von der Kollegin Pufßwald, den Kollegen Grillitsch, Bacher und Kollmann, die diesen Antrag auch mitunterschrieben haben. Das heißt, diese drei Fraktionen waren sich in dieser Frage einig, daß wir eben, auch wenn es hundertmal von dieser Wiener Zentralstelle – wenn man es so sagen will – im Hochleistungskonzept nicht vorgesehen war, als Steirer darauf dringen, daß dieser Abschnitt aufgenommen wird.

Und nun frage ich Sie: Was ist passiert? Wir haben diese Anträge eingebracht. Nun frage ich Sie: Was glauben Sie denn, was eigentlich auf das hin geschehen ist? Sie glauben, nichts. Das stimmt nicht, es ist etwas geschehen. Es gab ein Schreiben seitens des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Bearbeiter Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Theussl. Mir tut es sehr leid, daß er schon jetzt um diese Zeit nicht mehr da ist, wo wir eigentlich erst jetzt dieses ganze Thema diskutieren, und ich glaube, daß der Verkehrskordinator der Steiermark zumindest, wenn er von hier weggegangen ist, wissend, daß wir ab 16 Uhr dieses Thema diskutieren und er hier federführend ist, bis jetzt um 16.30 Uhr noch immer oder schon wieder hier sein sollte. Das wäre sicherlich keine übergroße Fleißaufgabe gewesen. Er hat dieses Schreiben geschrieben, und er wendet sich an das Bundesministerium, spricht sich schön zusammengefaßt für alle Teile aus: Zuerst einmal zum Hochleistungsstreckengesetz positiv, daß das also für die Steiermark sehr wichtig ist. Ich erspare es Ihnen, diesen fünf Seiten starken Schriftverkehr vorzulesen. Dann kommt er auf die speziellen steiermärkischen Forderungen. Das ist sehr gut, Ausbau Bahn Nord-Süd, alles in Ordnung. Er nimmt dann die steirische Forderung nach einem Anschluß Graz-Klagenfurt über einen zukünftigen Koralmtunnel mit hinein. Und dann nimmt er zur Freude von uns obersteirischen Abgeordneten – er hat direkt diese

Begründung übernommen, was mir sehr recht ist – hinein: Diese paar Zeilen darf ich Ihnen direkt zitieren: Er sagt, daß aus dem oberitalienischen Wirtschaftsraum mit einer stark steigenden Beförderungsleistung in Zukunft zu rechnen ist; darüber hinaus aus den benachbarten osteuropäischen Ländern, und dazu kommt als Argument, „weil in weniger als zwei Jahren die Fertigstellung der Pontebba-Bahn in Italien mit einer Ausbaugeschwindigkeit von 160 Kilometer pro Stunde erfolgen wird. Diesem Ausbau auf italienischer Seite muß auch in Österreich durch eine beschleunigte Verbesserung“, sagt Theussl – und hier spricht er mir aus der Seele –, „der bereits zweigleisigen Südbahnlinie von Sankt Michael-Knittelfeld-Unzmarkt-Scheifling-Neumarkt nach Kärnten durch Berücksichtigung in der Verordnung zum Hochleistungsstreckengesetz entsprochen werden.“ Und dann folgt die Erklärung dazu, daß das Land Steiermark daher beantragt, diesen Streckenabschnitt in das Hochleistungsstreckenkonzept aufzunehmen. Unterschrieben ist dieser Brief vorne von dem Bearbeiter Wirkl. Hofrat Theussl, aber der tatsächliche Unterschreiber dieses Briefes ist unser Landeshauptmann als Verkehrsreferent, hier eigenhändig, Josef Krainer. So weit, so gut, wir können zufrieden sein zu diesem Zeitpunkt. Drei Fraktionen, unterschrieben von 16 obersteirischen Abgeordneten, haben einen dringlichen Wunsch geäußert. Er wurde hier im Hause in Form einer Antragstellung eingebracht. Die Steiermärkische Landesregierung hat reagiert, hat hier beim Bund diese Vorstellungen bekanntgegeben und den Einspruch gemacht. So könnten wir recht glücklich sein, wenn es nicht nachher wieder so still um diese Sache geworden wäre, nämlich besonders still. Wir haben überhaupt nichts mehr gehört. Und erst jetzt, als das steirische Gesamtverkehrsprogramm als sogenannter Zwischenbericht für 1990 aufgelegt wurde, und der Herr Landeshauptmann hat heute gesagt, er gibt es auch noch allgemein aus, ausgegeben hat er dann nur die Großraumstudie Verkehrskonzept und Tarifkonzept für Graz, das andere ja nicht, aber es haben einige Leute vorher schon Gelegenheit gehabt, auch dieses steirische Gesamtverkehrsprogramm als sogenannten Zwischenbericht zu bekommen. Ich habe hier eine Kopie davon, nämlich nur die wesentlichen Auszüge und das so großartig eingeleitete und vorgetragene steirische Gesamtverkehrsprogramm, das ja vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, der Fachabteilung IIa, erarbeitet wurde, das ja wortwörtlich im Vorwort die heutige Rede des Landeshauptmannes zum Inhalt hat, er hat es ja auch unterschrieben, selbstverständlich, warum auch nicht. Wir, die das schon gehabt haben, konnten die heutige Rede hier mitlesen. Dieses steirische Gesamtverkehrsprogramm hat nämlich zum Abschluß die sogenannten sieben Hauptforderungen des Landes Steiermark schön punktuell hier aufgeführt. Zuerst einmal der Bereich punkto Straße, dann der Bereich punkto Schiene, dann Flugverkehr und schließlich Verkehrsverbund. Auch das hat der Herr Landeshauptmann heute vorgetragen, und – das ist menschlich, da möchte ich nicht polemisieren – da hat er ein paar Sachen daraus übersehen oder eben nicht aufzählen wollen, aber Tatsache ist, daß wir hier diese Punkte genau vor uns haben. Und jetzt, liebe Damen und Herren, jetzt kommt es, was mich dabei wirklich schockiert, in diesem Gesamtprogramm – (Abg. Prof.

Dr. Eichinger: „Das war eine lange Einleitung!“ Das ist längst keine Einleitung mehr, Herr Professor, das ist zum Unterschied mancher langer Wortmeldungen reiner Sachbericht über Tatsachen. Und wenn ich den Herrn Landeshauptmann zitiere, hoffe ich, daß du das nicht als lange Einleitung abtust; ich zitiere, was er heute gesagt hat. Und so hat er hier zum Thema Schiene wiederholt, daß die Hauptforderung ist der Semmeringbasistunnel, zweigleisiger Ausbau Schoberpaß – ich möchte überall einen Haken dazumachen, es deckt sich alles –, Semmeringbasistunnel, fachlich nicht ganz richtig, aber Semmeringtunnel genannt, zweigleisiger Ausbau Schoberpaßbahn, ganz wichtig für uns Steirer, da brauchen wir gar nicht zu reden, abgehakt, Pyhrnbahn in Richtung Linz–Wels, abgehakt, Koralmtunnel, das große Anliegen für den Großraum Graz, für die Süd- und Weststeirer, selbstverständlich im Zusammenhang zu sehen mit den künftigen Verbindungen Budapest–Graz–Klagenfurt und so weiter, abgehakt, die Ostbahn – Sie werden sich erinnern, wie er zitiert hat, mit Verbindung nach Ungarn, Budapest und Jugoslawien, Murska Sobota, hat er so schön gesagt, zweigleisiger Ausbau der Strecke – sie wurde zitiert – Graz–Spielfeld–Straß, Ausbau der Ennstalbahn – freut mich auch sehr –, vor allem Ennstal deshalb, Landesrat Tschernitz, er ist hier, wir wissen von unseren Ennstaler Freunden, daß es hier 31 unbeschränkte Bahnübergänge im Ennstal gibt, allein wenn man das beheben könnte, was sich hier abspielt, auch keine Frage. Auf was ich hinaus will, sehr verehrte Damen und Herren des Landtages? Es steht kein Wort von jenen drei Anträgen, ÖVP-, freiheitliche und sozialistische Anträge zum Anliegen Murtal, die die Verbesserung der Verbindung von Sankt Michael über den Murtaler Raum hinein nach Kärnten und nach Italien so dringlich gefordert haben. Sie wurden schlicht und einfach vergessen, das ist die Frage, die ich mir stellen muß, von einem wissenschaftlich fundiert erarbeiteten Programm – schlicht und einfach vergessen –, oder aber auch, sehr verehrte Damen und Herren, das macht mich wirklich echt betroffen, und das wird die Frage sein, auf die es in Zukunft ankommt, oder es ist wirklich so, daß man nicht nur von Wiener Zentralstellen in solchen Fragen reden muß, sondern auch von Grazer Zentralstellen, die einfach scheinbar in ihrer Euphorie gedacht haben, das obere Murtal soll zur Nebenbahn werden. Nur, wenn dieser Industrieraum, diese obersteirischen Städte zur Nebenbahn werden sollen, dann bitte sagen Sie uns das in aller Klarheit, wir werden es den Menschen in dieser Region weitersagen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Purr das Wort.

Abg. Purr (16.46 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn man die Fragestellung hört, wenn man sich die Fragen ansieht, hat man den Eindruck; der Steiermärkische Landtag wäre die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, denn grundsätzlich habe ich von dort nie ein konkretes Konzept gesehen. Wenn, dann kann der Landtag nach meinem Dafürhalten die Wünsche hier beantragen, korrigierend wirken

auf vorhandene Pläne, aber niemals die Pläne generell für das ganz Land, ja nicht nur das, für die gesammte Republik erstellen. (Abg. Schrammel: „So ist es!“) Es stellt sich auch die Frage, Frau Abgeordnete Kammlander ist nicht im Hause, sollte man nicht einmal die Lobbyisten in Wien fragen, was ihnen daran liegt, daß in erster Linie Wien Richtung Norden ausgebaut wird, Richtung Linz entlang der Donau und daß eigentlich sich die Steiermark von sich aus melden muß, das Burgenland sich von sich aus melden muß, damit man bedenkt, daß es sich um österreichischen Bahnbau handelt. Konzepte, Kollege Erhart, macht der Nationalrat dafür sicher keine, auch nicht der Steiermärkische Landtag, und Zentralstellen in diesem Sinne gibt es im Zusammenhang mit dem Bahnbau meines Wissens in der Steiermark keine. Aber die Fragestellung der Abgeordneten Kohlhammer, Kammlander und Genossen wirft viele Punkte auf, darunter auch Kontaktnahme mit Vertretern angrenzender Bundesländer sowie des Bundes, betreffend die Fragen über das Land hinausreichender Verkehrserfordernisse. Frage: Hat es hier keine Information gegeben, daß hier Steiermark und Burgenland seit vielen Jahren gut zusammenarbeiten, es nur leider lange Zeit nicht – (Abg. Kohlhammer: „In Linz erstaunlicherweise nie passiert!“) Es liegt aber dann wirklich an den Herren, die das nicht erfahren haben, aber mir ist das seit Jahren bekannt, daß es mit Kärnten nicht gelungen ist. Das dürfte wohl an den Kärntnern in erster Linie gelegen sein, weil die scheinen ja den Ostkärntner Raum überhaupt vergessen zu haben. Zur Frage der nachdrücklichen Einflußnahme bei der ÖBB auf Modernisierung des bestehenden Eisenbahnnetzes samt Bahnhöfen. Frage bitte: Hat die ÖBB dazu nichts zu sagen? Macht sie absolut das, was einige Abgeordnete oder eventuell ein Verkehrsausschuß im Steiermärkischen Landtag beantragt? Kommt sie dann auf die Idee, etwas zu tun, und welche Kompetenz hat das Land Steiermark zum Punkt 12 a, zum Beispiel die Anhebung der Fahrgeschwindigkeit zwischen Bruck an der Mur und Neumarkt von 140 auf 160 Stundenkilometer? Gegenfrage: Ist die Hauptaufgabe der Bundesbahn nach diesem Anfrageformular etwa nur, daß man die Fahrkarten verkauft und Fahrpläne drucken läßt und alles andere ist dem Parlament einerseits und den Landtagen andererseits übertragen? Es hat mich sehr gefreut, daß unser Landeshauptmann heute im Zusammenhang mit der Modernisierung des Wagenparks bei der GKB zum Ausdruck gebracht hat, daß die Steiermärkische Landesregierung bereits 110 Millionen Schilling an die GKB bezahlt hat. Derzeit steht die GKB etwa in dem Stadium, daß sie sich entschließen möchte, Stockwaggons zu kaufen, deren Anschaffungswert etwa bei 200 Millionen Schilling liegt, nämlich etwa genau bei dem Betrag liegt, der das Defizit pro Jahr bei der GKB ausmacht. Fragestellung: Gibt es nicht eine Möglichkeit, auch das Defizit dort entsprechend abzubauen, daß man selbst wieder in der Lage ist, auch aus der Firma heraus Mittel zur Verfügung zu stellen, um das zu ermöglichen? Müssen die Stockwaggons bitte zuerst aus der Schweiz nach Graz in die Steiermark gebracht werden, um sie vorzuführen? Ist keine Möglichkeit vorhanden, daß die SGP wenigstens ein Modell baut, ein Modell vorführt? Nach all den Erfahrungen, die man im Ausland gemacht hat, wäre das sicherlich eine Möglichkeit. (Abg. Kohlhammer:

„Wenn ich nicht wüßte, daß du nicht so naiv bist, wie du tust, würde ich mich aufregen!“)

Der Professor Riessberger sagte kürzlich bei einer Veranstaltung: „Wir leben, was den Bahnbau betrifft, was den Verkehr betrifft, jenseits des Jahres 2000. Die politischen Entwicklungen in Osteuropa, aber nicht nur diese, fordern eine Alternativplanung. Das aber wohl auch auf Grund der Tatsache, daß wir in Österreich seit 100 Jahren“ – Sie hören das richtig – „überhaupt keine Änderung im Eisenbahnnetz durchgemacht haben, obwohl es seither den Zerfall der Donaumonarchie gegeben hat und sich die Schwerpunkte völlig verändert haben.“ Wenn der öffentliche Verkehrsausbau eine politische Angelegenheit ist, dann stelle ich mir wirklich die Frage: Wie war es möglich, daß wir jetzt, etwa in den neunziger Jahren, feststellen, wie groß der Rückstand im Eisenbahnbau ist? Wer war bitte in dieser Zeit verantwortlich? Wer hat sich dafür interessiert? Mußten die neunziger Jahre kommen, daß man sich endlich vielerorts besinnt, Modernisierungen durchzuführen?

Im Juni 1993 wird der Ärmelkanaltunnel eröffnet werden, und wir befinden uns in der Phase, wo wir sagen: Soll man den Hauptbahnhof Graz modernisieren? Welche Maßnahmen sind am Hauptbahnhof Graz nun zu treffen? Und wäre es nicht richtiger, eigentlich einen Zukunftsbahnhof im Süden von Graz zu bauen? Pläne sind erfreulicherweise nunmehr vorhanden. Sie werden diskutiert, aber scheinbar von den verantwortlichen Stellen der Bundesbahn nicht offengelegt. Denn grundsätzlich, die letzte Entscheidung, wo so etwas entstehen kann, entstehen muß, liegt sicherlich bei der Generaldirektion der Bundesbahn und kann meines Erachtens nicht beim Steiermärkischen Landtag liegen. Graz liegt nicht an einer Ost-West-Achse. Die Ostrasse muß eingebunden werden. Bei all den Überlegungen zum Bahnbau wird übersehen, daß 80 Prozent des Gütertransportes, des Personenverkehrs, aus Richtung Wien kommend und in Richtung Wien gehend, für den Grazer Großraum beziehungsweise für den Großraum Klagenfurt–Villach bestimmt sind und lediglich 20 Prozent des vorhin genannten Transportes und Personenverkehrs für das Murtal und für das Mürztal bestimmt sind.

Es gibt Vorschläge eines „Verkehrsklubs Österreich“, die zwar ein wohlwollendes Zeichen sind, aber wer sie genauer ansieht, wer sie genauer betrachtet, merkt sehr wohl bereits am Beispiel des Taktverkehrs, daß hier andere Gedanken zugrunde liegen und daß jedenfalls hier von einer konstruktiven Arbeit niemals die Rede sein kann.

Durch das steirische Gesamtverkehrsprogramm mit Dipl.-Ing. Snizek, der hierfür verantwortlich zeichnet, konnte in den letzten Jahren eine Lösung ernsthafter Natur auch für die Steiermark erarbeitet werden, konnten verschiedene grundlegende Lösungen aufgezogen werden. Es ist keine Neuigkeit, daß die Teilnehmerzahl am öffentlichen Verkehr sinkend ist. Und wenn unser Landeshauptmann heute gesagt hat, daß die Österreichischen Bundesbahnen aufgefordert werden, dann ist das bitte nicht in erster Linie ein Plan in dem Sinn, den es von der Steiermark aus zu realisieren gilt, sondern da geht es eben um eine Aufforderung an die Bundesbahnen, im Zuge ihres Ausbauprogrammes „Neue Bahn“ die Anforderungen der Steiermark an

die Schieneninfrastruktur entsprechend zu berücksichtigen. An erster Stelle der Semmeringbasistunnel, dessen Baubeginn für 1991 nunmehr vorgesehen ist, geradeso wie der zweigleisige Ausbau der Schoberpaßbahn und die Pyhrnbahn in Richtung Linz–Wels. Und alle diese drei von mir vorhin genannten Linien haben ein und dieselbe Priorität, gemeinsam mit dem Koralmtunnel im Zuge der geplanten Bahnlinie Wien – Eisenstadt – Graz – Klagenfurt bis über die Staatsgrenze hinweg, wobei es mir überhaupt unverständlich ist, daß es Jahre gegeben hat, wo man für diese Idee und für den Plan – und es ist absolut keine neue Idee –, zum Bau der Koralmbahn, kaum Interesse gezeigt hat. Ich erinnere mich an die ersten Jahre meiner Tätigkeit im Steiermärkischen Landtag, wo man gesagt hat: „Na ja, Illusion.“ Jetzt scheint es nunmehr auf Grund der steirischen Forderungen einerseits, andererseits aber auf Grund der Veränderungen im Osten Europas, aber ich glaube auch, teils auch auf Grund der Einsicht Wiener Zentralstellen – und wenn Zentralstellen, dann sicher Wien – dazu gekommen zu sein, daß man ernsthaft darüber nicht nur spricht, sondern daß eine Machbarkeitsstudie im Auftrag der Länder Steiermark, Burgenland und Kärnten und der Österreichischen Bundesbahnen in Gemeinsamkeit vereinbart wurde.

Interessant bei all diesen Vorgängen ist aber, daß an der Westbahn weiterhin Streckenbegradigungen vorgenommen werden, und das Konzept „Die neue Bahn“ beschäftigt sich nur teilweise mit einer Erneuerung von Strecken, mit einem Streckenausbau.

Es wird der Pendolino vorgestellt, ein italienisches Produkt, es werden Probefahrten gemacht, und man trägt sich mit dem Gedanken, diesen Zug, dieses Modell, anzuschaffen, wohl wissend, daß damit im günstigsten Fall nur eine Fahrzeitverkürzung von 20 Prozent, also ein Fünftel Fahrzeit, erreicht werden kann. Eine Garnitur soll angeblich 150 bis 200 Millionen Schilling kosten. Keine davon ist, trotz mehrmaliger Probefahrten, bis jetzt noch im niederösterreichischen/oberösterreichischen Raum angeschafft worden.

Und zum gleichen Zeitpunkt dürfen wir eines nicht übersehen: Fährt man in Frankreich mit der TGV 300 Stundenkilometer, so haben wir leider noch auch auf der GKB-Linie bis jetzt in der Früh jene Waggons, die vor dem Zweiten Weltkrieg gebaut wurden, und man konnte sich bis dato noch immer nicht entschließen. Es waren auch wahrscheinlich nicht die Mittel vorhanden, aber bitte, es muß ja eine Aufgabe der letzten Jahrzehnte gewesen sein, darauf zu achten, daß man das im Interesse der Pendler, aber auch im Interesse des ständig stärker werdenden Individualverkehrs verbessert.

Der Pendolino soll auf der Strecke Graz–Salzburg eingesetzt werden. Das scheint uns damit also ein Fünftel Fahrzeitvorteil zu bringen, aber das ist, meine Damen und Herren, damit schon im wahrsten Sinne des Wortes fast alles, was wir uns davon zu erwarten haben.

Auch die Stockwaggons, die ich vorher erwähnt habe, sind tipptopp, sie sind sehenswert. Leider, muß ich feststellen, eben kein Produkt aus Graz, kein Modell aus Graz, sondern eine Anleihe aus der Schweiz. Ich bin aber überzeugt von der Leistungs-

fähigkeit der dort tätigen Ingenieure. Warum wohl? Da muß es wohl andere Stellen geben. Dafür kann man doch bitte niemanden im Steiermärkischen Landtag, niemanden im Parlament verantwortlich machen, wenn solche Dinge restlos versäumt werden.

Es fehlt im wahrsten Sinne des Wortes eben an der Planung und Präsentation auch durch die Österreichischen Bundesbahnen, die hier damit nie in Erscheinung treten. Wenn, dann schreiben Zeitungen darüber, was im Landtag diskutiert wurde, was im Parlament beschlossen wurde, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit nur Kritik ist es sicher nicht getan. Deshalb bitte ich um gemeinsame Schritte auch in der Steiermark im Hinblick auf das steirische Gesamtverkehrskonzept, damit wir auch dieses Problem für das kommende Jahrtausend gemeinsam lösen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.59 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Freitag (16.59 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Schon in mehreren Debattenbeiträgen habe ich immer wieder auf die Verkehrsproblematik im oststeirischen Grenzraum hingewiesen und auch immer wieder um rasche Lösungen ersucht. Ich möchte daher auch heute aus aktuellem Anlaß dies wieder tun, aber nicht in der polemischen Art, wie sie vorher Kollege Dr. Maitz gebracht hat, der zum Beispiel für die mangelnde EDV-Ausstattung in der Landeshauptstadt Graz den Herrn Bürgermeister Stingl (Abg. Ing. Stoisser: „Gotschacher!“) und den Herrn Stadtrat Gotschacher verantwortlich gemacht hat, denn vice versa könnte ich für alles das, was in der Steiermark auf dem Verkehrssektor nicht geschehen ist, den Herrn Landeshauptmann wie auch den Herrn Straßenbaukoordinator Hofrat Theussl verantwortlich machen. Da bin ich viel zu sehr Realist, da ich weiß, daß vieles ohne den Bund und seine Bereitschaft nicht geht.

Ich möchte daher, meine Damen und Herren, ein wichtiges Anliegen für unsere Pendler in der Oststeiermark darstellen. Und zwar ist das die Elektrifizierung der ÖBB-Strecke von Graz über Feldbach nach Sankt Gotthardt. Eine solche Elektrifizierung würde zum Beispiel eine Fahrzeitverkürzung von Fehring nach Graz von über 20 Minuten bringen, was absolut bedeutet, die Strecke Fehring–Graz könnte in 40 Minuten bewältigt werden. Das wäre für viele Tausende von Pendlern eine echte Alternative, von der Straße auf die Bahn umzusteigen. Am Beispiel der neu eingerichteten Bahnverbindung Weiz–Gleisdorf–Graz, die übrigens hervorragend von der Bevölkerung angenommen wird, müßte das bei einigem gutem Willen auch auf der Ostbahnstrecke möglich sein. Ganz abgesehen davon, daß im vergangenen Jahr über 50.000 Bahnreisende die Ostbahnstrecke benützt haben und täglich über 1200 Tonnen schwere Güterzüge von der Steiermark nach Ungarn geführt werden. Und durch die EXPO 1995 Wien – Budapest wird hier das Verkehrsaufkommen sicher noch mehr gesteigert werden.

Meine Damen und Herren! Heute wurde der Spatenstich für das Chrysler-Projekt in Graz durchgeführt. Über 4000 neue Arbeitsplätze werden erfreulicher-

weise in den nächsten Jahren neu geschaffen werden. Das heißt aber, noch mehr Pendler, vor allem aus dem oststeirischen Raum, werden unsere Verkehrsträger Straße – Bahn benützen. Daher auch die Dringlichkeit des Ausbaues der Ostbahnstrecke, die Fertigstellung des Autobahnzubringers von Feldbach, der sogenannten Raabtaltrasse, an die A 2 und auch der Ausbau der Kirchbacher Straße B 73 von Kirchbach nach Graz. Ebenso dringend erforderlich wäre eine eigene Autobahnab- beziehungsweise -auffahrt bei den Puch-Werken in Graz, um auch hier den Verkehrsstrom flüssiger gestalten zu können. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von unseren Abgeordneten schon im November 1989 eingebracht. Zu diesen aufgezählten dringlichen infrastrukturellen Maßnahmen gehört auch die Schaffung des Nahverkehrsverbundes nach dem Muster des Verkehrsverbundes Ost oder auch kurz VOR genannt. Das sind in aller Kürze die wichtigsten Forderungen, die wir an die Steiermärkische Landesregierung stellen. Es müssen rasch und effizient Abkommen beziehungsweise Verhandlungen mit dem Bund getroffen werden, daß diese geforderten Maßnahmen sehr bald für die betroffene Bevölkerung und ihre Region zum Tragen kommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ofner Günther das Wort.

Abg. Günther Ofner (17.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich einmal feststellen, daß ich unserem Klub dankbar bin, daß heute diese dringliche Anfrage eingebracht wurde und daß wir die Möglichkeit haben, über die Verkehrsprobleme der Steiermark, aber auch über den Ausbau der Schiene und der Straße zu diskutieren. Es ist tatsächlich so, daß die verkehrspolitische Situation nicht nur im Bereich der Stadt Graz äußerst unbefriedigend ist, sondern in der ganzen Steiermark, vor allem im obersteirischen Raum. Und hier möchte ich als regionaler Abgeordneter den Bezirk Murau in besonderer Weise hernehmen. In den zehn Jahren, in denen ich in diesem Hause vertreten bin, habe ich immer wieder und auch meine Kollegen viele Anträge, betreffend Ausbau der Bundesstraße B 83 und 96 von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze, gefordert. Leider hatten all diese Anträge nur wenig Erfolg. Man hat es verstanden, bis Judenburg eine Schnellstraße zu bauen mit einer ungenügenden Abfahrt, bei der laufend schwere Unfälle passieren. Auf das Anschlußstück von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze haben die verantwortlichen Politiker, vor allem aber die Straßenplaner total vergessen; obwohl durchschnittlich 8000 Fahrzeuge, in Spitzenzeiten sogar 14.000 Fahrzeuge dieses Straßenstück befahren und eine immer größere Zahl von Lkw, hat man bis jetzt, außer ein paar kleineren Korrekturen, auf dieser Straße nichts gemacht. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, man war von seiten des Landes bis jetzt nicht bereit und nicht einmal in der Lage, eine durchgehende Planung für dieses Straßenstück vorzulegen. Für die Planung; das wissen wir, ist das Land Steiermark zuständig, insbesondere der Referent, der Landeshauptmann, selbst. Da keine Gesamtplanung und nur kleine Detailplanungen vorhanden

sind, kann auch der Bund, der für die Mittelaufbringung zuständig ist, sich mit dem Bauen sehr leicht Zeit lassen. Auf Grund der Versäumnisse, betreffend den Ausbau dieses Straßenstückes, passieren ständig schwere Verkehrsunfälle. Gerade vor ein paar Tagen haben wir wiederum einen 18jährigen jungen Burschen, der von einem italienischen Lkw gerädert wurde, begraben. Daß dieses Straßenstück die Todesstrecke der Steiermark wurde, daran sind nicht nur die Autofahrer schuld, meine Damen und Herren, sondern auch diejenigen, die für die Planung und für den Ausbau zuständig sind. Durch diese Todesstrecke wurde unser Bezirk auch wirtschaftlich ins Abseits gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Obersteirer fürchten in berechtigter Weise aber auch, daß die ÖBB-Strecke von Sankt Michael über Neumarkt bis nach Klagenfurt zur Nebenbahn wird und damit den Menschen dieser Region eigentlich die letzte Hoffnung genommen wird. Auf Grund dieser Tatsache ist es von größter Wichtigkeit, ein steirisches Verkehrsprogramm zu bekommen, damit nicht nur der letzte Zeitpunkt auch noch verschlafen wird. Wir brauchen dringender denn je einen gesamtsteirischen Verkehrsplan, um nicht zur Gänze in das wirtschaftliche Out gedrängt zu werden. Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist und war die heutige Diskussion von größter Wichtigkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.09 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (17.09 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist für mich als Grazer Abgeordneter ganz besonders wichtig, daß im Großraum Graz der nunmehr vorliegende Weg mit großem Elan weitergeführt wird. Ich darf Ihnen sagen, ich fahre gerne und viel mit dem Auto – so wie mir geht 's wahrscheinlich oder ging 's vielen –, ich habe aber dann in dem Augenblick, als die Jahreskarte für die GVB eingeführt wurde, aus zwei Gründen diese Jahreskarte gekauft und fahre seither relativ oft auch kleine Strecken und sehr viele größere Strecken mit Bus und Straßenbahn: Es wurde beschleunigt, das heißt in kürzeren Intervallen mehr Fahrzeuge auf der Linie 31, wo ich zu Hause bin, und es wurden zusätzliche Angebote gemacht, innerhalb der Innenstadt rasch und bequem mit der GVB wohin zu kommen. Meine Jahreskarte trägt die Nummer 4, ich trete daher aus Überzeugung für den öffentlichen Verkehr ein.

Für den Stadtverkehr ist es also sinnvoll umzustiegen; wir möchten aber auch, daß der große Teil der Pendler, die etwa aus dem Umkreis von 100 Kilometer von Graz nach Graz zu ihrer Arbeit hereinfahren und die in Graz sehr willkommen sind, auch in vermehrtem Ausmaß umsteigt. Und daher bin ich sehr dankbar, daß es nunmehr diese Initiative festgeschrieben und auch realisierbar gibt, und möchte am Schluß dann auch noch sagen, was wir an gemeinsamen Arbeiten dazu tun sollen.

Was aber vorher notwendig ist festzustellen: Natürlich gab 's den Grazer Tarifverbund 1986. Was waren die Mängel, daß er nicht angenommen wurde? Wahr-

scheinlich lagen sie auch insgesamt in der Zeit, vielleicht war die Zeit noch nicht reif, aber ein wesentlicher Teil – und das haben die Wissenschaftler in diesem Bericht hier festgestellt – der Begründung liegt darin, daß in der von der GVB vorgegebenen Begrenzung des monatlichen Bruttoeinkommens ein sehr komplizierter Umweg vorliegt, der für sehr viele nicht gangbar ist.

Was war der zweite Grund? Die geringe Rabattierung der Zeitkarten, also Monatskarten, Wochenkarten für Arbeitnehmer. Und der dritte Punkt: ein unattraktives öffentliches Verkehrsangebot.

Daher gestatten Sie mir, daß ich folgende Forderungen an die GVB richte, die ja in den letzten zehn Jahren einiges getan hat, allerdings stets auf heftiges Betreiben und mühsam abgetrotzt durch die Stadtverantwortlichen in der Landeshauptstadt Graz. Also zuerst Hasiba und Stoiser – Hasiba als Bürgermeister, Stoiser als Vizebürgermeister –, seit 1985 Stingl und Edegger.

Es ist aber offen, daß das Beschleunigungsprogramm für die Verkehrsbetriebe in Graz fortgesetzt wird, damit wir dann innerhalb der Stadt den erhöhten Anteil der den öffentlichen Verkehr Nutzenden auch tatsächlich bewältigen können. Es ist weiters zu fordern eine Verkürzung der Intervalle. Ein Idealzustand wäre, wenn wir zu einer Normierung kämen. Also in der Hauptverkehrszeit alle fünf Minuten eine Straßenbahn oder einen Bus, so daß wir tatsächlich Intervalle wie in einer Großstadt bekommen würden. Am Abend ist es klar, da muß sich der Abstand vergrößern. Jetzt haben wir ab neun Uhr abends halbstündige Intervalle, das ist unhaltbar! Bis 24 Uhr müßte man hier in etwa 10- oder 15-Minuten-Abständen fahren können, dann wäre das öffentliche Verkehrsmittel auch am Abend attraktiv.

Wir brauchen Unterstände bei Haltestellen, die gegen Wind und Wetter schützen und auch eine angenehme Atmosphäre für den schaffen, der Straßenbahn und Bus benützen möchte. Wie gesagt, ich tu' das jetzt fast täglich.

Wir brauchen neue Straßenbahnlinien in Gebiete, die wenig erschlossen sind, auch neue O-Bus-Linien, wie auch hier in dem Gutachten festgeschrieben, um das Netz entsprechend zu erweitern.

Ich glaube überhaupt, daß die Auseinandersetzung in Graz, Auto, also Individualverkehr, versus öffentlichen Verkehr oder Fahrradnetz, vernünftiger werden muß und weniger klassenkämpferisch sein sollte. Es darf kein neuer Klassenkampf werden, ob jemand als Autofahrer, Fußgeher, Busfahrer, Straßenbahnfahrer oder eben Radfahrer unterwegs ist, sondern man könnte und müßte diese Möglichkeiten so anbieten, daß tatsächlich eine freie Wahlmöglichkeit ohne Zeitverlust, ohne Ärger, ohne entsprechende Umstände und Hindernisse besteht.

Bei den Verbesserungen in der GVB bin ich sehr zuversichtlich, daß das weitergehen wird, aber nur dann, wenn wir es gemeinsam schaffen, für den zunächst probeweisen und später fest einzuführenden Verbundbetrieb jene Finanzierung zu erreichen, die auch der Verbund „Ostregion“ für Wien, Niederösterreich und Burgenland erreicht hat; oder auch der Verbund „Nördliches Weinviertel“. Die haben beide

etwas erreicht, was wir auch erreichen müssen. 50 Prozent der Verluste, die durch den Kartenverkauf und die gemeinsame Benützung in den Einführungs Jahren entstehen – das dauert oft sehr lang –, müssen vom Bund getragen werden und zur weiteren Hälfte dann eben von den Beteiligten, also vom Land für alle Bezirke, die hier mit eingebunden sind, und von der Landeshauptstadt Graz.

Und wenn wir uns die Karte anschauen, die wir in dieser Studie auch bekommen haben, dann sieht man sehr schön, daß etwa 300 Gemeinden mit etwa 700.000 Einwohnern einen fast ähnlichen Charakter haben wie die VOR – der Verbund Ostregion Wien, Niederösterreich, Burgenland – und daß wir einschließlich der zwei Stichlinien nach Bruck und nach Hartberg den gesamten Einzugsbereich, West-, Ost-, Untersteiermark, sozusagen bis hinauf in die Bezirke Bruck und Hartberg, erreichen können.

Was ich zum Abschluß sagen will: Es sind Anstrengungen der Landeshauptstadt Graz notwendig, es sind Anstrengungen des Landes Steiermark, die wir gemeinsam zu setzen haben, notwendig, aber es ist auch absolut notwendig, daß wir jene Finanzierung erreichen, die auch ähnlich gelagerte Verkehrsverbundbereiche heute schon seitens des Bundes haben. Und da appelliere ich an alle, die hier im Hause sich zu diesem Konzept bekennen, und ich nehme an, daß das wirklich alle sein werden, daß wir hier eine Sprache sprechen, um vom Bund auch tatsächlich den Bundeszuschuß von 50 Prozent zu erreichen, denn alles andere wäre ungerecht gegenüber unseren Regionen. Wenn man uns das Vorarlberger Muster mit 30 Prozent Bundesbeteiligung angeboten hat, dann muß ich ganz ehrlich sagen: Es gibt innerhalb Vorarlbergs wesentlich geringere Abstände und eine wesentlich größere Wirtschaftskraft. Wenn die das in Vorarlberg so leisten können, alle Ehre und alle Anerkennung. Wir aber brauchen die 50 Prozent, und das ist für mich das Hauptanliegen, wofür wir gemeinsam eintreten sollten. (Beifall bei der ÖVP. – 17.19 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Schoiswohl (17.19 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In der dringlichen Anfrage werden auch die schlechten Verkehrsverbindungen im Bezirk Liezen, Straße und Bahn betreffend, aufgezeigt. Obwohl heute schon Verkehrsmängel unseres Bezirkes aufgezeigt wurden, möchte ich in meiner Wortmeldung noch einmal darauf hinweisen, daß wir eine termingerechte Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaues der Schoberpaßstrecke sowie ein leistungsfähiges Schienennetz durch das Ennstal bis Bischofshofen fordern, daß die zahlreichen ungesicherten Eisenbahnkreuzungen wegkommen, und die Errichtung eines Terminals für den Huckepack- und Containerverkehr im Raum Liezen-Selzthal. Denn wenn eine Auffahrmöglichkeit für den Schwerverkehr geschaffen wird, werden die Frächter diese Alternative auch annehmen und die Straßen werden für den Pkw-Verkehr sicherer und besser. Weiters fordern wir den Ausbau der Pyhrnbahn mit einer Neubaustrecke im Raum Oberösterreich sowie den Weiterbau der zweiten Tunnelröhre Selzthal und

das Anschlußstück bis zur Mautstelle Ardning. Ein Ausbau von Schiene und Straße auch in Richtung Norden ist wirtschaftlich gesehen für uns enorm wichtig, um den Anschluß zum Rhein-Main-Donau-Kanal zu schaffen. Zum wiederholten Mal weise ich auch darauf hin, daß der Ausbau der Ennstalstraße zwischen Trautenfels und Liezen raschest in Angriff genommen wird, denn der Verkehr auf dieser Straße nimmt weiterhin rasch zu. Die 11.000 an dieser Strecke lebenden Menschen haben ein Recht auf gesicherte Lebensbedingungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Obersteiermark ist eine wirtschaftliche Krisenregion. Gute Verkehrsverbindungen sind die Grundlage für Neuansiedelungen von Betrieben. Bei guten Verkehrsverbindungen ergeben sich auch bessere Möglichkeiten für den Fremdenverkehr. Gerade auch dem Fremdenverkehr kommt im Bezirk Liezen große Bedeutung zu. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (17.22 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Purr hat es ja nicht lassen können, die Bundesbahn anzugreifen und auch die SGP, wobei ich ihn einlade und sage, er soll sich einmal erkundigen, wie das aussieht. Er hat der SGP vorgeworfen, also der Verkehrstechnik – so heißt sie jetzt –, ihr würde nichts einfallen. Ich mache es mir jetzt so einfach, wie der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer es heute getan hat, indem er ein Konzept aus der Tasche zieht und eben vorträgt. Ich habe, das dürfte Ihnen auch noch nicht bekannt sein, mit Stand 1990 von den Bundesbahnen ein Konzept, was gerade für die Steiermark im heurigen Jahr, aber auch bereits für das nächste Jahr an Investitionen geplant ist, also total im Widerspruch zu den Aussagen des Abgeordneten Purr. Allein für 1990 sind von der Bundesbahn für die Steiermark 2,8 Milliarden Schilling an Investitionen geplant und werden auch durchgeführt und für 1991 2,7 Milliarden. Und daß diese Steiermark auch für das Investitionsprogramm der Bundesbahn mit allen Optimierungen in den Regionen auch Bedeutung hat, beweist das. Ich kann Ihnen dies an Hand von ein paar Zahlen darlegen. Ich möchte gerade die Bedeutung noch einmal herausstreichen. Die Südbahnstrecke und die Schoberpaß-Ennstal-Strecke sind ja die wichtigsten Hauptverkehrslinien der Österreichischen Bundesbahn, die durch die Steiermark gehen. Und darüber hinaus haben wir auch noch die Industriezonen, aber auch dem Fremdenverkehr wird seitens der Bahn großer Wert beigemessen. Und es sind gerade in der Steiermark teilweise Verbesserungen der Strecken, eine Modernisierung und Anpassung des Fahrplanes und eben Einsatz von modernem Wagenmaterial notwendig. Diese Schwerpunkte wurden gesetzt. Der Bau des Semmeringtunnels wurde heute angeschnitten. Schoberpaß-Ennstal-Strecke: Mit der Realisierung des Projektes werden wesentliche Verbesserungen für den Güter- und Personenverkehr erreicht. Kapazitätssteigerungen für den Gütertransport, wir haben derzeit eine Steigerung von 90 auf 150 Züge pro Tag. Das

bedeutet gleichzeitig eine Entlastung der Gastarbeiterroute und die Möglichkeit, zunehmend den Gütertransport auf die Bahn zu verlagern. Wir haben weitere Vorteile bezüglich Reduzierung der Fahrzeiten zwischen Leoben und Bischofshofen. Diese Gesamtinvestitionen der Schoberpaß-Ennstal-Strecke betragen bis 1993 2,5 Milliarden Schilling. Für 1990 wird rund eine Milliarde Schilling aufgebracht. Bereits fertiggestellt in diesem Bereich und damit zweigleisig befahrbar sind die Abschnitte Trieben-Gaishorn und Seiz-Sankt Michael, und im Jahr 1990, im heurigen Jahr, werden folgende Teilabschnitte fertiggestellt: Kammern, Kammerer Höhe, Mautern und Liesingau bis Ehrnau, auch nur ein Beispiel. Der weitere Ausbau der Pyhrnstrecke bewirkt Fahrzeitverkürzungen. Eine Erhöhung der Streckenkapazität, die Planung Burgenlandtrasse-Koralpenbahn, ist sicherlich keine Konkurrenz zum Semmeringtunnel. Es werden rasche Planungsarbeiten notwendig sein. Ich möchte nur in dem Zusammenhang verweisen, daß man auch bei den Nebenbahnen immer darauf achten sollte, wenn bestehende Bahntrassen vorhanden sind, daß man die wirklich nicht leichtfertig aufgibt, denn wir wissen alle, wie problematisch das bei den Genehmigungsverfahren ist. Und wenn ich einmal eine Strecke habe, die bereits genehmigt ist, kann ich diese leichter ausbauen, als eine neue Trasse zu führen.

Und wenn der Osten heute angeschnitten wurde, muß man auch dazu eines sagen: Vor einem Jahr hätte es sich niemand träumen lassen, daß wir so schnell in diese Situation kommen. Aber hier ist bereits eine Befahrung durchgeführt worden seitens der Bundesbahn. Die Strecke Graz nach Szombathely-Budapest wurde aufgenommen, und es ist auch hier eine Verdichtung der Kapazität geplant. Und gemeinsam mit den Ungarn wird verhandelt, daß man hier noch Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen untersucht und in Ressortverhandlungen dementsprechend die Situation abstimmt. Ich könnte Ihnen jetzt die Liste der Investitionsvorhaben mit den größeren Brocken aufzählen. Das will ich mir sicher ersparen. Man soll nur, auch der Fairneß halber, dazusagen, daß die Möglichkeiten – soweit vorhanden – sehr wohl ausgeschöpft werden, auch die rollende Landstraße, die hat man auch nicht erwähnt von der Bundesbahn. Sie beförderte im Jahr 1984 958 Sendungen, und 1989 waren es bereits 39.000. Das heißt, daß auch im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von 24,8 Prozent an der rollenden Landstraße erreicht werden konnte. Derzeit verkehren an Werktagen bereits fünf Zugpaare. Wir alle kennen die Problematik, wie sie sich durch den Transit- und Lastwagenverkehr ergibt. Auch Park-and-ride-Anlagen werden angeboten – natürlich noch nicht in dem Ausmaß, wie man sie braucht. Aber die Schritte werden gesetzt, und ich möchte nur das deshalb sagen: Wenn wir schon von Gemeinsamkeit reden, dann bitte nicht immer den Ball hin- und herschieben und das Bummerl zuschieben wollen, mit Äußerungen, die Bundesbahn tue nichts, sondern ich muß sagen, die Bundesbahn tut sehr wohl etwas. Aber was fehlt – da muß ich das noch einmal wiederholen –, ist eben die Planung oder das Nichtvorhandensein der steirischen Vorschläge. (Beifall bei der SPÖ. – 17.27 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (17.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn man heute dem Herrn Landeshauptmann und manchen Rednern hier zugehört hat, dann meint man wirklich, man würde in der Frage des Verkehrs in der Steiermark bereits in der Zukunft und nicht in der Gegenwart leben. Dabei behaupte ich, leben wir in manchen Bereichen in der Vergangenheit. Denn was hier an Versagen bestimmter Strukturen, an Versagen von Planungen und Voraussetzungen geschehen ist, ist manchmal gar nicht mehr zu ermesen. Seit Jahren bemühen wir uns, mit Anträgen zu versuchen, unsere politische Mehrheit in diesem Lande aus der Lethargie des Verkehrsverbundes zu reißen, zu versuchen, hier Möglichkeiten zu finden, für die Menschen in diesem Lande etwas zu schaffen. Ich habe nicht umsonst heute vormittag schon darauf hingewiesen, daß in der Frage des Baues des Semmeringtunnels – man redet immer vom Basistunnel, den es ja nicht mehr gibt, es ist ja der Semmeringtunnel geworden und nicht der Basistunnel – unser Nachbar in Niederösterreich einfach versucht, das Ganze zu behindern und zu verhindern.

Und auch, wenn hier versichert wird, daß es dies nicht gäbe – ich war bei vielen Diskussionen im Hotel Panhans am Semmering dabei und auf der niederösterreichischen Seite in Reichenau, wo eine klare Sprache zur Verhinderung des Semmeringtunnels gesprochen wurde. Ich stimme allerdings mit all jenen überein, die meinen, es müßte die Bahn über den Semmering ebenfalls erhalten bleiben, weil sie ja nicht nur für den Intern- und für den Kurzverkehr, wenn Sie wollen, zwischen Mürzzuschlag und Gloggnitz, als besonderes Ereignis gilt, sondern auch für den Fremdenverkehr eines der schönsten Bauwerke des vergangenen Jahrhunderts ist.

Meine Damen und Herren, auch die Situation der Nebenbahn Mürzzuschlag-Neuberg ist eine Sache, die man einfach nicht so vorübergehen lassen kann. In Neuberg ist das Sägewerk der Bundesforste geschlossen worden, ein neuer Betrieb hat sich dort angeschlossen. Leider will man ihm nun diese Nebenbahn schließen. Der neue Betrieb verbindet aber die zukünftige Erhaltung der Arbeitsplätze – man spricht von 40 – auch damit, daß die Bahn in diesem Bereich erhalten bleibt. Und wenn ich mir die schlechten Verkehrsverbindungen von Mürzzuschlag aus – und es müssen viele bereits aus- und einpendeln, das wissen Sie selbst, und ich habe das heute schon einmal gesagt – ansehe, dann muß man auch mit Bedauern feststellen, daß die Wartezeiten immens lange sind und deshalb viele auf das Auto ausweichen, um hier schneller ihren Arbeitsplatz zu erreichen oder schneller wieder zu ihrer Familie zu kommen. Denn die Zeit fehlt den Menschen für ihre Familie, und die Zeit fehlt den Menschen im Endeffekt dann auch für ihre private Tätigkeit und für die Freizeit, die ihnen vielleicht noch bleiben würde.

Meine Damen und Herren, ich habe im vorigen Jahr einen Antrag eingebracht, man möge die alte B 306 zwischen Krieglach und Kindberg, die sich in einem fürchterlichen Zustand befindet, mit einer Asphaltdecke überziehen, weil die S 6, die Umfahrungsstraße, nun in Betrieb genommen worden ist. Der Antrag ist bis heute nicht behandelt worden, und geschehen ist auch nichts. Und das sind im Grunde genommen all

diese Versäumnisse, und wer redet schon davon, daß es zwischen Bruck und Mürzzuschlag kaum Verbindungen gibt, die für die Menschen erträglich sind? Es bleibt kein Schnellzug mehr stehen, das heißt, wir sind auf diese Internverbindungen angewiesen. Nicht davon zu reden, daß der Autoverkehr natürlich einer der größten Umweltverschmutzer ist und daß damit also auch einige der Umweltprobleme beseitigt werden können.

Wir reden vom Waldsterben. All das trägt dazu bei! Und, meine Damen und Herren, es ist nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern es ist fünf Minuten nach zwölf. Gerade in der Frage der Verkehrspolitik. Sollte uns das für das Mürztal, den letzten Zipfel der Steiermark gegen Osten hin, nicht gelingen, dann, muß man mit Bedauern feststellen, sind die Menschen von den Zentralstellen abgeschnitten.

Und ich bitte Sie, auch die Frage der Umfahrung Spital am Semmering – Frau Landesrat, wenn Sie heute in Vertretung des Herrn Landeshauptmannes für diese Verkehrsfragen zu stehen haben – ins Auge zu fassen und beim zuständigen Minister zu intervenieren. Es ist kein Minister unserer Seite, es ist seit langer Zeit ein Minister Ihrer Seite. (Landesrat Klasnic: „Seit 1987!“) Ja, natürlich, aber Graf war vorher auch Minister. Und, meine Damen und Herren, man muß hier natürlich sagen, daß die Priorität durch das zuständige Ministerium gesetzt wird und nicht bitte durch den Finanzminister, der natürlich das Geld herzugeben hat, der es aber pauschal hergibt, und die Priorität legt das Wirtschaftsministerium fest.

Auf der S 6, ist auch einem Antrag von mir und auch vom Kollegen Prof. Dr. Eichtinger in der Vergangenheit bitte zu entnehmen, sterben im Bereich Spital am Semmering jährlich durchschnittlich 15 bis 20 Menschen, und wir haben 60 bis 70 Schwerverletzte. Ich bitte Sie, auch dieses Nadelöhr zu beseitigen. Es ist das letzte zwischen Spital am Semmering und der sogenannten „Bröselbrücke“ von Schott-Wien. Dann haben wir auch nach dem Osten anständige Verbindungen, und wir müssen hier allgemein sagen: Nur dann, wenn die Möglichkeit der Verbindung an die Donau und den Rhein-Main-Donau-Kanal einerseits und andererseits in den italienischen und jugoslawischen Raum gegeben ist, dann wird auch die Wirtschaftsfähigkeit der Betriebe in der Obersteiermark wieder gegeben sein. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 17.34 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer (17.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Purr ist da. Dann darf ich kurz zu den Stockwaggons der GKB Stellung nehmen. Ich lege ja seine Ausführungen heute nicht auf die Goldwaage, weil heute hat er sich ja so naiv gegeben. Nachdem ich weiß, daß er nicht so naiv ist, brauchen wir das nicht so ernsthaft zu behandeln. Aber ich darf erzählen, daß sie nicht aus der Schweiz geholt wurden, sondern deshalb ein Probetrieb eingesetzt wurde, weil erstens das Ministerium das verlangt hat und zweitens, weil ein Probetrieb bei der ÖBB gelaufen ist und man sich so

anhängen konnte. Das ist deshalb doppelt wichtig, weil die ÖBB jetzt überraschenderweise daran denkt, 100 Einheiten zu kaufen, und das natürlich andere Preisgespräche geben könnte, als wenn man an den Ankauf von 18 beziehungsweise 15 Waggons nur für die GKB denken würde.

Ich darf für die Nichtinformierten nur den Satz dazusagen: Es sollen damit bitte sogenannte schwarze Waggons ersetzt werden, die immerhin aus dem Jahre 1927 stammen. Das heißt, das sind Betriebsmittel, die ja tatsächlich heute den vielen tausend Tagespendlern einfach nicht mehr zumutbar sind. Sie müssen ersetzt werden, und es schaut so aus, als ob das Ministerium jetzt endlich nach zweijährigen Bemühungen und Verhandlungen bereit ist, diese Sonderfinanzierung zu gewähren. Der Herr Kollege Purr hat ja gemeint, die GKB soll es sich selber ersparen und nicht so viel Defizit machen. Er kann davon ausgehen, daß die sich sehr bemühen – ich habe mir das wirklich im Detail schildern lassen –, beziehungsweise die zahlreichen Einsparungen, die dort schon passiert sind, vor allem auf dem personellen Sektor, sind sicher nicht weiter fortzusetzen. Ähnlich könnte man ja sagen, die Landesbahnen sollen weniger Defizit machen. Ich glaube, auch die werden sich bemühen, das im Rahmen zu halten. Das zur Beschaffung dieser Waggons.

Zur Hochleistungsstrecke – Kollege Erhart hat ja darüber berichtet – möchte ich hier deponieren: Unsere Anträge in Wien konnten deshalb nicht berücksichtigt werden, weil ÖVP-Vertreter auf Bundesebene darauf bestanden haben, daß nur jene Strecken tatsächlich jetzt in diese Verordnung gekommen sind, die seinerzeit im Parteienpapier beinhaltet waren. Hier wäre es vielleicht auch sinnvoll, entsprechend bei den Kollegen der ÖVP sich dafür einzusetzen, daß die steirischen Wünsche hier Berücksichtigung finden. (Abg. Dr. Dorfer: „Der Verkehrsminister ist aber schon der Dr. Streicher?“) Na ja, über Parteienverhandlungen kommen wir nicht hinaus. Ich kann dir – ich hab's da – den Regierungsantrag zeigen, und ich kann dir zeigen, was herausgekommen ist. Du kannst eine Kopie haben von mir, wenn du möchtest. (Abg. Dr. Dorfer: „Es kann sich der Minister Schüssel auch nicht darauf ausreden, was in den Parteienverhandlungsunterlagen drinnensteht!“) Ich will jetzt mit dir darüber gar nicht diskutieren. Ich habe dir nur erzählt, was ich als Information bekommen habe. Ich kann dir's ja geben, wie gesagt. Ich biete dir die Unterlage an.

Koralmpjekt bitte nur insofern, als der Herr Landeshauptmann selbst und der Kollege Purr wieder gemeint haben: Koralmpjekt im Zuge der Verbindung Burgenlandtrasse beziehungsweise Wien–Oberwart–Graz–Klagenfurt. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen und vorschlagen, wir sollten die zwei Projekte auseinanderhalten. Wir sollten feststellen, und zwar alle hier im Landtag vertretenen Parteien, daß die Koralmpjektverbindung auch ohne Oststeiermarktrasse funktionieren kann, nämlich durch den Semmering-tunnel beziehungsweise über den Schoberpaß. Für diese Verbindung ist die Südverbindung, die Burgenlandtrasse, die „Kukuruztrasse“ – wie immer Sie sie nennen wollen –, nicht Voraussetzung. Ich betone das deshalb, weil ich fürchte, daß sonst dieses Gesamtprojekt, das ja immerhin mit 30 Milliarden Schilling

bezieht wird, von vornherein indiskutabel ist. Sie müssen davon 20 Prozent Planungsaufwand ansetzen, und damit ist die ganze Geschichte ja schon wieder völlig unrealistisch.

Also nachdrücklich noch einmal das Ersuchen, bei der Argumentation die zwei Projekte auseinanderzuhalten.

Eine kurze Anmerkung noch zu dieser Überschrift „Tarifverbund Graz“. Das wurde heute schon mehrfach hier sehr positiv verkauft. Ich möchte hier, Frau Landesrat, ausdrücklich deponieren und warnen, daß man den Verkehrsträgern, 41 wurden genannt, zuerst das Geld gibt und nachher mit ihnen verhandelt, wie sie sich allenfalls eine bessere Verknüpfung beziehungsweise bessere Linienführung vorstellen können. (Abg. Dr. Maitz: „Steht aber drinnen!“) Bitte, genau umgekehrt müßte die Vorgangsweise sein. Ich möchte das ausdrücklich im Namen des SPÖ-Landtagsklubs deponieren. So wie wir das erwarten müssen, geht man her und gibt einmal den Verkehrsträgern, wie gesagt, sofern man es aufreibt, das Geld in die Hand, und nachher gibt es die Verbundverhandlungen, sonst müßte man das anders bezeichnen, weil das eine ist der Verkehrsverbund beziehungsweise Linienverbund, und das andere ist der Tarifverbund. Ich möchte das ausdrücklich deponiert haben.

Frau Landesrat, vielleicht können Sie die Frage beantworten, der Herr Landeshauptmann ist nicht auf unsere Frage eingegangen, in welcher Form und – wenn Sie wollen – wann diese Volksinitiative für eine neue, ganzheitliche Verkehrspolitik im Raum Graz behandelt wird. Ich glaube, 10.000 Unterschriften sind es wert, beachtet zu werden, und sie wurden immerhin im März 1989 geleistet, also vor einem Jahr. Ich würde also dringend ersuchen, daß man hier eine formelle Erledigung findet.

Zum Schluß, Frau Landesrat, noch einmal hier die Bitte an Sie um Einflußnahme darauf, der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat zwar heute – wie soll ich sagen – wenig Verständnis für einen Verkehrsbeirat gezeigt, aber doch gemeint, ich habe das genau aufgeschnappt, daß er sich Gespräche darüber vorstellen könne, ich würde ausdrücklich darum ersuchen, daß diese tatsächlich stattfinden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (17.42 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf zuerst herzlichst dafür danken, daß ich im Zuge dieser Rednerliste mehrfach zurückgereiht worden bin, nicht zuletzt deshalb, weil ich den ganzen Nachmittag mit der Bürgerinitiative aus Radkersburg verbracht habe, die hier ihre Müllproblematik aufgeworfen hat. Und genau diese Situation zeigt mit die Parallelität auch mit dieser Problematik der Verkehrsentwicklung. Auch hier ist der Ansatzpunkt an sich der, daß man über Jahre hinweg eine ganz konkrete Planung der Entwicklungen vor sich hergeschoben hat. Mir tut es eigentlich leid, daß der Herr Landeshauptmann heute nachmittag die Diskussion dieser dringlichen Anfrage nicht verfolgt. Ich habe mir nämlich ein Programm besorgt, ein Programm jener Feier-

lichkeiten, zu denen er dringend hat wegmüssen. Die haben um 14 Uhr begonnen mit einer internationalen Pressekonferenz, um 15.30 Uhr war die feierliche Grundsteinlegung, und hier steht zirka 16 Uhr Ende der Veranstaltung. Ich weiß nicht, was der Herr Landeshauptmann sonst noch vor hat heute nachmittag, von diesem Programmablauf her hätte er an sich am Nachmittag, wenn ihm daran gelegen wäre, die Verhandlungen in diesem Hause verfolgen können. Es ist halt immer so schwierig – (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn er nicht dort wäre, würde es in der Zeitung stehen!“) Weißt du, Herr Kollege Dr. Dorfer, das Schwierige, und das haben wir auch jetzt bei der Bürgerinitiative gesehen und auch am Jakominiplatz unten, was die Menschen wirklich aufregt, ist, wenn man zuerst wirklich intensiv und mit aller Deutlichkeit seinen Standpunkt wo vertritt und dann weggeht, wenn dieser Standpunkt diskutiert wird. Das ist das Schwierige, und das frustriert auch die Menschen draußen so, wenn sie die Predigten der Politiker – Verzeihung, wenn ich Prediger sage, es soll keine Anspielung sein – hören, und dann, wenn sie sie zur Rede stellen wollen, sind sie fort. Das ist die Problematik, und daher tut es mir leid. (Abg. Harmtodt: „Stimmt ja nicht!“) Ich habe, lieber Kollege Harmtodt – ich kann mich nicht erinnern, ob du damals schon da warst – aber zu Beginn der siebziger Jahre habe ich hier noch da hinten auf der Journalistenbank die Debatten in diesem Hause verfolgen dürfen. Und bei dieser Gelegenheit ist einmal nicht vom jetzigen Landeshauptmann, sondern von seinem Vorgänger einmal jener Satz gefallen, den ich mir wirklich bis heute herauf gemerkt habe und den ich wahrscheinlich als das Grundübel vieler Fehlentwicklungen in diesem Lande der letzten Jahrzehnte betrachte. Ich weiß nicht, ich glaube, es war jemand aus eurer Fraktion, es ist um Straßen gegangen, der angemerkt hat, wir sollten doch um Himmels willen eine koordinierte Planung in der Steiermark vornehmen (Abg. Kanduth: „Ohne Planung geht es auch nicht!“), genau entwickeln, was wir jetzt wirklich überrangig machen und was wir nachrangig machen. Da ist vom damaligen Landeshauptmann der Satz gefallen, er hat gesagt: „Was wollt Ihr mit der Planung, das ist etwas für den Osten!“ Und diese Philosophie, meine verehrten Damen und Herren, Planung, das brauchen wir nicht, das ist was für den Osten, ist bis in die jüngste Zeit herauf an sich in unserem Lande die Grundphilosophie geblieben. Und was sich jetzt abspielt mit dieser Diskussion eines Verkehrskonzeptes, ist in Wahrheit auch kein Planungsvorgang. Es ist der Versuch einer Aneinanderreihung der Probleme in Buchform, das Ganze immer Zwischenbericht zu nennen und immer, wenn es ernst wird, dann zu sagen, bitte, was tun wir denn jetzt wirklich? (Abg. Dr. Maitz: „Zeitplan – ganz genau zwei Jahre. Lesen muß man es!“)

Dann sagt man das ungefähr so wie beim Landesrat Dipl.-Ing. Schaller seiner Müllkonzeption, die er drüben gerade vergeblich zu verteidigen versucht, jeder Plan ist ein fließendes Konzept, und er muß immer erneuert werden und fortgeschrieben werden, und unter dem Strich werden wir sowieso in Wahrheit nicht fällig. (Abg. Dr. Maitz: „Es gibt einen konkreten Zeitplan!“) Da muß ich sagen, Herr Kollege Dr. Maitz, so wenig ich an sich sonst von Beiräten halte, weil es ja nur die Einbindung von Nichtverantwortlichen ist in

eine Verantwortung, die sie nicht tragen müssen. Da gefällt mir dieser Gedanke eines Verkehrsplanungsbeirates, den der Kollege Kohlhammer vehement vertreten hat heute in der Anfragestellung und auch jetzt in seiner zweiten Wortmeldung, sehr gut. Wirklich sehr gut, weil das nämlich die Möglichkeit ist zu sagen, bitte und jetzt schrittweise, machen wir das jetzt. Wir haben auch Zeitpläne, verehrter Herr Kollege Dr. Maitz, beim Müll. Wir haben auch da Zeitpläne. Die stehen sogar im Gesetz. Das ist eine viel höherrangige Stellung als in einem Papierl. Und auch die Zeitpläne, die im Gesetz beim Müll stehen, sind ja schon längst verstrichen, ohne daß sich in Wahrheit irgendwas geändert hat. Das ist ja die Realität. Und das frustriert auch die Menschen, daß man beschließen kann, planen und predigen und erklären, was immer man möchte, unterm Strich geschieht das nicht.

Und das ist wahrscheinlich wohl auch der Grund, warum viele von den Milliarden, die in andere Bundesländer seinerzeit geflossen sind, schon vor Jahrzehnten in der Steiermark nicht gelandet sind. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum aus der großen Nahverkehrsmilliarde an der Steiermark alles vorbeigeflossen ist und bei uns nichts gelandet ist. Und das ist der Grund, warum wir in der Steiermark heute die Neger der Nation in den Verkehrsfragen sind, genau so wie in anderen Dingen längst weit hinten nach, während die anderen Bundesländer weit voraus sind. Das ist die nüchterne Realität, auch wenn der Kollege Harmtodt das nicht zur Kenntnis nehmen möchte. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Harmtodt.)

Ich verstehe dich schon, aber das ist die nüchterne Realität. Meine verehrten Damen und Herren, daher würde ich meinen, daß man diesen Gedanken des Verkehrsbeirates aufgreifen soll. Ich gehe immer sehr brav zu diesen Arbeitskreissitzungen im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrsverbund, viel braver als andere Kollegen, die andere Schwerpunkte in ihrer Tätigkeit setzen. Aber unterm Strich wird das nicht die politische Entscheidung sein können, sondern das ist ein Aneinanderlisten von Problemen ohne politische Entscheidung. Und diese politische Entscheidung, wenn sie alle mittragen sollen, es kann ja auch sein, daß sie der Meinung sind, ihr sollt nichts mittragen, bitte, soll mir liebend recht sein, ich muß mir nicht Sorgen aufhalsen, die Ihre Sorgen sind und eigentlich nicht unsere, aber ich biete an genau so wie ich verstanden habe, der Kohlhammer angeboten hat für seine Fraktion, ich biete an die Mitverantwortung in dem Augenblick, wo auch wirklich die Mitentscheidung mit einem vollziehbaren Fristenplan gemeinsam erfolgt, aber nicht, daß wir in der Zeitung lesen, was Sie alles verkündet haben, und wir am nächsten Tag applaudieren sollten möglicherweise, weil das alles so kläb ist. Gar nicht werden wir applaudieren, sondern da werden wir erst einmal schauen, ob das Papierl wirklich etwas wert ist. Einstweilen ist es nichts anderes als eine Aufzählung der Probleme ohne Lösungskapazität oder, wenn Sie schon wollen, eine Aneinanderreihung von verschiedenen Vorschlägen, die unkoordiniert sind, Herr Kollege. Und nicht umsonst sind über viele Jahre hinweg in der Budgetdebatte zu diesem Zeitpunkt, zur Gruppe 6 war es ja immer, sie nicht umsonst die Straßensänger genannt worden, weil jeder eigentlich nur sein eigenes

Straßenstückl hier vertreten hat und von einer Gesamtkoordination überhaupt nicht die geringste Rede war. In der Zwischenzeit haben die Straßensänger beim Budget aufgehört, aber nicht deswegen, weil koordiniert ist, sondern deswegen, weil es schon jeder leid geworden ist, diese Straßensängereien anzubringen. Daher würde ich meinen – (Abg. Dr. Maitz: „Weil wir fast fertig sind, weil alles gebaut ist!“) Ja, mit den Nerven sind wir fertig, Herr Kollege. Das ist aber auch alles! –, lassen wir doch bitte die Detailwünsche und jeden Detailwunsch als die Lösung, die wir zu präsentieren haben, und setzen wir uns wirklich endgültig zusammen. Und wenn diese dringliche Debatte heute den Sinn haben sollte, daß es endgültig zu einem gemeinsamen Gespräch und zu einer gemeinsamen Entscheidung kommt, dann war dieser Tag wirklich nicht verloren. (Beifall bei der FPÖ. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (17.50 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Im Sinne der heute schon einige Male leise angekündigten künftigen besseren Koordination darf ich namens meines Klubs, vertreten durch alle Abgeordneten, folgenden Beschlußantrag ins Hohe Haus einbringen, betreffend die Erledigung der in dieser Periode gestellten Anträge in Fragen der steirischen Verkehrspolitik.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Forderungen in Angriff zu nehmen beziehungsweise zu erfüllen:

Erstens: die Erstellung raumplanerischer Erfordernisse, wie die überfällige Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten gemäß Paragraph 8 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974 und das Sachprogramm für Verkehr gemäß Verordnung vom 11. Juli 1977, Paragraph 5 Absatz 1 Ziffer 8 als Grundlage für ein gesamtsteirisches Verkehrskonzept. Die notwendigen Studien und Untersuchungen sind bereitzustellen.

Zweitens: die Einflußnahme darauf, daß eine möglichst große Anzahl steirischer Betriebe am Auftragsvolumen bei Verkehrsbauten beteiligt ist.

Drittens: Kontaktnahme mit Vertretern angrenzender Bundesländer sowie des Bundes, betreffend alle Fragen der übers Land hinausreichenden Verkehrserfordernisse.

Viertens: nachdrückliche Einflußnahme bei der öBB auf Modernisierung des bestehenden Eisenbahnnetzes samt Bahnhöfen.

Fünftens: konkrete Verwirklichung eines schnellbahnähnlichen Nahverkehrs im Raum Graz und in der Obersteiermark.

Sechstens: Zusammenführung privater Verkehrsträger mit Verkehrsträgern, die im öffentlichen Eigentum stehen, zu Verkehrsverbänden in allen relevanten Regionen der Steiermark. Am vordringlichsten ist die Realisierung eines Verkehrsverbundes im Großraum Graz. Dazu wird die Gründung einer Nahverkehrsstudiengesellschaft vorgeschlagen, in die der Bund, das Land, die Landeshauptstadt Graz, der Städtebund und

der Gemeindebund sowie die Arbeiterkammer und die Handelskammer einbezogen werden sollen. Sie hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Verkehrsverbund raschest schrittweise realisiert wird.

Siebtentens: rasche Führung von Verhandlungen, betreffend Finanzierung der sogenannten Durchtarifizierungsverluste durch Bund und Land nach dem Vorbild des Verkehrsverbundes Ost.

Achtens: termingerechte Erfüllung der Bundes- und Landesstraßenbauprogramme, insbesondere der S 6 und S 36 sowie der Pyhrnautobahn. Die Planung der Verlängerung der S 36 bis zur Tauernautobahn ist in Angriff zu nehmen.

Neuntens: Die Realisierung des Semmeringtunnels ist derart zu forcieren, daß mit einer Fertigstellung bis zum Jahre 1995 gerechnet werden kann.

Zehntens: Die Planung der Verbindung der Landeshauptstadt Graz mit Klagenfurt durch einen Koralm-tunnel ist nachdrücklich zu betreiben. Die Raumordnungs-kompetenz des Landes ermöglicht eine maßgebliche Einflußnahme auf Termin und Gestaltung.

Elftens: nachdrückliche Einflußnahme auf entsprechende Bauvorhaben der ÖBB:

- a) die Anhebung der Fahrgeschwindigkeit zwischen Brück an der Mur und Neumarkt auf 140 bis 160 Kilometer pro Stunde;
- b) die Einflußnahme auf die Realisierung zur Errichtung von zwei Tunnels im Bereich Leoben sowie der von der ÖBB geplanten Vorhaben Murtal/Scheifling;
- c) termingerechte Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaues der Schoberpaßstrecke;
- d) Ausbau der Pyhrnbahn mit einer Neubaustrecke im Raum Oberösterreich, einschließlich der Sicherung der Finanzierung;
- e) Streckenbegradigungen und Auflassungen von Eisenbahnkreuzungen im Ennstal;
- f) die Elektrifizierung Graz–Sankt Gotthard zur Erhöhung der Beförderungskapazität sowie die Auflassung diverser dortiger Eisenbahnkreuzungen;
- g) die Stichbahn Gleisdorf–Weiz;
- h) die Verlegung des zweiten Streckengleises zwischen Graz und Spielfeld.

Zwölftens: Einflußnahme zur Modernisierung des Wagenparks der GKB sowie die Elektrifizierung der Strecke Graz–Wies, Graz–Köflach und den teilweise zweigleisigen Ausbau.

Dreizehtens: die Ausweisung von geeigneten Flächen für die Errichtung von Güterterminals, insbesondere im Nahbereich der Landeshauptstadt Graz.

Vierzehntens: Zur politischen Willensbildung beziehungsweise parteienübergreifenden Abstimmung soll ein steirischer Verkehrsbeirat eingerichtet werden. Dieser hat die Aufgabe, zu Gutachten, Konzepten und Vorschlägen Stellung zu nehmen beziehungsweise die Landesregierung zu beraten.

Ich darf die Annahme dieses Beschlusses fordern und gleichzeitig den Herrn Präsidenten bitten, bei der Überreichung dieses Antrages den Punkt 8 getrennt abstimmen zu lassen. Danke schön. (17.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (17.55 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Kollege Rader, vielleicht darf ich Sie kurz aufklären: Der Herr Landeshauptmann ist in einer Sache für uns alle unterwegs, die bei aller Wertschätzung Ihrer Reden hier im Hause wichtiger ist für dieses Land als Ihre Rede. (Abg. Kammlander: „In einer Stunde gibt er den Empfang!“) Der Herr Landeshauptmann gibt nämlich an diesem Abend einen Empfang, und er sagt sich, Iacocca ist mir lieber als Rader, und das würde ich voll und ganz unterstreichen. Und Sie werden das einsehen. Wenn Sie mangels ausgewiesener Notwendigkeit dort nicht dabei sind, ist das Ihr Problem, aber wir halten das für wichtiger. Man hat inzwischen auch etwas mit diesen Leuten zu tun, man kann sie ja nicht irgendwo abstellen. Das ist bei Ihnen vielleicht denkbar. Jedenfalls ist steirische Gastlichkeit etwas anderes.

Ja, dazu bekenne ich mich ganz offen, wenn Sie's wissen wollen. In diesem Fall ja. Das ist ein so wichtiges Ereignis für die Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn wir da mit Ihnen ein Problem haben, dann haben wir das gerne, Herr Kollege Rader.

Zum Zweiten: Pläne, wenn man sie lesen kann, kann man sie als solche auch erkennen. Ich wollte Ihnen das nur sagen. Ansonsten, würde ich meinen, verdient das keine besondere Beachtung, was Sie in diesem Zusammenhang gesagt haben.

Schauen Sie, ausgehend von dem, was der Kollege Kohlhammer heute am Anfang gesagt hat – (Abg. Dr. Maitz: „Er war selber stundenlang weg, ohne in der Müllsache etwas tun zu können!“) Ja, ja. Mein Gott, man grast halt, wo man glaubt, grasen zu können. Es ist ja auch nichts dagegen zu sagen.

Aber vielleicht zur ernsthafteren Sache: Der Kollege Kohlhammer hat heute am Schluß seiner Ausführungen gesagt: „In Summe haben wir ein Riesenproblem vor uns.“ Und das ist ja nicht ein Problem der Steiermark alleine oder der Republik Österreich, sondern für das gesamte Europa – die ganze Verkehrsproblematik –, wenn man so will, wo man vor der Aufgabe und vor der Frage steht, hier wirklich ganz neue, auch große Lösungen zu finden – integrierte Lösungen zu finden. Und es ist ja kein Problem anzuerkennen, daß es hier natürlich auch Staus gibt, wie du gesagt hast, und viele ungelöste Fragen gibt, wo man zum Teil ja nicht einmal die Fragestellungen richtig herausarbeiten kann.

Ich möchte nur dazusagen, um auch die Relationen nicht zu verlieren: Wenn man im Land ein bißchen herumkommt – jetzt bin ich nicht der Älteste hier, auch nicht der Jüngste –, hat man aber schon den Eindruck, daß einiges in der Vergangenheit weitergegangen ist, wenn ich an den Straßenbau denke. Und da werden die Damen und Herren dieses Hohen Hauses ja durchaus gerne auch sagen, daß einiges weitergegangen ist. Wenn im Bahnausbau vieles nicht in dem Maße weitergegangen ist, wie wir uns alle das wünschen, dann wissen wir auch die Gründe dafür. Ich möchte da gar nicht polemisieren. (Abg. Kammlander: „Weil Sie so wenig mit der Eisenbahn fahren!“) Gundi, ich bin dieser Tage einmal mit der Eisenbahn an einem wunderschönen Tag von Pruggern hierhergefahren. Die Eisenbahn hatte in Pruggern schon, kommend aus Innsbruck, eine Dreiviertelstunde Verspätung. Als ich

in Graz ankam, hatte sie geschlagene eineinhalb Stunden Verspätung. (Abg. Kammlander: „Das ist das Problem!“) Gundi, jawohl, ist ein Problem. Ich mach 's mir auch gar nicht so billig und sage, der Streicher ist schuld und er soll das alles lösen, und seit 20 Jahren haben wir einen SPÖ-zuständigen Minister. Das ist historisch richtig, aber so einfach machen wir uns das nicht. Ich sage nur, daß es hier natürlich ohne Zweifel eine Summe von offenen Dingen gibt, die wir gemeinsam lösen müssen. Es bringt nur nichts, glaube ich, wenn man hier mit der großen Laterne durch die Lande zieht und sagt: „Ich bin der einzige, der das erkannt hat, und die Versäumnisse, Versäumnisse, Versäumnisse ...“

So geht ja bekanntlich nichts weiter. Ich freue mich, daß in diesem Zusammenhang heute hier von mehreren Fraktionen zum gleichen Thema eine dringliche Anfrage gestellt wurde. Und wenn ich das auch bemerken darf, wir haben in summa auch einige Vorstellungen heute präsentieren können. Der Landeshauptmann hat, wenn Sie so wollen, eine Magna Charta der steirischen Verkehrspolitik auch vorgelegt, und da sind – (Abg. Kammlander: „Oh, oh, oh!“) Ja, es ist so. Das ist etwas, was über das Jahr 2000 hinausgeht. Ich weiß schon, daß euch das ärgert, weil ihr natürlich glaubt, ihr seid die alleinigen Wissenden. Macht ja nichts, liebe Gundi, wenn es möglich ist, daß ihr sinnvolle Beiträge liefert, werden wir sie gerne integrieren. Ich möchte nur, Frau Abgeordnete Kammlander, eines dazusagen. Sie haben das ja in Ihren Antrag auch hineingeschrieben, das Land Steiermark ist meinem Wissensstand nach jedenfalls das einzige Bundesland, das aus Landesmitteln – und das kann man nicht oft genug dazusagen – für den Bundesstraßenbau bekanntlich 1,5 Milliarden Schilling ausgegeben hat. Und das ist vor dem Hintergrund jener Probleme, die wir sonst im Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen, Strukturfragen debattieren, bitte ein Beitrag, der sich sehen lassen kann und den andere Länder nicht leisten mußten.

Zweiter Punkt, weil Sie das angesprochen haben mit dem Nahverkehr oder mit dem öffentlichen Verkehr. Wir haben seit dem Jahre 1976 in die steirischen Landesbahnen ebenfalls rund eine Milliarde an Landesmitteln hineingesteckt. Jetzt kann man sagen, ja, bitte, auch etwas. Es ist eine Milliarde Schilling. Ich sage es nur, Gundi! Schauen Sie, die Vorarlberger, die Tiroler, die Salzburger, die Oberösterreicher oder wer immer auch, die tun sich in manchen Dingen leichter (Abg. Kammlander: „Die zahlen dazu!“) auf Grund einer historischen Situation. Ich sehe keinen hier, der dies mitverschuldet hätte oder sich herbeigewünscht hätte, aber es ist so, und es hilft nichts, zu jammern und sich aufzuregen, ich muß schauen, daß ich aus diesem Zustand auch das Beste mache. Ich meine, das ist doch bitte eine anerkennenswerte Leistung, für die wir alle geradestehen müssen, für die wir gerne geradestehen. Oder weil vorher Kohlhammer – glaube ich, wenn ich das richtig gehört habe – die GKB auch erwähnt hat, ja, sind auch 100 Millionen investiert worden in den letzten Jahren vom Land Steiermark in diesem Zusammenhang. Ich meine also, meine verehrten Damen und Herren, alles in allem genommen, Vollmann ist nicht da im Moment, aber soviel ich weiß, gibt es eine fixe Zusage. Grüß dich, setzt dich immer gerne nach hin-

ten, wenn du ein bißchen etwas geredet hast. Es gibt meines Wissens noch eine fixe Zusage von Minister Schüssel für die Umfahrung in Spital, und daß sich der Minister Streicher so sehr – ich schätze den Abgeordneten Bruckmann der ÖVP-Fraktion sehr –, aber daß sich der Streicher so sehr vor dem Bruckmann fürchtet, daß er in dem Moment, wo Bruckmann sagt, das ist in Frage zu stellen, das nicht täte. Das wäre ein neues Streicher-Bild bei mir, mit dem ich auch gut leben kann. Was ich aber gerade im Raum nebenan gehört habe, wie eine Delegation aus Radkersburg beim Minister Streicher wegen der Mülldeponie Halbenrain in Wien war, dann scheint mir das nicht deckungsgleich zu sein: das eine Bild mit dem anderen.

Lieber Kollege Kohlhammer, eines darf ich sagen, weil wir das mehrfach in letzter Zeit erleben. Ich kenne den Verkehrskoordinator und Straßenbauer Theussl persönlich zu wenig, um hier Parteinahme ergreifen zu können. Ich habe nur den Eindruck nach allem, was ich weiß und gehört habe, daß er sich außerordentliche Verdienste in der Steiermark erworben hat. (Beifall bei der ÖVP.) Die neue Aufgabenstellung, die er übernommen hat, ist eine ungeheuer schwierige, die einer allein gar nicht leisten kann! (Abg. Trampusch: „Das sagen wir auch!“) Wart ein bißchen! Ich möchte nur bitten, Kohlhammer, es steht mir nicht zu, dir hier eine Rüge zu erteilen. Wirklich, du verstehst mich nicht falsch. Aber ich würde bitten, daß wir hier vom Rednerpult nicht auf Leute losgehen, die sich hier nicht wehren können, die nichts dagegen sagen können. (Abg. Kohlhammer: „Weißt du, in welcher Form er sich wehrt? Er ignoriert, was gesagt wird!“ – Abg. Dr. Maitz: „Kohlhammer, das ist wieder eine Unterstellung!“) Walter, schau! Lieber Walter! Das hat keinen Sinn! Ich wollte nur sagen, wir können mit ihm gemeinsam sicherlich reden, dort, wo auch er reden kann. Hier kann er leider nicht reden. Und das meine ich. Schau, das wäre ein Prinzip, daß wir uns das angewöhnen, daß wir nicht irgendeinen Beamten in die Mangel nehmen, der noch dazu – wie gesagt – außerordentlich verdienstvoll für dieses Land tätig war. (Abg. Kohlhammer: „Wir reden über den Arbeitsstil!“)

Lieber Walter! Wenn du wüßtest, was alles geschieht und wieviel gearbeitet wird in dem Land, was du alles nicht mitbekommst, es ist ja kein Vorwurf, dir würde schwarz vor den Augen werden. Aber es hat gar keinen Sinn, bitte. (Abg. Trampusch: „Das muß ein Geheimnis sein!“) Es ist kein Geheimnis!

Ich komme zum Abschluß meiner Ausführungen und möchte auf folgendes hinweisen: Du, ich hätte auch einige Dinge da von Regierungserklärungen vom Bundeskanzler Kreisky aus den Jahren 70 und 79 oder was immer auch, wo bitte so konkrete Dinge versprochen, zugesagt und angekündigt werden, ich verlese sie heute nicht. (Abg. Trampusch: „Du hast gesagt, man soll nicht von früher reden!“) So schnell habe ich gelernt. Ich habe gesagt, ich verlese sie nicht. Ich habe nur gesagt, ich habe sie mit für dich, wenn du sie nachher brauchst.

Ich darf, verehrter Herr Präsident, unseren Beschlußantrag in aller Kürze verlesen, der unterschrieben ist von den Abgeordneten Dr. Dorfer, Dr. Maitz, Purr, Dr. Schilcher, Gennaro und Barbara Kanape.

Durch die Umwälzungen im Osten und Südosten Mitteleuropas ist unser Land aus seiner Randlage als

östlichstes Grenzland Westeuropas wieder zu einem Land im Herzen Mitteleuropas geworden, was viele neue Chancen eröffnet, wie auch die Chrysler-Ansiedlung „Eurostar“ in Graz unterstreicht.

Dies und die notwendige auch vom Land Steiermark entschieden betriebene EG-Integration machen den forcierten und koordinierten Ausbau der Verkehrsverbindungen Straße – Schiene – Luft und damit eine noch bessere Anbindung an die Wirtschaftszentren im übrigen Österreich und an die Industrieländer Europas besonders aktuell.

Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, auf der Basis des Zwischenberichtes zum steirischen Gesamtverkehrsprogramm alle Anstrengungen zu unternehmen, um die darin vorgesehenen Maßnahmen zu realisieren und insbesondere auch bei der Zentralstellen dem forcierten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark nachkommen.

Konkret geht es um folgende Maßnahmen:

Schiene: forciertes zweigleisiger Ausbau der Schöberpaßbahn; Pyhrnbahn in Richtung Linz und Wels; Semmeringbasistunnel; Koralmtunnel im Zuge der geplanten Bahnlinie Wien – Eisenstadt – Graz – Klagenfurt – Staatsgrenze (gemäß der vereinbarten Machbarkeitsstudie im Auftrag der Länder Steiermark, Kärnten und Burgenland sowie der ÖBB); Ostbahn mit Verbindungen nach Ungarn und Jugoslawien, Elektrifizierung bis Sankt Gotthardt; die Anhebung der Fahrgeschwindigkeit zwischen Bruck an der Mur und Neumarkt auf 140 bis 160 Kilometer pro Stunde; die Einflußnahme auf die Realisierung zur Errichtung von zwei Tunnels im Bereich Leoben sowie der von der ÖBB geplanten Vorhaben Murtal/Scheifling; Streckenbegradigungen und Auflassungen von Eisenbahnkreuzungen im Ennstal; integrierter Taktfahrplan IT 91; Modernisierung der Bahnhöfe, insbesondere Schaffung der Nahverkehrsdrehscheibe Graz/Hauptbahnhof; Containerterminal im Großraum Graz; Ausbau des kombinierten Güterverkehrs, insbesondere der „Rollenden Landstraße“.

Straße: termingerechte Erfüllung der Bundes- und Landesstraßenbauprogramme; Fertigstellung der Pyhrnautobahn bis 1992, Vollausbau der Südautobahn bis 1992, Fertigstellung der Schnellstraßen in der Mur- und Mürzfurche; umweltfreundlicher Ausbau von Bundes- und Landesstraßen; Lärmschutzmaßnahmen für das hochrangige Straßennetz; Realisierung des steirischen Radroutenkonzeptes sowie Studie über Auswirkungen des Ostverkehrs.

Flugverkehr: Flugverbindung in den oberitalienischen Raum nach Mailand und Turin; Flugverbindungen nach Budapest im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 sowie Flugverbindungen nach Stuttgart und Düsseldorf.

Tarif- und Verkehrsverbund: Einführung des „Tarifverbundmodells Graz 90“ bis Herbst 1990; Gründung der Umland-Verbundgesellschaft durch das Land Steiermark und rasche Einführung eines Verkehrsverbundes in Anlehnung an das Würzburger Modell sowie Übernahme von 50 Prozent des Durchtarifierungsverlustes durch den Bund.

Soweit unser Beschlußantrag. Ich bitte um Annahme dieses Antrages und darf ihn dem Herrn Präsidenten überreichen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.09 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (18.09 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gab nun eine über zweistündige intensive Debatte zur dringlichen Anfrage vom Vormittag.

Ich bin überzeugt, daß es im Gegensatz zur Aussage des Herrn Abgeordneten Mag. Rader dem Herrn Landeshauptmann leid tut, nicht selbst hier zu stehen, weil er hätte Ihnen auch auf jede Frage die passende Antwort geben können. Ich werde dies versuchen, und wo 's nicht möglich ist, werden wir Ihnen bei nächster Gelegenheit diese nachliefern.

Eines hat mir heute bei diesem Programm gefehlt, und ich glaube, wenn man diese Bahndebatte, die sie ja auch gewesen ist, genau verfolgt hat, dann fehlt mir die Forderung nach einer Kompetenz für eine Geschäftsstelle in Graz im Bereich der Bundesbahn, wo man sagen kann: Zuordnung Bundesland Steiermark. Das ist eine Forderung – (Abg. Trampusch: „Ein Antrag unserer Fraktion ist leider noch nicht erledigt!“) Lieber Herr Kollege Trampusch, aber Sie haben einen umfassenden Katalog Ihrer Wünsche vorgelegt. Nur, den Katalog, den Sie in der eigenen Fraktion lösen könnten, den haben Sie nicht mit eingebracht, und das wäre diese Generaldirektion in Graz. Das möchte ich hier festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Wir verweisen auf die 60 offenen Anträge. Dieser ist dabei!“) Aber das kann nicht das Land Steiermark für Sie lösen, weil das ist innerhalb des Verkehrsministeriums und innerhalb der Bundesbahndirektion.

Es ist auch mir verständlich – wir alle sind Verkehrsteilnehmer –, daß das Thema „Verkehr“ die Gemüter erregt und daß wir über manches nachdenken müssen. Es hat mir auch eine Aussage gefehlt, weil heute die Gelegenheit gewesen wäre, daß es eine Stellungnahme zur vom Herrn Landeshauptmann vorgeschlagenen Volksbefragung am 10. Juni zum Thema „80 für Autos ohne Kat, 100 – wie soll das sein?“ gegeben hätte. Auch das würde zu einer Verkehrsdebatte dazugehören, weil wir so oft das Wort von der Verkehrssicherheit und von der Unfallträchtigkeit gehört haben.

Ich darf Ihnen versichern, daß ich als Verkehrsreferent, der für das Verkehrsrecht zuständig ist, sehr, sehr eng mit den zuständigen Abteilungen, mit den Autofahrerklubs, aber vor allem mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit zusammenarbeite. Und aus diesem Grund werde ich auch der Landesregierung vorschlagen, einen Modellversuch zu starten und ein freiwilliges Tempolimit 80 an einem verkehrsreichen Wochenende einmal auszuprobieren. Es kann nur eine freiwillige Aktion sein, und ich darf Ihnen versichern, die Kollegen haben mir die Verkehrsschwachstellen der Steiermark aufgezählt. Ich habe sie hier auch, und Sie dürfen mir glauben, daß jemanden, der ein bißchen bewegt ist und die Menschen in diesem Lande kennt, Unfälle nicht einfach kaltlassen und nicht spurlos an ihm vorübergehen. Aber ich darf Ihnen versichern, daß sehr viel an Vorbereitung geschehen ist, an Entschärfung, und ich komme auch noch darauf zurück.

Die Frau Kollegin Kammlander hat gemeint, daß wir für unsere Politik keine Lokomotive haben. Ganz einfach: Wir haben eine Lokomotive! (Abg. Mag.

Rader: „Sie ist nicht unter Dampf!“) Sie hat heute vormittag geantwortet, es ist der steirische Landeshauptmann! Damit ist das erklärt. Einer muß den Wagen ziehen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Nicht jede Lokomotive fährt auf dem richtigen Geleise!“) Ich darf Ihnen sagen, sie fährt in Richtung Zukunft und sie fährt in Richtung nächstes Jahrtausend, und das ist uns wichtig! (Abg. Mag. Rader: „Woher habt ihr das?“) Das haben wir nicht erfahren, sondern wir wissen das, und wir freuen uns, und wir fahren gerne als Waggon mit dieser Lokomotive mit. Da dürfen Sie sicher sein.

Sie haben angesprochen, Frau Kollegin Kammlander, wie es in den nächsten Verhandlungsrunden ausschauen soll. Es ist die Antwort auch für viele andere Kollegen: Der Herr Landeshauptmann hat es heute vormittag gesagt, vielleicht ist es nicht verstanden worden. Es wird am 26. März beim Minister eine Verhandlungsrunde gemeinsam mit der Landeshauptstadt Graz geben, betreffend den Tarifverbund und den Durchtarifierungsverlust. Da muß man sich als Land und Stadt zusammenstellen, weil wir nicht nur immer offene Hände beim Bund haben, wenn wir sie auch erwarten möchten. Es muß verhandelt werden, und wir sind auf einem guten Weg.

Zum Zweiten: Wie schaut die Umlandverbundgesellschaft aus? Wenn Sie das Programm anschauen – und es ist auch heute vormittag angesprochen worden –, dann werden Land, die angrenzenden beziehungsweise die betroffenen Gemeinden und die Verkehrsträger zu einer solchen Umlandgesellschaft eingeladen werden, und das Modell vom Herrn Prof. Rüscher wurde heute vormittag schon zitiert.

Einer der Kollegen hat vom Semmeringtunnel gesprochen. Ich möchte dazusagen: Auch ich kann mich einer Meinung anschließen, daß die Ghega-Bahn nicht eingestellt werden soll, aber es soll dann eben eine private Organisation, ein Verein, der sich dafür interessiert, mit der Pachtung betraut werden.

Wir haben ein solches Modell in Vordernberg. Ich glaube, der Kollege Hammer könnte etwas dazusagen, damit der Rückbau eben nicht jetzt stattfindet, sondern daß man sagt, wie es weitergeht.

Zum Herrn Abgeordneten Ofner darf ich folgendes sagen: Sie haben einiges aufgezählt. Schwierigste Situationen, nur Negativpunkte. Aber ich verstehe nicht, daß Sie so schnell vergessen. Warum vergessen Sie den 4. Dezember, wo es beim Tunnel den Durchbruch gegeben hat? (Abg. Günther Ofner: „Das sind 200 Meter von 40 Kilometer, Frau Landesrat!“) Ja, warum haben Sie es denn nicht mit aufgezählt? Man kann nicht nur die negativen Sachen sagen. (Abg. Günther Ofner: „200 Meter!“) Ja, aber wahrscheinlich die teuersten 200 Meter, dieser Tunnelbau. Das müssen Sie auch dazusagen. (Abg. Günther Ofner: „Das wäre auch billiger gegangen, aber es wurde die teuerste Lösung gewählt!“) Vielleicht sind Sie ein besserer Fachmann als ich, aber ich verlass' mich in diesem Fall auf die zuständigen Behörden, und die haben ihr Bestes gegeben.

Und vor allem muß man dazusagen und als Antwort, weil hier an dieser Stelle gesagt wurde: „Minister!“ Ja, Minister hat die Österreichische Volkspartei in diesem Bereich seit Jänner 1987, und der Herr Minister Graf hat sofort zugunsten der Steiermark den Ausbau

der Pyhrnautobahn entschieden. Das ist eine Reverenz an dieses Land. Es wird der Tunneldurchstich oben in Scheifling, der Tunnel wird gebaut. Das ist eine Reverenz an dieses Land. Bitte schön, was war denn in den 17 Jahren vorher? Machen wir nicht alles so schlecht, wenn Gutes geschieht! (Beifall bei der ÖVP.) Und dann darf ich Ihnen noch etwas dazusagen – (Abg. Trampusch: „In den 17 Jahren ist keine Autobahn in der Steiermark gebaut worden!“) Ist sehr viel geschehen! Nur zu den Autobahnen der 17 Jahre vorher eine klare Aussage.

1,5 Milliarden Schilling hat das Land Steiermark vorfinanziert, aus Mitteln, die wir nicht so einfach haben. Wir haben das gemeinsam in Verantwortung beschlossen. Das möchte ich hier festgehalten haben. (Abg. Trampusch: „Nur weil Sie gefragt haben, was in den 17 Jahren geschehen ist!“) Nein, nein, aber weil man so tut, erst jetzt würde nichts geschehen. Dann hätten wir ja in den letzten 20 Jahren relativ viel weiterbringen können. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Zum Ostbahnhof!“) Zum Ostbahnhof komme ich schon noch, und beim Hauptbahnhof hätten wir auch noch etwas zu sagen.

Sankt Peter – Pichl und Pichl-Schütt ist insgesamt um einen Kostenbetrag von 60 Millionen Schilling im Bundesbaustraßenprogramm für das Jahr 1990 beantragt. Und dann muß man auch sagen, daß die Ortsdurchfahrt Dürnstein, das heißt Richtung Kärntner Grenze, im heurigen Programm enthalten ist. Und so könnte ich sehr viel dazugeben. (Abg. Günther Ofner: „Bravo!“)

Eines darf ich Ihnen aber versichern, Herr Abgeordneter Ofner: Ob es jetzt im Rahmen der Muraltalbahn, das heißt der Steiermärkischen Landesbahn, ist, ob es jetzt diese „Scheiflinger-Ofen“-Geschichte ist – es ist ein Anliegen des Landes Steiermark, die wirtschaftliche Bedeutung der Region Murau ja nicht zu vernachlässigen. Dessen können Sie sicher sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Kollege Erhart hat sehr deutlich aufgezeigt, was ihm fehlt. Ich möchte dazusagen: Es ist ein Zwischenbericht – das sage ich bewußt –, und Sie haben in Frage gestellt, warum auf einem Brief als Sachbearbeiter der Herr Hofrat Theussl da ist und der Referent, der Herr Landeshauptmann, unterschreibt. Ich frage Sie: Wie wär 's denn ehrlicher gewesen? Wenn der Herr Landeshauptmann sich oben auch beim Sachbearbeiter hingestellt hätte?

Es ist so üblich, daß der Referent unterschreibt und daß er wertvolle Beamte hat, die ihm die Dinge aufbereiten. Das möchte ich nur klargestellt haben. (Abg. Erhart: „Das war nicht die Frage, das haben Sie mißverstanden. Ich habe etwas anderes wissen wollen, und zwar, warum drei Fraktionen einen Antrag stellen und es wird nicht darauf reagiert!“)

Zu den drei Fraktionen: Es ist für alle drei Fraktionen die Antwort hier, und daß die Verhandlungen mit dem Ministerium ständig stattfinden – das wissen Sie! (Abg. Erhart: „In eurem Plan ist nichts von unseren Anliegen drinnen!“)

Ich darf dann noch dazusagen, weil der Herr Kollege Vollmann die Bundesstraße 306 angesprochen hat: Durch die Freigabe des Autobahnstückes ist es jetzt eine Landesstraße geworden, und momentan finden

Verhandlungen über die Kostenbeteiligung statt, und es ist eine letztmalige Instandsetzung durch das Land geplant. Nur, daß Sie diese Antwort auch bekommen haben. (Abg. Vollmann: „Wann?“) Ich sage Ihnen, wenn es geplant ist, das Land Steiermark und die Verantwortlichen schlafen nicht, aber ich werde den Herrn Hofrat Theussl gerne bitten, daß er Ihnen das schriftlich zukommen läßt. Die Antwort habe ich so bekommen. Es ist genauso, daß man hier steht und die Betroffenen eben nicht reagieren können.

Der Herr Abgeordnete Freitag hat die Elektrifizierung angesprochen. Ja, wir waren miteinander, das heißt, ich war dort – ich glaube, er war damals an diesem 12. Oktober gar nicht dort –, wo uns gesagt wurde, daß allein auf der Strecke Graz bis Fehring 94 Kreuzungen sind. Davon sind 57 ungesichert. Uns wurde dort zugesagt, daß die Kreuzungssicherung Vorrang hat. Bis heute – und inzwischen ist doch auch eigentlich fast ein halbes Jahr vergangen – ist in diesem Zusammenhang noch nicht sehr viel geschehen.

Das möchte ich nur festgestellt haben. Gleichzeitig wiederhole ich noch einmal vom Vormittag, es gibt ein Budgetüberschreitungsgesetz des Bundes im Bereich der Bahnen für das Jahr 1990. In diesem ist das Bundesland Steiermark nicht berücksichtigt worden. Ich sage das hier, weil wir uns in diesem Fall gemeinsam einfach melden sollten, damit wir erfolgreich sind. Und wenn der Herr Kollege Freitag sagt, noch mehr Pendler aus dem oststeirischen Raum, ich bekenne mich zum Pendeln und zu einer realistischen Form des Pendelns, weil mir ist viel lieber, die Menschen pendeln innerhalb des eigenen Bundeslandes, als sie müssen in andere Bundesländer fahren oder überhaupt aus unserem Lande absiedeln, weil sie keine Arbeitsplätze haben. Chrysler ist ein Weg dazu, daß wieder viel mehr dableiben können.

Zum Zwischenbericht habe ich den Kollegen Erhart schon angesprochen. Ich darf Ihnen versichern, daß auch in den vorbereiteten Arbeiten das Vorhaben Murtal-Scheifling – und da ist viel drinnen, da sind nämlich Tunnels im Bereich Leoben drinnen, aber auch Murbrücken und Brücken über die Bundesstraße. Vorläufige Information ist, daß der Fahrzeitgewinn leider sehr wenig ist, nämlich nur sechs Minuten. Trotzdem, alles, was einer Region guttut und was sie sich wünscht, wenn es möglich ist, werden wir erfüllen. Aber man muß auch alles fordern, da komme ich noch einmal zum Kollegen Kollmann zurück.

Güterterminal, angesprochen von der Frau Kollegin Schoiswohl. Ich darf sagen, es ist vollste Unterstützung. Nur so, wie es hier an Zahlen genannt wurde, daß die rollende Landstraße funktioniert, da muß ich schon ganz klar feststellen, uns wurden Waggons abgezogen und dem Bundesland Tirol und der rollenden Landstraße dort wird von der Bundesbahn eine 50prozentige Vergütung gewährt. Dies ist für die Steiermark nicht bewilligt worden. Das heißt, wir sind nicht im Vorteil. Wir haben nicht nur eine längere Fahrstrecke durch unser Bundesland, sondern auch nicht das Entgegenkommen, das entsprechende, der Bundesbahn. Das möchte ich in diesem Zusammenhang festgestellt haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Typisch Bundesbahn!“)

Nahverkehrsdrehscheibe Graz: ein Punkt, über den man sehr lange reden könnte. Der Herr Kollege Korber

hat den Ostbahnhof angesprochen, ich spreche den Grazer Hauptbahnhof an. Auch ein Thema, wenn man über Verkehr spricht, das man nicht übersehen darf und das gerade in den Gesprächen mit der Landeshauptstadt Graz auch immer wieder anklingt.

Herr Kollege Kohlhammer, Sie haben einen großen Teil der Antwort heute vom Herrn Landeshauptmann schon selbst bekommen. Ich habe Ihnen zugehört, wie Sie über die GKB gesprochen haben. Ich kenne diese Anliegen auch aus der Sicht der Steiermärkischen Landesbahn, nur, ich glaube, vielleicht mit einem Unterschied. Wenn die GKB ein großes Defizit hat, dann hat sie den Bund im Rücken, bei der Steirischen Landesbahn muß es eben die Steiermark allein lösen, und das ist ein großes Problem. (Beifall bei der ÖVP.) Gleichzeitig haben Sie mich gefragt, wie das mit der Initiative der Unterschriften ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Sie wollten wenigstens eine formelle Erledigung. Entsprechend dem, was ich mir vorstelle, und in dem Fall glaube ich, auch im Namen des Landeshauptmannes das sagen zu können, wichtig ist die praktische Erledigung, nicht die formelle, sondern die praktische. Das heißt mit einem Wort, Taten statt Worte! Das ist wichtig, und das soll bei einer solchen Initiative herauskommen. (Abg. Kohlhammer: „Ja, aber rechtzeitig!“) Ich glaube und komme damit auch schon zum Abschluß, daß die Wünsche des Herrn Kollegen Trampusch – ich habe gesagt, Sie haben den Hauptwunsch, den wir hätten, weil wir gerade im Bahnbereich damit eine große Veränderung erreichen würden, nämlich den Kompetenzausbau der Geschäftsstelle Graz im Rahmen der Österreichischen Bundesbahn als Stabstelle der Generaldirektion mit Zuständigkeit für die ganze Steiermark unbedingt drinnen haben sollten. Es ist dies ein Anliegen, das unbedingt dazugehört und wo ich glaube, daß wir dann auch der Verkehrspolitik des Landes gerecht werden können. Eines möchte ich aber heute hier schon sagen, wir haben ein Gesamtverkehrskonzept, und wir haben den Verkehrsverbund für den Großraum Graz als Unterlage. Ich habe gehört, Sie haben nur eine Unterlage, Sie werden die zweite sicher nachbekommen. Ich darf Ihnen versichern, ich habe mich mit beiden intensiv beschäftigt. Es sind fundierte Unterlagen, gut vorbereitete Unterlagen vom Verkehrskoordinator Hofrat Theussl und seinem Team. Sie sind vorbereitet für uns. An uns wird es liegen, wie rasch wir in gemeinsamer Arbeit mit der Umsetzung und den richtigen Entscheidungen zugunsten der Steirer fertig werden. (Beifall bei der ÖVP. – 18.24 Uhr.)

Präsident: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Dorfer, Dr. Maitz, Purr, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Gennaro, Kanape, betreffend steirisches Gesamtverkehrsprogramm – den forcierten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark.

Eingbracht wurde weiters ein Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten, betreffend die Erledigung der in dieser Periode gestellten Anträge in Fragen der steirischen Verkehrspolitik.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese

Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Dorfer, Dr. Maitz, Purr, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Gennaro, Kanape; zweitens über den Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten ohne Punkt 8; drittens über den Punkt 8 des Beschlußantrages der SPÖ-Abgeordneten.

Ich komme jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Dorfer, Dr. Maitz, Purr, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Gennaro, Kanape die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wer dem Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten ohne Punkt 8 die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wer dem Punkt 8 des Beschlußantrages der SPÖ-Abgeordneten die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

16. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 840/2, zum Antrag der Abgeordneten Reicher, Ussar, Günther Ofner, Dr. Ficzkó und Genossen, betreffend die Erhaltung des Volksschulsprengels der Volksschule Pachern in der Gemeinde Hart bei Graz.

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (18.27 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auf Grund der örtlichen Raumbedarfserhebung wurde für die Volksschule Pachern ein Fehlbestand von drei Klassenräumen und einem Werkraum festgestellt. Die Gemeinde Hart brachte zum Ausdruck, daß der erhobene Schulraumbedarf nur für den Fall des gleichbleibenden Schulsprengels Geltung besitze. Unmittelbar darauf hat die Gemeinde Raaba einen Gemeinderatsbeschluß über die Errichtung einer eigenen Volksschule zur Kenntnis gebracht. Wie die Ermittlungen ergaben, besuchen derzeit 80 Schüler aus dem Gemeindegebiet Raaba die Volksschule Pachern. Auf Grund der nächsten Jahre ist in Raaba pro Jahrgang mit etwa 20 Volksschülern zu rechnen. Da neue Wohneinheiten errichtet wurden, ist eine weitere Schülerzunahme zu erwarten. Durch den Wegfall der Volksschüler aus dem Gemeindegebiet Raaba dürfte die Zahl der Klassen an der Volksschule Pachern auf acht zurückgehen, so daß künftig mit dem vorhandenen Schulraum das Auslangen gefunden werden kann. Durch die Errichtung der Volksschule in Raaba ist somit weder der Bestand noch die Organisationshöhe der Volksschule Pachern gefährdet. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (18.28 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag der Berichterstatteerin die Zustimmung

erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 959/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 1988.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (18.29 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Es liegt der Wissenschaftsbericht der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1988 vor. Es liegt ein umfassender Bericht der Landesregierung, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, mit 123 Seiten mit besonderer Berücksichtigung auch der Energieforschung vor.

Der Bericht besteht aus drei Bereichen. Der erste Bereich umfaßt den Bericht der Tätigkeiten von Landesdienststellen: Präsidialabteilung, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, Förderung der Hochtechnologie, Bund- und Länderkooperation auf dem Gebiet der Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung, Wissenschaftspflege, Studienbeihilfen, Forschungspreise des Landes Steiermark und Tätigkeit des Landeshygienikers.

Der zweite Teil: Landesmuseum Joanneum, bestehend aus 16 Abteilungen, und zusätzlich das Jugendreferat, das Steiermärkische Landesarchiv, die Rechtsabteilung 8, die Fachabteilungen der Landesbaudirektion, die Fachabteilung für das Forstwesen, die Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung.

Der zweite umfassende Bereich besteht aus der Forschungsgesellschaft Joanneum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Vier Fachbereiche: Geowissenschaft, Biotechnik und Umwelt, Elektrotechnik und Information, Werkstoffe und Verarbeitung.

Der dritte große Bereich: Energieforschung und Energiesparen.

Und dann noch der Bericht der Historischen Landeskommision für Steiermark.

Es liegt also der Bericht für das Jahr 1988 vor, über jenes Jahr, in dem die Joanneumsgesellschaft umstrukturiert und neu aufgebaut wurde und jetzt einen sehr ansehnlichen Bericht vorlegen kann.

Ziel dieser Joanneumsgesellschaft: Verbesserung der wissenschaftlichen, technischen Infrastruktur im Lande, Erhöhung des Technologietransferpotentials, Verbesserung des Technologietransfers im Bereich der Wirtschaft, besonders hin zur Wirtschaft.

Aus dem Bericht geht ein rentabler, effizienter Einsatz der Förderungsmittel des Landes Steiermark hervor. Die Steiermark ist mit rund 20 Prozent an den österreichischen Gesamtausgaben für Wissenschaft und Forschung beteiligt und liegt nach Wien an der Spitze aller Bundesländer in Österreich.

Die anwendungsorientierten Forschungspunkte stehen im Dienste der Struktur und der Verbesserung auch der steirischen Wirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria fördert durch ihre Aufgabe auch die Zusammenarbeit zwischen den

Universitäten dieses Raumes. Die Grazer Universität koordiniert die Forschungsbereiche dieses Alpen-Adria-Raumes und bekommt auch dadurch vom Land über 300.000 Schilling Forschungsbeitrag.

Dieser steirische Wissenschaftsbericht 1988 ist ein ansehnlicher Bericht, der auch gedruckt werden wird und der die Öffentlichkeit verdient.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses steirischen Wissenschaftsberichtes 1988. (18.33 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (18.33 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich hätte ja jetzt die Wahl, dem Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher den Vortritt zu lassen, aber ich denke mir, wir Frauen müssen schon die Spitze sein, auch bei der Wissenschaft und bei der Forschung. Ich bin aber sehr kurz, wie immer.

Ich möchte nur ein paar wenige Teilbereiche aus dem Wissenschaftsbericht herausgreifen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie reden sehr oft!“) Dafür rede ich sehr oft – ich weiß.

Abgesehen von der geringen Aktualität dieses Berichtes – im März 1990 wird über das Jahr 1988 berichtet. Ich stelle das nur fest, weil mein Kontrollbericht doch immer jünger ist, wenn er jetzt im April über das vergangene Jahr hier eingebracht wird. Aber einige Aussagen sind doch von Interesse.

Zu den Aufgaben der Abteilung für Wissenschaft und Forschung gehören auch die Förderung außeruniversitärer wissenschaftlicher Institutionen und die Förderung von wissenschaftlichen Publikationen sowie die Pflege wissenschaftlicher Beziehungen und Kontakte mit Jugoslawien. (Abg. Mag. Rader: „Wissenschaftliche Beziehungen?“) Ja, wissenschaftliche Beziehungen – heißt so. Und die Präsidialabteilung fördert den Wissenschaftsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten oder Mitgliedsländern, der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria.

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, warum eigentlich ernstzunehmende Anträge des Artikel-VII-Vereines aus Radkersburg, der sich auch an die Präsidialabteilung und an die Abteilung für Wissenschaft und Forschung gewendet hat, nicht beantwortet und behandelt wurden, weil ich glaube, daß die Unterstützung dieser Zweisprachigkeit im Süden der Steiermark sehr notwendig ist und auch ein zweisprachiges Buch über das andere Radkersburg sehr wichtig wäre. Wenn sich also diese Abteilungen so sehr um wissenschaftliche Publikationen und Kontakte zu Jugoslawien beziehungsweise um den Austausch mit den Alpen-Adria-Ländern bemühen, dann gehört meiner Meinung nach auch die Sprachentwicklung in der Untersteiermark dazu.

Andererseits wird aber auch in diesem Wissenschaftsbericht ein Forschungsvorhaben erwähnt, in dem es um die erstmalige Erforschung von Schußleistungen älter Handfeuerwaffen der Abteilung Landeszeughaus im staatlichen Beschußamt Ferlach sowie im Schießkanal des österreichischen Bundesheeres in Felixdorf, Prüf- und Versuchsstelle für Waffen und

Munition, geht. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit in einer Ausstellung präsentiert werden.

Ich halte diese Forschung für sehr skurril. Ich habe den Herrn Dr. Piffel-Percevic schon gefragt, ob er vor hat, das Arsenal im Zeughaus jetzt auf das 20. Jahrhundert zu überprüfen, und ob wir 's dann vielleicht irgendwann einmal einsetzen können.

Ich halte also dieses Forschungsvorhaben für äußerst überflüssig.

Ich glaube, daß sehr wenige Personen in der Steiermark dafür ein Interesse haben (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da sind Sie im Irrtum!“), daß diese Schußleistungen publiziert werden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Viele schießen über das Ziel hinaus!“)

Über die Untersuchungstätigkeit der Landwirtschaftlich-chemischen Landes-Versuchs- und Untersuchungsanstalt ist im Bericht zu lesen, daß Obst-, Getreide- und Gemüseproben analysiert wurden. Über die Parameter und die Ergebnisse ist im Bericht nichts zu lesen. Ein Forschungsbericht verdient seinen Namen nicht, wenn keine Hinweise auf Ergebnisse oder deren anderweitige Veröffentlichung im Bericht beinhaltet sind. Die Tatsache daß soundso viele Proben nach zu bestimmenden Parametern untersucht wurden, sagt so viel wie gar nichts aus.

Von der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung ist auf der Seite 66 in dünnen vier Sätzen folgendes zu lesen: „Insgesamt wurden 1988 für Forschungsprojekte und -institutionen 19,200.000 Schilling aufgewendet. Dies entspricht einem Anteil von rund 6 Prozent des gesamten Förderungsmiteinsatzes des Jahres 1988 im Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung.“ Herr Korber, dürfte ich Sie bitten? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe gerade mit dem Herrn Dr. Maitz eine Diskussion!“) „Mit diesem Betrag wurden das Österreichische Institut für Wirtschaftsförderung, Einrichtungen des Technologietransfers sowie firmenspezifische Forschungsprojekte und wissenschaftliche Gutachten gefördert. Darüber hinaus gehen auch von der Investitionsförderung direkte Impulse auf die betriebliche Forschung aus.“ Das war 's.

Bei einem Forschungsförderungsvolumen von 19,2 Millionen Schilling ist eine detailliertere und aussagekräftigere Auflistung der Aktivitäten für mich zwingend geboten, und es gehört eine besondere Ignoranz dazu, sich in dieser Art und Weise in einem Bericht vor der Berichtspflicht zu drücken.

Über ein Projekt der Wohnbauforschung im Ressort der Rechtsabteilung 14 wird folgende prägnante Aussage getroffen – Seite 65. Zur Kostenentwicklung im geförderten Wohnbau ein sehr prägnanter Satz:

„Es ist das Ziel des Projektes, Wohnraum zu günstigeren Bedingungen als derzeit für Bevölkerungskreise anbieten zu können, die wegen der hohen Kosten vom geförderten Wohnbau praktisch ausgeschlossen sind.“ Also hier setzt die Kritik am sozialen Wohnbau ein und an der ungerechten Verteilung der Förderungsmittel, weil sie eben den sozial Bedürftigen nicht die Möglichkeiten schaffen, daß sie Wohnraum erwerben. Wir wissen auch an Hand der Debatte zur Wohnbauförderung, daß die öffentlichen Gelder auf relativ einkommensstarke Werber verteilt worden sind.

Im außeruniversitären Bereich ist für mich auch das Institut für Vorsorgemedizin angesiedelt, und zu des-

sen Aktivitäten gehören breit angelegte Informationskampagnen. Und wörtlich wird zu diesem Aufgabenbereich unter anderem angeführt: „Die am Institut beschäftigten Wissenschaftler entwickeln präventivmedizinische Methoden und Geräte, die in Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie und mit der Herstellung von medizinischen Geräten in Anwendungstests geprüft und in die vorsorgemedizinische Praxis eingeführt werden.“ Und die Passage „in Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie“ beweist für mich die offensichtliche Nähe zu dieser Industrielobby. Und das ist genau mein Vorwurf, auch mein Vorwurf im Zusammenhang mit Gesundheitspolitik in der Steiermark, und auch mein Vorwurf in der nächsten Zeit zur Konstruktion der Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Hier werden unter dem Vorwand gesundheitlicher Vorsorge doch in erster Linie auch Interessen der Pharmaproduzenten vertreten, und meiner Meinung nach sind diese Einrichtungen der verlängerte Arm der Konzerne. Wenn ich jetzt auf die Kariesprophylaxe oder auf andere Tests verweisen kann, die auch im Interesse der Pharmaindustrie gemacht werden. Die Fluorid- und die Margarineindustrie reiben sich ja schon die Hände angesichts dieser gläubigen Institutionen, und allein aus Zählen, Messen und Wägen lassen sich noch keine gesundheitspolitischen Schlüsse ziehen. Der Gesundheitspolitik wird auch ein schlechter Dienst erwiesen, weil mit dieser sogenannten Pharmavorsorgemedizin steigen die Kosten trotzdem und die Menschen verlernen, sich selbst über ihre Krankheitsursachen und Zusammenhänge zu befragen. Der Gesundheits- und Krankheitsbegriff wird auch von dieser starken Interessengruppe nach eigener Art definiert beziehungsweise wird eine Krankheit oder eine Gesundheit anders definiert, als es vielleicht in der weniger von der Pharmaindustrie dominierten Medizin üblich ist. Wir werden anlässlich des Berichtes der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz noch ausreichend Gelegenheit haben, eine grundsätzliche Diskussion über die politischen Ziele von Vorsorgemedizin und Landesgesundheitspolitik zu führen.

Abschließend war der Abschnitt Energieforschung und Energiesparen sehr informativ, bleibt aber im industriellen Bereich sehr unbestimmt, abgesehen von der auch bereits zurückliegenden Aktualität des Berichtes. Und gerade hier liegen wir bei den Zuwachsraten jetzt im industriellen Bereich sehr hoch, und der Beweis dafür wäre auch, daß die Einsparpotentiale in diesem Bereich dementsprechend groß werden. Ich danke! (18.44 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (18.44 Uhr): Verehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur auf eines eingehen, was die Frau Abgeordnete Kammlander gesagt hat, das ist der Paragraph-7-Verein. Das ist nicht so, daß hier nichts passiert, im Gegenteil. Wir haben mit dem Herrn Gombotz oft Gespräche geführt. Wir haben auch zum Beispiel im Rahmen des Landesschulrates mehrere Anträge auf Einführung des Slowenischen laufen, nur, es ist in der Praxis nicht so einfach. In Radkersburg hat

sich niemand gemeldet. (Abg. Kammlander: „Das ist nicht wahr. Im Jahr 1988 war es noch drinnen!“) Sagen Sie das nicht, ist nicht wahr! Ich war selber unten, habe mit dem Direktor Wieser geredet, ich habe mit dem Direktor Reiter geredet, es hat sich weder an der Hauptschule noch am Oberstufenrealgymnasium ein einziger gemeldet. Nur zum Unterschied, drüben in Mureck haben wir eine Klasse Slowenisch, in Deutschlandsberg haben wir ebenfalls eine Klasse Slowenisch. Dort ist das Interesse groß. Also das ist sehr unterschiedlich, und ich glaube, man kann niemand verordnen, sondern man muß wie überall den Menschen die Freiheit lassen, das zu tun oder nicht. Und das ist hier passiert. Ich kann Ihnen das Schreiben des Herrn Gombotz zeigen, er hat sich sehr für diese Initiative bedankt und sich gefreut, daß wir in einer liberalen Haltung versuchen, diese Sprache, die eine der Nachbarsprachen ist, einzuführen. Aber zwingen werden wir niemanden, das ist – glaube ich – auch einzusehen.

Nun zum Wissenschaftsbericht selber. „Scientia est potentia“ heißt es, glaube ich, bei John Lock. Wissen ist Macht, nicht Zeugungskraft, Vollmann! Das Wissen ist Macht.

Und wenn man den Bericht durchliest, dann kommt man schon einmal darauf, daß eigentlich von der Quantität her sehr viel drinnen ist. 311 Millionen Schilling zahlt das Land Steiermark für die Wissenschaft und Forschungsförderung. Ich sage Ihnen, das nächste Land Oberösterreich zahlt 150 Millionen, nicht einmal die Hälfte. Die Steiermark ist einsame Spitze in der Wissenschaftsförderung, zwar egal, ob das jetzt die Förderung durch den Landesfonds ist, ob das die Forschungsgesellschaft Joanneum ist, das Joanneum als Museum oder die einzelnen Abteilungen. Insgesamt zahlen wir 22 Prozent aller Forschungsinvestitionen der Länder, nur das Land Steiermark allein. Und daß sich das ausgezahlt hat, ist heute nachmittag dokumentiert worden, weil der Herr Iacocca nicht umsonst hergegangen ist mit dem Chrysler-Projekt. Er hat ausdrücklich gesagt, warum. Erstens gut ausgebildete Facharbeiter und zweitens eine hervorragende Forschung im Rahmen des Puch-Werkes. Das heißt, wir machen hier nicht verlängerte Werkbänke, wie das öfters passiert ist. Beim General-Motors-Projekt gibt es null Forschung in der Entwicklung, sondern hier wird bei Steyr-Daimler-Puch von den Ingenieuren, den österreichischen Ingenieuren, entwickelt und weiterentwickelt. Ich glaube, daß das nicht nur bei dem Projekt, sondern das hat schon bei AMI eine Rolle gespielt, das hat schon bei den einzelnen Multis eine Rolle gespielt. Ich kann mir vorstellen, daß das bei Siemens eine Rolle gespielt hat, daß eben hier wirklich Leute sind, die Forschungskapazität entwickeln können. Das hat bei den kleineren Betrieben wie AVL List oder beim Sandner eine Rolle gespielt, oder es spielt natürlich auch eine Rolle, wenn Aufträge hereinkommen. Daß man sagt, in der Steiermark sind eben drei Hochschulen und das ist eine sehr verdichtete Situation, da kann man diese sehr spezifischen Aufträge hergeben. Das heißt, diese Art der Forschungspolitik zahlt sich aus. Worauf gründet sich die? Wir haben ja doch schon oft darüber geredet, Herr Abgeordneter Kohlhammer. In erster Linie darauf, daß das Land seit 30 Jahren die Kapazität der Hochschulen nützt. Es ist

einfach wahnsinnig viel da, es gibt an die hundert Institute, die sonst so heimlich und für sich abgeschlossen forschen würden. Und da hat das Land sie mit der damaligen Rechenzentrumskonstruktion, dann Forschungszentrumskonstruktion, dann FGJ-Konstruktion aus diesem Elfenbeinturm herausgeholt und nützt das für die steirische Wirtschaft. Es sind also drei Grundsätze: Erstens: Wir machen es mit der Infrastruktur der Universitäten und sparen uns daher eine Menge Geld. So eine Infrastruktur ist unbezahlbar. Zweitens helfen wir den Forschern, wenn sie gerade ein Projekt beendet haben und das nächste noch nicht haben, daß sie in der Zwischenzeit ihre Leute nicht entlassen müssen, sondern ein Geld bekommen, und drittens gibt es ein Forschungsmanagement, das natürlich immer wichtiger wird. Das Forschungsmanagement, das eben die Aufträge akquiriert, das die Aufträge abrechnet, das PR-Arbeit leistet, das ist im einzelnen Hochschulinstitut nicht möglich und wird hier geleistet.

Aber natürlich allein genügt das nicht. Was diese Wissenschaftskonstruktion immer ausgezeichnet hat, war halt auch, daß sie eine Nase gehabt hat: den ersten Großrechner Österreichs – damals, vor fast 30 Jahren, dann die erste Forschung mit Dichtemeßgeräten, Röntgenfeinstrukturmeßgeräten und so weiter. Das hat ergeben, daß wir die Firma haben, die die besten Erzeugnisse auf dem Gebiet hat und alle anderen in den Schatten stellt. Wir haben hier das erste Umweltforschungsinstitut Österreichs gehabt, die erste digitale Bildverarbeitung Österreichs. Oder jetzt zum Beispiel Moser mit seiner Bioprozeßtechnik, die er in Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor Pfeifer in der Andritzer macht. Das sind immer Pioniertaten, und die helfen uns, ein Stückelr vorwärtszukommen. Das ist halt in einem Land, das von der geopolitischen Lage her bis vor kurzem nicht gerade gesegnet war, eine sehr wichtige Sache.

Und jetzt möchte ich auf etwas kommen, das uns hier im Haus sehr lange bewegt hat: Vor etwa vier Jahren gab es in der FGJ eine Krise. Es hat viele gegeben, die diese Krise mit den Kategorien von Schuld und Sühne erklären wollten und gesagt haben, „der da hat“ und „der war schuld“ und so weiter. Ich glaube, daß das wirklich nicht ausreicht; wir sind lange genug in den Ausschüssen gesessen. Wenn man die angeblichen Verfehlungen mit dem vergleicht, was an positiven Sachen. 20 Jahre hindurch passiert ist, waren das Lercherln – um das schlicht steirisch zu sagen –, sondern das ist eine andere Krise gewesen: erstens, daß Forschungsinstitutionen mit 5 bis 10 Prozent Basisubvention nicht leben können. Das ist die erste Wahrheit. Bei einem 250-Millionen-Schilling-Forschungsbetrieb 5 bis 10 Prozent Basisubvention ist weltweit undenkbar. Tatsache war, daß damals der Bund – wir haben 's ja oft genug vorgeworfen – 1,5 Millionen Schilling dafür gezahlt hat – so viel wie für die Putzmittel; berühmte Geschichte. Nunmehr – und das ist die wirklich gute Neukonstruktion durch die Ges. m. b. H. – zahlt das Land bitte 82 Millionen Schilling bei 240 Millionen Schilling, der Bund immerhin 12,5 Millionen Schilling, was überhaupt noch nicht ausreichend ist, aber im Vergleich zu den 1,5 Millionen Schilling eine Wohltat, und damit kann diese Konstruktion neu beginnen. Sie hat sich in den zwei Jahren, wo sie jetzt arbeitet, konsolidiert, sich auf vier Forschungs-

bereiche mit 25 Instituten konzentriert, hat dort eine hervorragende Arbeit im Bereich des Rechnungswesens geleistet – das ist alles in Ordnung gekommen, es gibt jeden Beleg, verfolgbare bis zum Ursprung –, und sie hat auch Neues gebracht. Ich habe mir das angeschaut: Das Institut für Systemtechnologie ist ganz interessant, mit verzweigter Satellitendatenforschung zum Beispiel auf der ganzen Welt oder einem entwickelten Videokonferenzsystem, das es sonst noch nirgends gibt, das Institut für Bioprozeßtechnik und das neue Laserinstitut, das ja vor kurzem übersiedelt ist, oben in Leoben. Das sind Errungenschaften, die wirklich hergezeigt werden können und den Firmen unmittelbar etwas nützen. Denn der Sinn ist ja auch der, daß eine nicht gerade riesige Firma Forschungsmöglichkeiten hat, die sie sich selber nicht leisten kann, im Umweg – in Leoben, in Graz – über diese Institution.

Ich darf ein Wort zur Zukunft sagen: Ich freue mich, daß es dem Wissenschaftsminister Busek gelungen ist, bei der EG zu erreichen, daß wir praktisch Mitglied aller EG-Forschungsinstitutionen sind. Obwohl wir noch nicht Mitglied bei der EG sind, sind wir praktisch Mitglied überall, und das ist ungeheuer wichtig. Ich habe mir da eine Liste von EG-Forschungsoperationsmodellen geben lassen: Es gibt schon an die 20. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Studentenaustausch zu machen, Wissenschafferaustausch zu machen, an ganz konkreten Projekten zu arbeiten, nur, wir haben viel zuwenig Kapazität. Wir haben Kapazität in der Höhe von 300 Millionen Schilling, und wir müssen eine solche von 600 Millionen Schilling mindestens entwickeln. Das heißt, unsere ganzen Forschungsinstitutionen sind aufgerufen, daß ihnen noch mehr einfällt, denn sonst zahlen wir in die EG 600 Millionen Schilling, und wir kriegen nicht einmal die Hälfte zurück heraus. Das heißt, diese Mitgliedschaft oder Quasimitgliedschaft fordert uns heraus, daheim dafür zu sorgen, daß wir die Kapazitäten verdoppeln, damit sich das wirklich rechnet und der internationale Austausch nicht zu Lasten Österreichs geht – rein von den Investitionsmitteln. Und ich bin eigentlich zuversichtlich, daß uns das gelingen wird.

Ich möchte nicht verhehlen, daß ich auch an der forschungsmäßigen Kooperation im Nachbarschaftsbereich interessiert wäre. Überall, jeder von uns hat Bekannte in Polen, in der Tschechoslowakei oder in der DDR oder irgendwo, die jetzt alle etwas wollen. Ganz klar, die möchten vor allem einmal da herfahren, sich etwas anschauen, eingeladen werden. Es gibt keinen Professor an der Uni, der nicht einen Freund an der Universität Krakau oder Prag hat, der gern einmal auf Kosten Österreichs da her will. Ich halte das alles für sehr wichtig, aber wir müssen aufpassen, daß wir die Mittel nicht verzetteln. Denn jedem da ein bißchen etwas zahlen, in der Summe wird 's ein Haufen, und der Ertrag ist außer sehr freundlichen klimatischen Ergebnissen gering. Das heißt, ich wäre hier dafür, daß man die FGJ auch für die Beurteilung konkreter Projekte in Pflicht nimmt. Ich glaube, daß wir auch mit unseren Freunden im Osten ganz konkrete Projekte besprechen müssen, dafür natürlich auch neue Mittel flüssigmachen müssen, aber nicht das Geld in freundlichen Handlungen und sympathischen Werbungen für das Land Steiermark verzetteln. Ich glaube auch, daß

das möglich wird. Wir haben mit dem Herrn Landeshauptmann schon darüber gesprochen. Es könnte sein, daß wir uns dazu verstehen, hier einen Mitteleinsatz zu machen, der es erlaubt, konkrete Projektarbeit mit den Nachbarn zu beginnen, wobei ein Grundsatz sein muß, daß das keine Einbahnstraße ist. Denn wenn wir quasi das Gefühl haben, wir subventionieren nur andere, erlahmt das Interesse sehr rasch. Es muß auch das Gefühl da sein, das nutzt uns in irgendeiner Weise. Also, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit ausgerichtete wissenschaftliche Nachbarschaftspolitik könnte, glaube ich, in Zukunft sehr wesentlich werden.

Als einer, der die ganze Entwicklung der FGJ auch mit erlitten hat, möchte ich hier einigen Leuten wirklich herzlich danken. Ich stehe nicht an, dem Direktor Raimann herzlichen Dank für seine Arbeit zu sagen, die er 20 Jahre lang geleistet hat. Ohne diesen Direktor Raimann gäbe es diese Forschungsgesellschaft nicht. Ich möchte auch den Dank an den Leiter der Wissenschaftsabteilung, den Hofrat Kleinsasser, hier anschließen, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Er hat nunmehr die Aufgabe an den Hofrat Piffl weitergegeben, der sich ebenso hervorragend darum bemüht. Danke sagen möchte ich auch der Geschäftsführung. Sie hat in sehr rascher Zeit – zwei Jahre –, Bayer-Uranchek, eine Konsolidierung herbeigeführt, eine Konzentration auf das Wesentliche. Danken möchte ich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, dem Bertl Kolitsch, und auch dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirates, dem Herrn Prof. Götschl, weil auch von dort eigentlich hervorragende Initiativen in Richtung einer prospektiven Forschungspolitik gekommen sind.

Ich glaube, daß wir auf dieser Basis nunmehr einen richtigen Weg beschreiten, und glaube auch, daß wir gerüstet sind, wiederum die nächsten zehn Jahre führend in Österreich zu sein, was die Forschung und die wissenschaftliche Betreuung betrifft. Und ich möchte nicht zum Schluß als ein Angehöriger der Universität danken, daß es diesen Wissenschaftsförderungsfonds gibt, weil es ohne diesen keinerlei Reisen von Wissenschaftlern ins Ausland gäbe, keine Teilnahme an Symposien und auch nicht die Möglichkeit, hier jemanden einzuladen. Denn ganz offen: Mit den Mitteln des Bundes wäre das vollkommen ausgeschlossen. Es ist ausschließlich die Leistung des Landes – ausschließlich! –, daß hier ein solcher Austausch unter den Universitäten möglich ist, und ich danke hier ganz aufrichtig dem Landeshauptmann, daß er immer wieder diesen Wissenschaftsfonds so dotiert, daß das ein wirksames Instrument der Internationalisierung der steirischen Hochschule ist. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.59 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ficzkó.

Abg. Dr. Ficzkó (18.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, es besteht ja kein Zweifel, daß hier einige hervorragende Projekte im Rahmen der Forschungsförderung abgewickelt worden sind, daß insgesamt auch dieser Wissenschaftsbericht Normen entspricht, die man akzeptieren kann. Aber Sie werden natürlich verstehen, daß ich als Mitglied der nächstgrößeren

Fraktion mich natürlich eher auf einige Punkte konzentrieren möchte, die meiner Meinung nach nicht so 100prozentig in Ordnung sind. Nur vorne weg, wenn ich mir denke, wenn Sie uns – und heute ist das auch schon passiert – manchmal vorwerfen, daß wir angeblich nur die negativen Punkte aufzeigen, dann passiert es vielleicht manchmal, aber dann müßte man Ihnen umgekehrt – das ist jetzt so ein Bißchen bei Ihnen, Kollege Dr. Schilcher, passiert – so ausschließlich die positiven Punkte – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich habe gesehen, daß Sie sich melden werden!“) Haben Sie so gewußt! Gut! Dann kann ich mich wirklich auf die Dinge konzentrieren, damit es auch so gesagt ist.

Nur eine Bemerkung möchte ich mir auch nicht schenken, weil mir das Problem sehr wichtig ist, auch mit der Frage des Artikels 7, und Sie das auch noch angeschnitten haben. Da bin ich Ihrer Meinung, daß man die Menschen nicht zwingen kann, aber fördern und unterstützen. Das ist klar, und da gibt es auch kein Problem. So generell auch noch, ich schätze Ihre kühnen Bögen, die Sie hier oft so spannen, wirklich sehr, weil es auch angenehm ist, Ihnen zu folgen. Aber so einfach die Ansiedlung des Chrysler-Werkes und die Ankunft eines Herrn Iacocca einfach so ausschließlich mit der Forschungsförderung zu verbinden, das ist vielleicht ein Bißchen zu kühn. Und wenn Sie von einer erfolgreichen Forschungsförderungspolitik der letzten 30 Jahre sprechen, dann müßte man eigentlich auch dazusagen, daß es im Jahre 1988, ich denke erstmals nicht gelungen ist, diesen Forschungsförderungspreis des Landes zu vergeben. Da müßte man – glaube ich – auch nachdenken darüber, warum. Ich hoffe schon, daß das nicht ein Ergebnis der Forschungsförderungspolitik der vergangenen 30 Jahre ist. Gut!

Ein paar Punkte zunächst zur Form dieses Berichtes, die ich eben auch anbringen möchte. Mir ist nur aufgefallen, daß gerade in dieser manchmal sich noch grüner als die SPÖ gebenden ÖVP es eigentlich niemandem aufgefallen ist, daß es auch für Berichte schon möglich ist, Umweltschutzpapier zu verwenden. Das ist nur so sein Detail am Rande vielleicht. Für einen Wissenschaftsbericht gehört sich meiner Meinung nach auch, daß bei den einzelnen Institutionen, die hier ihren Bericht vorlegen, zumindest die leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch angegeben sind, bei einigen Berichten ist das ja der Fall. Vielleicht deshalb nur bei einigen, weil die Richtlinien für diese Berichte nicht klar vorgegeben sind. Ich erwähne das deshalb, weil ich meine, das haben Sie so gemacht, daß ja speziell den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hier entsprechender Dank und Anerkennung eben auch für ihre Leistungen, wenn die auch erst durch die Förderung möglich waren, aber gebührt. Dafür ist aber wie immer auf der ersten Seite schön im Hochglanz das Bild des Landeshauptmannes. Diesmal im Gegensatz zum vergangenen Jahr im rechten oberen Eck, voriges Jahr war es im linken. Eine Änderung, die wir eigentlich nicht angeregt haben, aber trotzdem – Spaß beiseite. Ich denke, daß dies nicht irgendwelche politische Konsequenzen hat. Ich kann mich wirklich auf einige wenige Anmerkungen noch konzentrieren, weil viele der Kritiken, die heuer auch notwendig wären anzubringen, eigentlich im stenographischen Protokoll

über die Diskussion des Wissenschaftsberichtes des Jahres 1987 nachzulesen sind. Schade, daß hier viele dieser Anregungen nicht aufgegriffen worden sind. Ich denke, daß zum Beispiel die Kritik darüber, daß die Projektförderung nicht genügend Transparenz aufweist, eigentlich schon eine gewisse Berechtigung hat. Die Projektförderung müßte – glaube ich – etwas nachvollziehbarer sein, deutlicher dargestellt müßte werden, wer hat wann wieviel an Förderung erhalten. Es fehlt meiner Meinung nach auch eine zumindest kurze zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bei den meisten Projekten oder zumindest der Hinweis darauf, wo man das dann nachlesen könnte. Insgesamt mangelt es ein bißchen an der Ergebniskontrolle. Bei so wichtigen Studien, zum Beispiel wie regionalpolitische Chancen und Probleme eines EG-Beitrittes, da fehlen mir schon Hinweise, wo man dann Ergebnisse wird nachlesen können. Oder ich denke mir, daß in so einem Bericht doch eine Gegenüberstellung der Ausgaben in den letzten fünf Jahren, dort, wo es zumindest möglich ist, festzuhalten wäre, weil man dann wirklich vergleichen kann, wie die einzelnen Schwerpunkte gesetzt wurden oder dann auch die Möglichkeit besteht, zu vergleichen oder zu überprüfen, ob hier wirklich nur mit der Methode des Zuckerstreuerprinzips gearbeitet wurde oder ob eben wirklich gezielte Forschungsförderung betrieben wurde. Oder man könnte, wenn die Zahlen der letzten Jahre wenigstens gegenübergestellt würden, auch feststellen, ob es bestimmte Steigerungsraten in einzelnen Bereichen gegeben hat oder nicht. Ganz so glorreich ist es nun eben wirklich nicht. Ich habe mir, nachdem sie eben hier nicht gegenübergestellt sind, diese Zahlen aus den letzten Berichten herausuchen lassen. Zum Beispiel, wenn im Jahr 1988 zur Förderung der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Forschung hier in einem Posten angegeben wird 11,3 Millionen Schilling, so waren es immerhin 1984 11,8 und 1982 sogar 13,6 Millionen Schilling. Hier ist in einem Bereich sehr stark reduziert worden. Oder unter dem Titel „Teilbereiche der Rohstoff- und Energieforschung“ wurden also ebenfalls im Jahre 1984 schon 4,4 Millionen ausgegeben, im Jahre 1988 bloß 2,6, obwohl sehr stolz darauf hingewiesen wird, daß das eigentlich ein Forschungsschwerpunkt ist. Da gäbe es noch einige Punkte, die ich mir aber im Zuge der fortgeschrittenen Zeit einfach schenken möchte.

Wünschen möchte ich mir auch noch, daß der Bericht so gestaltet wird, daß es leichter überprüfbar ist, ob die an und für sich sehr guten Förderungsrichtlinien auch eingehalten wurden. Ich möchte niemandem unterstellen, aber ich denke, das müßte konkreter überprüfbar sein, ob hier wirklich immer die arbeitsmarktpolitische Situation der Steiermark – wie es so schön heißt – in dem einen Punkt 8 auch berücksichtigt wurde oder ob tatsächlich hier, wie es so schön heißt, immer ein Landesinteresse gewährt ist. Bei einigen Projekten ist es mir zumindest auf den ersten Blick nicht ganz klar, wenn hier zum Beispiel ein Auftrag gegeben wird, der sich mit der Koordinierung von Forschungsstellen, die sich mit meeresbiologischen Grundlagen befassen, beschäftigt. Da ist auf den ersten Blick dieser Zusammenhang, der in den Förderungsrichtlinien gewünscht wird, nicht erkennbar. Oder wenn 22 Gesellschaften insgesamt gefördert werden, das ist ja nicht so eine große Anzahl, als daß man nicht wirklich eben alle

22 Gesellschaften auch anführen könnte, damit man wirklich genauer feststellen kann, wer hier aller in den Genuß dieser berechtigten Förderungen gekommen ist.

Vielleicht ist es möglich – als Anregung –, auch wenn es ein Bericht ist, der natürlich in erster Linie Vergangenes beinhaltet, einige perspektivische Komponenten zu berücksichtigen. Ich denke mir, gerade unter dem Titel „Landesmuseum Joanneum“ wäre es vielleicht recht sinnvoll gewesen, etwas hier zu dokumentieren, was so im letzten Jahr oder in den letzten Monaten alles an Gedanken, zum Beispiel im Zusammenhang mit einer möglichen Generalsanierung, entwickelt wurde. Da könnte man dann sehr schön weiterdiskutieren.

Ich denke mir, daß es möglich sein müßte, das Ganze etwas nachvollziehbarer zu gestalten. Vielleicht ist das auch eine Möglichkeit, um die Wissenschaftsförderung und Forschungsförderung auf noch objektivere Beine zu stellen, entweder den Wissenschafts-Ausschuß in die ganze Förderungspolitik von vornherein etwas stärker einzubeziehen, oder ich könnte mir auch durchaus vorstellen, daß man, so wie im kulturellen Bereich, wo es einen Kulturbeirat gibt, auch einen Wissenschaftsförderungsbeirat installiert, der sich einfach mit all diesen Fragen auseinandersetzt, wie zum Beispiel Richtlinien für die Gestaltung eines auch international herzeigbaren Wissenschaftsberichtes erarbeitet, oder der einfach von vornherein entsprechende Forschungsschwerpunkte formuliert, an Hand derer dann die entsprechenden Mittel vergeben werden. Ich könnte mir vorstellen, daß so ein Beirat oder, wie gesagt, auch der Wissenschafts-Ausschuß eigentlich diese ökonomischen, sozialen und politischen Kriterien, an denen sich dann die Forschungsförderung orientieren müßte, ausarbeitet. Dieses Gremium könnte sich auch mit Forschungsfeldbewertung auseinandersetzen, damit wir nicht in diesen Qualtängerischen Fehler verfallen: „Ich weiß nicht genau wohin, aber ich bin schneller dort!“

Das scheinen mir einige Punkte zu sein, die man berücksichtigen müßte. Im großen und ganzen aber glaube ich, daß man diesen Bericht akzeptieren kann, vor allem, wenn man so viel an positiver und optimistischer Einstellung hat wie ich und daran glaubt, daß zumindest vom heurigen bis zum nächsten Jahr einige der Anregungen vielleicht doch aufgegriffen werden können. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.12 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn die Damen und Herren dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

18. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Konsumentenschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 827/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Bacher und Dr. Kalnoky, betreffend eine Neufassung des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Lopatka (19.13 Uhr): Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag, betreffend eine Neufassung des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes, besagt im wesentlichen, daß nach dem Abschluß der Arbeiten für das Landesausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz eine Arbeitsgruppe installiert werden wird, die sich mit der Neufassung des Jugendschutzgesetzes befassen soll. Dieser Aufschub kann auch dadurch verantwortet werden, daß nunmehr ohnehin der Falter zum Jugendschutzgesetz in Umlauf gebracht worden ist, der die Bestimmungen des Gesetzes den Jugendlichen in einer verständlichen Sprache verdeutlicht und auch bei der Jugend guten Anklang gefunden hat. Dieser Falter ist in einer Auflage von 10.000 Stück verfaßt worden, gemeinsam mit den Jugendorganisationen und auch den befaßten Jugendämtern in den Bezirkshauptmannschaften.

Ich bitte, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben. (19.14 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

19. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 383/9, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Zellnig, Freitag, Minder und Genossen, betreffend die Ergreifung von Maßnahmen gegen das Bienensterben in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr/Abgeordnete Franz Zellnig. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zellnig (19.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Diese Regierungsvorlage befaßt sich mit dem Bienensterben in der Steiermark. Über die administrativen Maßnahmen zur Förderung der steirischen Imker wurde in diesem Haus unter der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 554/1, 1988 schon berichtet. Diese Regierungsvorlage beschäftigt sich mit einem Forschungsprogramm und Forschungsprojekt, das durch die Forschungsgesellschaft Joanneum, Projektleiter Dr. Panzenböck, mit einer biologischen Bekämpfung der Milbenseuche in der Steiermark durchgeführt wird. Dieses Projekt ist sehr erfolgversprechend. Damit es aber zusammengefaßt werden kann, ist es notwendig, daß ein zweites Projekt, also ein Folgeprojekt, gestartet wird. Und hier geht es in erster Linie um die Finanzierung dieses zweiten Folgeprojektes. Dieses Projekt wird Kosten von 5,6 Millionen Schilling erfordern. Es liegt ein Finanzierungsvorschlag vor, wo das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Million Schilling, das Land Steiermark, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, 900.000 Schilling und die übrigen Bundesländer mit 700.000 Schilling dieses Projekt finanzieren werden. Das ergibt zusammen 2,6 Millionen Schilling. Die Restfinanzierung soll durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen For-

schung erfolgen. Eine endgültige Entscheidung wird bis Ende März erfolgen.

Ich verweise weiters auf den mündlichen Bericht Nummer 48 und stelle namens des Landwirtschafts-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle den in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 383/9, enthaltenen Antrag mit folgender Ergänzung beschließen:

Dieser Bericht soll als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden, und ich stelle den Antrag. (19.17 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.17 Uhr): Ja, ja, die Biene Maja und der faule Willi.

Ich möchte nur erwähnen, daß ich ein Schreiben von der Veterinärabteilung bekommen habe, und zwar in bezug auf die biologische Bekämpfung. Es wird hier festgestellt, daß es tatsächlich möglich ist, bei kleineren Bienenstöcken beziehungsweise in Versuchen bei einer Temperatur von 42 Grad Celsius eine 100prozentige Entmilbung zu erzielen. Ich glaube einfach, daß auf diesem Gebiet weitergeforscht werden muß. Es gibt anscheinend nur mehr ein Problem: Wie schafft man es, daß die Bienen sich nicht sofort in Schwärmen zurückziehen beziehungsweise daß die Wärmeverteilung gleichmäßig stattfindet. Auf diesem Gebiet erwarte ich mir schon noch Untersuchungen und Forschungsergebnisse, daß man das jetzt nicht sozusagen ad acta legt, sondern in Kombination vielleicht mit einer medikamentösen Behandlung hier von beiden Seiten her dem Problem beziehungsweise der Bekämpfung der Varroa näherkommt. Es ist hier auch klar festgestellt, daß das Problem der Varroa noch existiert. Ich kann mich erinnern, daß bei meiner Anfrage, die ja vor ungefähr einem halben Jahr war, die Landesveterinärabteilung noch gesagt hat: „Es hat keine Selbstanzeige stattgefunden, und daher existiert das Problem der Varroa für uns nicht.“ – also rein auf rechtlchem Weg. Ich glaube, wenn man das liest, weiß man, daß es doch ein ganz wesentliches Problem ist, das vor allem den Erwerbslandwirten, sprich den Obstbauern, sehr zu schaffen macht und es gerade in den Gebieten, wo die Varroa wütet – würde ich fast sagen –, eine wesentliche Minderung des Ertrages gibt.

In diesem Sinne möchte ich das, was ich bekommen habe, zur Kenntnis nehmen, aber doch die Verantwortlichen ersuchen, ob man in Versuchen erreicht, daß die Bienen mit gewissen Stöcken oder mit einer gewissen Behandlung doch so dezentralisiert werden können – möchte ich fast sagen –, daß diese im Vorversuch 100prozentige Entmilbung ohne Schaden der Bienen doch weitergehen kann. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.20 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 728/4, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber, betreffend die Einhaltung der Förderungszusage des Landes für die Abwasserentsorgung der Gemeinde Weinitzen, deren Kläranlage und Entsorgungsgebiet überwiegend im ausgewiesenen Wasserschongebiet für das Wasserwerk Graz-Andritz liegen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.20 Uhr): Die Vorlage behandelt einen Antrag von mir, betreffend die Einhaltung der Förderungszusage des Landes Steiermark für die Abwasserentsorgung der Gemeinde Weinitzen, deren Kläranlage und Entsorgungsgebiet im Wasserschongebiet für das Wasserwerk Graz-Andritz liegen. Dazu wird festgestellt, daß eine Förderungsreduktion so wie ich auch behauptet habe, auch stattgefunden hat, und zwar von ursprünglich 29 Prozent der nicht rückzahlbaren Landesmittel auf 10 Prozent. Es wird auf einen Bericht hingewiesen, auf den ich kurz eingehe, und zwar wird festgestellt, daß der Gemeinde Weinitzen für ein Bauvorhaben, bestehend aus Kläranlage für 800 Einwohner, einer Ortskanalisation und einem Transportsammler, 29 Prozent der anfallenden Baukosten zugesagt wurden. Es wurde dann in einem Regierungsbeschluß im Jahre 1982, am 22. November 1982, festgestellt, daß für alle Bauvorhaben, die mit 1. Jänner 1981 in Bau oder in Abrechnung befindlich waren, die seinerzeit zugesagten Förderungsprozentsätze – in diesem Fall 29 Prozent – aufrechtbleiben. Es wird aber aus diesem Schreiben meiner Meinung nach durch einen Fehler festgestellt, daß die Baukosten für die Kläranlage, die zweifelsfrei das Kernstück und das Herzstück dieser Abwasserentsorgung nur zu 10 Prozent zugesprochen wurden, obwohl – wie ich erwähnt habe – das Bauvorhaben 1979 begonnen wurde. Ich möchte auch feststellen, daß durch eine sinnvolle Umplanung dieses Bauvorhabens die Kosten von 5 Millionen auf 2,8 Millionen Schilling reduziert werden konnten, und es ist daher nicht einzusehen, daß bei einer wesentlichen Einsparung dann der Bauherr, sprich eben die Gemeindebewohner von Weinitzen, noch bestraft werden, daß die Förderungsmittel reduziert werden. Das ist genau das gleiche Problem, wo jetzt Resolutionen von anderen Gemeinden eingetroffen sind. Das ist sozusagen das erste, die Förderungszusage für die Kläranlage.

Das zweite ist dieser Kanal, das Kanalsystem, das weiter ausgebaut wird, leider teilweise sehr kostspielig ausgebaut wird und meiner Meinung nach auch nicht sinnvoll, weil es dem dezentralen System, das wir im Landtag hier beschlossen haben, widerspricht. Es wird weiter der Kanal ausgebaut, und da gibt es eben vom 10. November 1986 einen Beschluß der Landesregierung, wo eine 15prozentige Förderung von nicht rückzahlbaren Landesmitteln gewährleistet wird, wenn diese Bauvorhaben in Schon- und Schutzgebieten der Steiermark liegen. Weiters wird auch festgestellt, daß diese Förderungsmaßnahmen auch für jene Bauvorhaben, die im Jahre 1988 vom Wasserwirtschaftsfonds genehmigt wurden, in Anwendung zu bringen sind. Aber das werde ich dann, Herr Präsident, in der

Wortmeldung, bitte, wenn Sie mich aufschreiben, daß ich eine Wortmeldung dazu habe, näher erläutern. Ich möchte hier weiter fortfahren. Bericht der Landesregierung, daß eben ein 15prozentiger Beitrag nach dieser Auslegung erst ab dem Jahre 1988 zur Geltung kommt, und zwar, wenn eben die Projekte vom Wasserwirtschaftsfonds genehmigt wurden. Daher wird in der weiteren Feststellung festgehalten, daß die Gemeinde, die eben ihre Bewilligung am 15. Dezember 1986 bekommen hat, meiner Meinung nach, nach dem Regierungsbeschluß vom 10. November 1986 nicht in den Genuß der 15 Prozent kommt und nur 10 Prozent Förderungsmittel bekommen hat. Anschließend soll ich einen Antrag vorbringen, daß das, was hier die Landesregierung festgestellt hat, zur Kenntnis genommen wird. Ich möchte aber gleich feststellen, daß ich mich zu Wort gemeldet habe und hier persönlich das nicht zur Kenntnis nehme. Bitte! (19.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.25 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben ja alle erlebt, wie Gemeinden in der Steiermark und in dem Fall fünf ÖVP-mehrheitliche Gemeinden mit dem derzeitigen System beziehungsweise Förderungsmitteln nicht einverstanden sind. Ich möchte aber ein bißchen weiter ausholen, und zwar einmal ganz klar feststellen, daß es im ländlichen Raum – ich spreche hier primär vom ländlichen Raum, der ja ganz anders zu behandeln ist als der städtische Bereich, wo ja praktisch nur Zentralanlagen möglich sind –, im ländlichen Bereich es volkswirtschaftlich und auch ökologisch und umweltpolitisch einfach sinnvoller ist, zu dezentralen Lösungen zu greifen. Das heißt, Siedlungsgebiete abzurunden und mit vollbiologischen, zweistufigen Kläranlagen das Wasser auch zu reinigen. Wir haben allein bei den ganzen Verhandlungen zum Kanalgesetz sehr lange in Parteienverhandlungen darüber gesprochen, und es gibt Papiere, die dezentralen Lösungen gegenüber großteils unwirtschaftlichen zentralen Lösungen den Vorrang und eine Priorität einräumen. Denn eines steht fest, von den Abwasserentsorgungskosten sind ungefähr 80 Prozent Kanalkosten und etwa 20 Prozent Kosten der Entsorgung. Gut, ich setze also voraus, daß hier im Landtag beziehungsweise auch bei jenen, die für die Förderung maßgebend verantwortlich sind, sich das hier einmal durchgesetzt hat und eingepreßt hat, und ich verweise auch auf die ganzen Aussagen der Lehrkanzel, Abwassertechnik in Graz, Prof. Renner, der sich hier vollinhaltlich dieser grundsätzlichen Meinung anschließt beziehungsweise auch hier sogar bereit ist, in Vorträgen und in Vergleichen hier einmal auch zur Verfügung zu stehen. Ich glaube auch, daß hier die Zusammenarbeit Politiker, Förderungsstelle mit der Hochschule einfach wichtig ist, und ich möchte jetzt hier auf dieses Beispiel Weinitzen eingehen, weil es für mich ein Beispiel ist, das symptomatisch ist, weil es ein Beispiel ist, das ich von A bis Z als Gemeinderat von Weinitzen miterlebt habe, und weil es ein Beispiel ist – ich möchte jetzt niemandem etwas unterstellen –, aber wenn ich das Ihnen in einer gewissen Logik vortrage, wo jeder sagt, warum eigentlich ist bei Weinitzen das, was die Landesregierung beziehungs-

weise hier in Bescheiden und Geschäftszahlen vorgehen hat, nicht eingehalten worden. Grundsätzlich ist Weintzen ebenfalls ein typisches Streusiedlungsgebiet, eine typische Streusiedlungsgemeinde, und wir haben für jenes Gebiet, das hier zur Diskussion steht, bereits im Jahre 1976/77 dezentrale Planungen gehabt, die wasserrechtlich bewilligt waren. Die Planungen haben Geld gekostet, die Planungen sind auch im Gespräch der Planer mit den Förderungsstellen geplant worden, und es war eigentlich eine ganz klare Geschichte, daß man diese wirtschaftliche Lösung macht, die auch im Vergleich zu den geschätzten Kosten von 10 Millionen etwa um 4 Millionen günstiger war. Es ist doch anders gekommen, es wurde dann von einem anderen Ziviltechniker, das ist in dem Fall das Büro Bilek, eine sogenannte Abwasserstudie verlangt.

Und diese Abwasserstudie hat praktisch genau das, was wir befürchtet haben – die Frau Landesrat Klasnic war damals auch Gemeinderätin und hat das mitverfolgt –, gebracht, daß hier wieder einmal jemand zu einer zentralen Lösung gegriffen hat und mit der Förderungsstelle zusammengespielt hat. Und der Grundtenor war: „Ja, ja, das ist alles recht und schön. Es ist wasserrechtlich bewilligt, und Ihr hättet auch die Grundlage für den Wasserwirtschaftsfonds“, weil da muß man ein wasserrechtlich bewilligtes Projekt haben. Es ist dann in einer Kostenrechnung von 10 Millionen Schilling vorgerechnet worden, daß das andere aber günstiger ist, obwohl wir gesagt haben, daß die dezentrale Lösung wesentlich wirtschaftlicher ist. Was ich eigentlich hier verurteile, ist, daß man mich persönlich mit dem Instrument der Förderung richtig erpreßt hat, genötigt hat und festgestellt hat: „Ihr könnt machen, was Ihr wollt; Ihr bekommt nur für das Zentralprojekt eine Förderung vom Land!“ Und das kennen andere Gemeinden, andere Bürgermeister bis da her. Der Herr Abgeordnete Buchberger kennt das: „Ihr bekommt nur eine Förderung, wenn Ihr nach Gleisdorf anschließt.“ Es ist auch anders gegangen. Sicher, mit Ihrem persönlichen Einsatz, Herr Abgeordneter Buchberger! Und ich glaube, Ihnen ist das ganze Gebiet dort zum Dank verpflichtet, daß sie nicht heute an diesem Gleisdorfer Projekt, das sich als gigantisches Projekt entwickelt hat, kostenmäßig allen über den Kopf gewachsen ist, hängen, und der Gemeinderat von Kumberg, auch ein ÖVP-mehrheitlicher Gemeinderat, bereits Beschlüsse hat, aus diesem Verband auszusteigen, weil es einfach unwirtschaftlich ist, obwohl hier die Kläranlage praktisch schon auf das dimensioniert wurde.

Man sieht also, daß nicht nur die Theorie und das volkswirtschaftliche, ökologische und umweltpolitische Denken, sondern auch die finanzielle Seite der dezentralen Lösung recht gibt und recht gegeben hat.

Wir haben damals nur unter der Prämisse – es wird ja dann immer in Politik gemacht; wenn du dann bei dem nicht mitstimmst, dann heißt es: „Der ist überhaupt dagegen.“ Gell, das ist sozusagen diese Kommunalpolitik –, und das möchte ich hier einmal ganz klar feststellen und beide, daß wir 29 Prozent Landesförderung bekommen, mitgestimmt. Diese Zusage und dieser Vertrag – und ich sehe auch zwischen Gemeinden und Land vertragliche Verpflichtungen und Verbindungen, und es ist meiner Meinung nach ganz klar, daß man in der Politik Zusagen einzuhalten hat – sind

größtenteils von der Förderungsstelle – ich möchte gar nicht den Politiker, der jetzt hier sitzt, verantwortlich machen – verletzt worden. Ich möchte also hier die Förderungsstelle verantwortlich machen und einfach sagen, daß die Fachabteilung III c mit einem bißchen guten Willen diese Auslegung, die hier schwarz auf weiß liegt, dem Politiker schon damals hätte sagen können. Dieses bißchen guter Wille ist nichts anderes, als daß man das, was hier die Landesregierung beschlossen hat, einhält. Das ist das bißchen guter Wille.

Ich kann mich noch an diese Sitzungen erinnern – ich möchte jetzt keine Namen nennen –, wo mir als Gemeinderat sogar gesagt wurde: „Hören S', wie reden Sie da als Beamter gegen die Förderungsstelle?“ Im Gemeinderat bin ich nicht Beamter, sondern stehe unter dem Eid, nach bestem Wissen und Gewissen für die Gemeinde dazusein. Und ich werde diese Aussage nie vergessen, weil ich im Gemeinderat bitte nicht weisungsgebundener Beamter irgendeines anderen Politikers bin, geschweige von irgendeinem Hofrat.

Kurz und gut, es wurden – und das ist hier nachweislich festgelegt – für die Kläranlage – und mich interessiert jetzt der Kanal und das Ganze herum überhaupt nicht – der Gemeinde 29 Prozent der anfallenden Baukosten ermittelt und zugesagt. Und zwar mit Beschluß GZ.: LBD-111 c 496 Ke 1/428-1976.

Ich möchte auch hier klar feststellen: Der Politiker ist damals in die Situation gekommen und hat gesagt: „Wir müssen mit der Förderung zurückgehen, weil uns das über den Kopf wächst. Wir haben 300 Millionen Schilling Außenstand im Budget ‚Abwasserentsorgung‘.“ Die haben damals schon Geld aus der Schweiz mit Zinsen aufgenommen. Der Politiker hat nur die Zahl gesehen. Er hat gesehen, das Ganze wächst ihm über den Kopf, und hat dann die Förderung um 20 Prozent, in dem Fall die nichtrückzahlbaren Gelder von 29 auf 10 Prozent, gekürzt. Gut, wenn ich heute politisch tätig bin und die Zahl sehe, muß ich mir etwas überlegen, und daher war diese Kürzung da. Über das will ich gar nicht weiterreden. Daß diese Kürzung die Ursache gehabt hat, daß wir im ländlichen Bereich die Planer genauso planen haben lassen wie im städtischen, zentralen Bereich – das steht ja in einem anderen Kapitel. Denn wer sagt denn, daß Kumberg über 20 Kilometer einen Kanal nach Gleisdorf machen muß. Wer sagt denn, daß der Herr Abgeordnete Buchberger – damals oder heute noch in seiner Gemeinde immer beratend aktiv – gesagt hat: „Wir leiten nicht nach Gleisdorf! Es ist ja ein Wahnsinn, der lange Kanal! Was machen wir dann mit dem zentralen Klärschlamm da unten?“ In einer Zentralanlage kommt mit dem Klärschlamm das Problem dazu, da habe ich ja noch Gewerbebetriebe. Ich habe im kommunalen Bereich immer Probleme mit dem Klärschlamm, weil es eben dort wahnsinnig schwer ist, kommunale Betriebe so in den Griff zu bekommen, daß der Klärschlamm wirklich von vornherein in Ordnung ist.

Im ländlichen Bereich – und da haben wir jetzt vom Österreichischen Wasserwirtschaftsverband wieder Richtlinien bekommen; ich glaube, Sie haben das auch bekommen; habe ich zugeschickt bekommen, möchte mich bedanken. Da steht klar schwarz auf weiß drinnen, was wir immer sagen – ich hab 's, glaube ich, vor

vierzehn Tagen bekommen – und auch gemeinsam gesagt haben – ich möchte gar nicht sagen, daß wir das nicht gemeinsam gesagt hätten –: daß die landwirtschaftliche Verwertung von häuslichem Klärschlamm – bitte, rein häuslichem – den Boden aufbessert, einen Düngewert darstellt, ein Gewässerschutz ist. Nach jeder technischen Kläranlage gehen 70 Prozent in die Gewässer: Phosphate, Stickstoff. Daß das ein Düngegehalt ist. Ich verweise vor allem auf dieses hervorragende Gutachten von Prof. Deutsch, auf den wir alle stolz sein können.

Hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller eingesetzt. Ich bedanke mich, weil dieses Gutachten für uns wirklich eine Grundlage ist, uns einmal zusammenzusetzen und im Zuge des neuen Wasserwirtschaftsgesetzes diese Dinge grundlegend noch einmal zu überlegen. Denn wenn heute in Kumberg Bauern mit 30 Hektar an einen Kanal angeschlossen werden, dann, muß ich sagen, ist das ein Irrwitz, weil man das Hauswasser von einem landwirtschaftlichen Betrieb als nicht entsorgbar hinstellt, und den Klärschlamm von unten soll man dann entsorgen. Das ist etwas, wo sich die Katze in den Schwanz beißt. Ich glaube, fachlich sind wir uns einig. Wir müssen nur die Kanalgesetznovelle ein bißchen entschärfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ein neues Abwasserwirtschaftsgesetz kommt!“) Ja! Ich habe Ihnen gesagt, Herr Landesrat, ich arbeite gerne mit. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Der erste Entwurf wird demnächst fertig!“)

Ich hätte gerne beim Entwurf einmal mitgearbeitet, weil wir kriegen immer das Fertige hin. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Er steht dann zur Diskussion!“) Ja, ich hätte aber gerne einmal bei einem Entwurf auch mitgearbeitet. Ich krieg' immer einen fertigen Entwurf, und dann soll ich hintennach herumdoktern und herumflicken. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Wichtig ist, daß wir uns zusammensetzen, bevor er beschlossen wird!“) Nein! Bevor der Entwurf fertig ist, setzen wir uns zusammen, Herr Landesrat! Bitte! Ich glaube, das muß doch auch einmal möglich sein, daß, bevor der Entwurf geschrieben wird – (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Wir setzen uns zusammen, bevor er beschlossen wird!“) Schauen Sie, Sie ändern ja dann an den Beschlüssen kaum etwas. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Aber natürlich!“) Nein, ich kann Ihnen x-mal sagen, da sind wir immer wieder übers Kreuz gekommen. Beim Chemikaliengesetz zum Beispiel habe ich gesagt: Da muß ein „Muß“ hinein und nicht „kann“. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ich bin ein hilfsbereiter Mensch!“) Ich weiß, aber Sie haben dann Ihre Beamten im Hintergrund und wollen denen nicht weh tun, weil Sie ein konzilianter Mensch auch sind. Nur, ich habe vor den Beamten da keine Konzilianz, weil ich sage, ich möchte das, was ich glaube, einmal vorher anbringen, bevor es schon wieder einmal schwarz auf weiß in einem Beamtenentwurf drinsteht. Auch beim Chemikaliengesetz haben wir gesagt, daß aus dem „Kann“ ein „Muß“ werden muß. Da geht es um die Verwendung von Chemikalien, die umweltfeindlich sind, und ich habe gesagt: Das „muß“ verhindert werden und nicht „kann“. Also, ich bin auch für klare Terminologien und daß es nicht heißt: „kann“, „könnte“ und „sollte“ und „müßte“.

Na, gut. Wir sind auf jeden Fall einen Schritt weitergekommen. Wir werden uns vor dem Entwurf des

neuen Wasserwirtschaftsgesetzes zusammensetzen. Wir werden einmal vorher reden, und wir werden das auf fachpolitischer Ebene und nicht auf reiner Beamtenebene lösen. Wir werden diese ganzen Unterlagen des Wasserwirtschaftsfonds beiziehen, wir werden beiziehen, daß im ländlichen Bereich der Landwirt nicht nur Landschaftspfleger ist, sondern, wenn er es so macht wie bisher, daß er seine Gülle und sein häusliches Wasser aufbringt – nach dem Gutachten von Prof. Deutsch kann er auch noch für bis zu 20 Einwohner mitentsorgen und den Dünger verwerten –, daß dann keine Gefahr der Überdüngung ist, daß hier der Bauer oder Landwirt nicht nur Landschaftspfleger ist, sondern er ist Gewässerschützer.

Denn das, was gar nicht zum Abfluß kommt, was in der Biomasse im Boden umgesetzt wird, das ist der direkte Gewässerschutz, und in der Richtung stellen wir uns das auch vor. Freilich muß man für Siedlungen, wo die Fläche nicht vorhanden ist, Kläranlagen machen. Selbstverständlich, wir haben seit dem Jahre Schnee das gefordert. Nur verlangen wir dann eben mehr Qualität der Reinigung. Das heißt, wir wollen in den Kanalkosten sparen, die 80 Prozent derzeit ausmachen, und wollen noch 10 Prozent bei der Reinigung dazugeben, wenn es überhaupt notwendig ist. Und diese 10 Prozent sind für uns eben eine technische Kläranlage, die alle Stückerln spielen muß, die vollautomatisch sein muß, wo der Techniker zeigen muß, was er kann. Aber es muß auch das dabeisein, das, was die Natur eben kann, was der Bauer macht, daß hier eine Reinigungsstufe ist. Und wir lassen nicht davon ab, das Röhrichtbiotop ist eben ganzjährig tätig, ganzjährig aktiv. Wenn die Fläche stimmt, wenn die Hydraulik, die Bodenmatrix stimmen, haben wir super Ergebnisse, der Herr Kollege Buchberger kennt die Anlagen auch, er hat sie angeschaut, bis zu kleinen Einfamilienhäusern. Wir müssen in Zusammenarbeit, wir müssen einfach das, was die Natur uns Technikern anbietet, nutzen, und Biotope können dann diese Nährstoffe entweder das Phosphat binden, oder die Pflanze holt es sich raus, wenn sie es braucht. Wir haben eine Phosphatbindung in der Anlage. Wir haben einen Stickstoffumsatz. Wir haben das Problem mit den Detergentien, nicht so wie bei technischen Anlagen. Denn Detergentien werden eben in diesen Anlagen durch diese hohe Vielzahl und die hohe Artenvielfalt der Mikroorganismen und die lange Zeitdauer, der das geklärte Abwasser dem Reinigungsprozeß im Biotop unterliegt, fertiggemacht. Schwermetalle werden in die Bodenmatrix eingelagert. Die Keime werden praktisch fast auf 99,9 Prozent reduziert. Wir haben auch das Problem der Keime. Wir dürfen ja nicht unsere ganzen Gewässer verkeimen, daß nicht einmal ein Kind mehr spielen kann in Richtung Bach, spielen am Bach, Wunder Bach, Lebensvielfalt Bach, da nicht einmal mehr hingehen kann, weil jeder Angst haben kann, daß irgendwelche Keime und irgendwelche unappetitlichen Sachen dort runterrinnen. In dem Sinne möchte ich wirklich jetzt den Landtag bitten, und zwar bin ich gerne bereit, als Gemeinderat von Weinitzen wirklich zu bitten; jene Zusage der Regierung einzuhalten, die hier schwarz auf weiß besagt, alle Bauvorhaben – und das Bauvorhaben mit der Kläranlage Weinitzen wurde bitte im Jahre 1979 begonnen –, die Frau Landesrat Klasnic ist nicht da, die kennt die Situation bei uns draußen sehr genau. Sie

war damals im Gemeinderat. Das Bauvorhaben wurde 1979 begonnen, und die Förderungsreduktion hat erst für alle Dinge, die nach 1981 begonnen wurden, gegolten. Wir haben 1979 begonnen, im Bauvorhaben war eindeutig die Kläranlage mit 800 Einwohnergleichwerten drinnen, von Baulosen brauchen wir nicht zu reden, weil jedes Bauvorhaben, da können Sie zehn Baulose daraus machen, das Bauvorhaben steht dort, die nach dem Jänner 1981 in Bau und Abbruch befindlich waren, denen wurden die seinerzeit zugesagten Förderungsprozentsätze aufrechterhalten. Das ist nachweislich und ist festzuhalten und ist beweisbar für die Kläranlage in Weinitzen nicht passiert. Daher ersuche ich den Landtag, diese Vorlage heute von der Tagesordnung abzusetzen. Ich stelle den Antrag, das abzusetzen und hier noch einmal in Richtung der Zusagen des Landes beziehungsweise der Landesregierung das zu besprechen. Ich glaube auch, daß der Kollege Dr. Schilcher, der Kollege Dr. Hirschmann und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller meine Meinung eigentlich unterstützen könnten, daß wir das heute nicht so mir nichts dir nichts zur Kenntnis nehmen und einfach sagen, es waren zwar 29 Prozent zugesagt, aber dann sind da, meiner Meinung nach durch einen Fehler, nur 10 Prozent Landesbeitrag für die Kläranlage bewilligt worden. Das ist genau das, was heute andere Gemeinden in Petitionen, auch in Bittstellung bekommen nach dem Volksrechtegesetz, wenn man günstiger baut.

Wir haben bei der Kläranlage 2,2 Millionen eingespart durch eine sinnvolle Änderung, dann kann man doch die Gemeinde nicht bestrafen, daß man ihr dann nur 10 Prozent gibt, also eine Reduktion von 200 Prozent der Förderungsmittel. Ich würde also ersuchen, und das ist auch das Problem vieler steirischer Gemeinden, sie wollen wirtschaftlicher bauen, sie wollen günstiger bauen, aber sie wollen natürlich die Landesmittel bekommen. Ich bin der Ansicht, daß – wenn man bei dezentralen Anlagen auf eine 20prozentige Förderung geht, wir mit gleichen Landesmitteln den Gemeinden wesentlich schneller und besser helfen können. Daher kann ich das nicht zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, die Frau Landesrat Klasnic würde meine Aussagen voll bekräftigen. Frau Landesrat, es wäre nichts dabei, wenn Sie als Weinitzerin, ich würde Sie bitten, auch kurz dazu ein paar Worte zu sagen, meinen Wunsch hier zu bekräftigen, und nehmen wir es von der Tagesordnung, weil sonst müßte ich vorweg Sachen sagen, die mir vielleicht nachträglich leid täten. Ich weiß nicht, wie der Landtag jetzt entscheidet. Sollte das nicht so sein, ich sage es gleich weg, werden wir versuchen, mit Petitionen, wir werden den Leuten das sagen, daß hier in der Landesregierung und im Landtag – (Abg. Schrammel: „Tritt demonstrativ als Abgeordneter zurück!“) Nein, die Freude mache ich dir nicht. Die eineinhalb Jahre wirst du auch noch erwarten! Und gerade du bist einer, der immer fröhlich mit mir redet. Warum soll ich? Schau, dir geht ja dann etwas ab hier. Schau, der Gundi geht dann auch etwas ab. Euch geht ja allen etwas ab da. Ich kann doch euch nachher dann nicht bedauern und sagen – (Abg. Schrammel: „Du redest schon so lange!“) Bitte, ich rede heute das erste Mal, falls euch das nicht aufgefallen ist. (Abg. Kammlander: „Zu den Bienen hast du geredet!“) Ja, genau, zu den Sumsis und zum Willi habe ich etwas geredet, zur Biene Maja. Gut, wie soll

ich mich jetzt verhalten? Ich weiß ja nicht, wie ihr nachher abstimmen werdet. Wenn ihr die Rechtsgrundlage einhaltet und sagt, überlegen wir uns das noch einmal, dann werde ich in der Gemeinde das jedem sagen, daß im Landtag, in der Regierung Leute sitzen, die sich an ihre Zusagen halten, und ich werde mich öffentlich bedanken. Wenn das anders läuft, dann kann ich auch gleich sagen, dann werde ich sozusagen von der Rechtseinstellung der Regierung, vor allem des Landtages, den Staatsbürgern, den Steuerzahlern gegenüber berichten. Es sind ja Steuergelder, die hier in Form von nicht rückzahlbarer Förderung getätigt werden. Wir haben damals wirklich unter der Prämisse, daß wir die 29 Prozent bekommen, diesem wesentlich teureren Projekt zugestimmt, zustimmen müssen, weil wir von der Förderungsstelle dazu faktisch genötigt wurden, getrieben wurden. Wir sind nicht gegen Abwasserentsorgung. Ich möchte einfach hier klar feststellen, daß, wenn das nicht ist, dann würde ich eigentlich nicht nur enttäuscht sein, sondern ich würde das auch der Öffentlichkeit sagen. Für mich geht es von der Rechtssituation her um einen glatten Betrug. Ich glaube, das sollte man auf dem Landtag nicht sitzen lassen. Dieses Thema ist es wert, noch einmal besprochen und behandelt zu werden, und, Frau Landesrat, ich möchte gerne in der Gemeinde sagen – wo ist die Frau Landesrat Klasnic? Ist sie da? Sie hat damals ja auch mitgestimmt. Wo ist sie? Warum ist sie nicht da als Gemeindebewohnerin? (Präsident Dr. Kalnoky: „Sie hört draußen mit!“) Dann muß ich so lange reden, bis sie wieder kommt. Dann fange ich wieder von vorne an. Mir ist das Wurscht. Bitte, ich kann doch nicht, wenn ich Landesrätin bin und damals beim Gemeinderat dabei war, würde ich mir erwarten oder – (Abg. Dr. Maitz: „Sie kann nicht abstimmen. Das machen wir!“) Sie kann nicht abstimmen? Aber reden kann sie dazu. (Abg. Dr. Hirschmann: „Nein, kann sie nicht!“) Darf sie nicht?

Also noch einmal kurz im Klartext: Der Kläranlage wurde eine 29prozentige nichtrückzahlbare Förderung zugesagt, und unter der Prämisse haben wir zugestimmt als Gemeinderäte, im Gemeinderat und ich auch als Staatsbürger. Und ich verlange auch als Staatsbürger, daß die Vereinbarungen eingehalten werden. Das Bauvorhaben wurde 1979 begonnen. Mit Beschluß der Landesregierung wurde für Bauvorhaben, die nach 1981 begonnen wurden, die Förderung auf 10 Prozent reduziert. Wir haben aber 1979 begonnen, und daher fehlen für diese Kläranlage 19 Prozent. Und in diesem Sinne – Herr Landesrat, wollen Sie dazu etwas sagen? (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Wenn Sie aufhören!“) Gut, ich höre dann auf und ersuche, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und das noch einmal hier einer Behandlung zuzuführen. Danke. (19.50 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Korber, nach Paragraph 27 Absatz 5 ist eine Abänderung der Tagesordnung vor Beginn der Sitzung zu stellen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Ich verzichte, Herr Präsident.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (19.50 Uhr): Hohes Haus, ich möchte zu diesem Thema folgendes dazu-sagen: Ich glaube, die Vorlage ist sehr ausführlich und stellt die Problematik generell dar. Es ist richtig, daß sich in einer Übergangsphase gewisse Dinge verzögert haben. Ich habe dem Abgeordneten Korber zugesagt, daß wir das nochmals überprüfen. Es liegt daher an sich kein Grund vor, die Vorlage heute zurückzustellen. Es ist eine Vollziehungssache. In einer Frage gebe ich ihm durchaus recht. Das Problem der Finanzierung der Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum muß gelöst werden. Es gibt bereits eine Initiative, einen Antrag von ÖVP-Abgeordneten und einen Antrag, der schon vor einiger Zeit von sozialistischen Abgeordneten eingebracht wurde. Ich darf dem Haus abschließend berichten, daß wir versuchen – ich bin Mitglied der Kommission des Wasserwirtschaftsfonds –, eine Lösung zu finden. Im Paragraph 18 des Wasserbauten-förderungsgesetzes ist durchaus die Möglichkeit vorgesehen, nach der Kollaudierung von Bauvorhaben bis zu 30 Prozent des gewährten Darlehens unter bestimmten Voraussetzungen in einen Beitrag umzuwandeln, wenn das Land einen Beitrag von 15 Prozent bezahlt. Wir streben eine Lösung an, die schon bei der Einreichung diese Möglichkeit der Beitragsleistung vorsieht. Ich glaube, daß dann die Finanzierung von Abwasserbeseitigungsanlagen im ländlichen Raum wieder möglich wird. Das heißt, es ist ein allgemeines Anliegen, das ich selbstverständlich vertrete, und ich hoffe, daß wir es auch durchsetzen können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.51 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Bericht-erstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 705/3, zum Antrag der Abgeordneten Herrmann, Freitag, Zellnig, Reicher und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße von Sankt Magdalena–Steinbichl–Altenberg–Habersdorf nach Hartberg als Landesstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kohlhammer (19.52 Uhr): Herr Präsident!

Ich darf aus der Vorlage berichten: Im Rahmen der funktionellen Neubewertung des Landesstraßennetzes

wurden vom Österreichischen Institut für Raumpla-nung sämtliche Landesstraßen, die wichtigsten Gemeindestraßen und Güterwege untersucht und funktionell bewertet. In der Vorlage wird festgestellt: Die Gemeindestraße Sankt Magdalena–Steinbichl –Altenberg–Habersdorf–Hartberg entspricht derzeit der Straßengattung einer Gemeindestraße.

Ich stelle den Antrag, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (19.52 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Bericht-erstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

22. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 961/1, über den Straßentausch im Stadtgebiet von Graz bei Auflassung von Landesstraßen in Teil-abschnitten und unter gleichzeitiger Übernahme von Gemeindestraßen in Teilabschnitten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leo-pold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer (19.53 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Die laufenden Änderungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bewirken auch nachhaltige Ver-änderungen der Verkehrsstruktur einzelner Landes-straßen, in diesem Fall im Bereich von Graz, weshalb es zu einem Straßentausch im Stadtgebiet von Graz kommen mußte.

Ich stelle namens des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur den Antrag, dieser Regierungsvorlage im Sinne des Ihnen schriftlich vorliegenden Antrages zuzustimmen. (19.53 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Bericht-erstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.53 Uhr.)